



76. Sitzung

Mittwoch, 21. Juni 2000

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder und
Zweite Vizepräsidentin Sonja Deuter

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung der **Tagesordnung** 3703 A

Aktuelle Stunde 3703 A

Fraktion der GAL:

Atomkonsens – jetzt neue Energie 3703 A

Antje Möller GAL 3703 A

Dr. Monika Schaal SPD 3704 A, 3712 C

Hartmut Engels CDU 3704 C, 3713 B

Lutz Jobs REGENBOGEN –
für eine neue Linke 3705 C, 3714 A

Alexander Porschke, Senator 3706 B, 3710 D
3716 A

Axel Bühler GAL 3707 C, 3714 D

Renate Vogel SPD 3708 C

Dr. Roland Salchow CDU 3708 D, 3715 A

Norbert Hackbusch REGENBOGEN –
für eine neue Linke 3710 A

Dr. Martin Schmidt GAL 3711 D, 3716 C

Fraktion der SPD:

**Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen
und Zwangsarbeitern – Die Wirtschaft muß
ihre Anstrengungen verstärken** 3717 A

Dr. Franklin Kopitzsch SPD 3717 A

Karin Roth, Senatorin 3717 D

Frank-Thorsten Schira CDU 3718 A

Peter Zamory GAL 3718 C

Julia Koppke REGENBOGEN –
für eine neue Linke 3719 A

Fraktion der CDU:

**Mietergerechtigkeit in Hamburg:
SAGA-Wohnungen – Laue-Häuser –
Hafenstraße**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

**Leistungsausfälle bei der
Gehwegreinigung**
– Drs 16/4161 – 3719 D

Henning Tants CDU 3719 D, 3721 D

Michael Dose SPD 3720 C

Antje Möller GAL 3720 D

Norbert Hackbusch REGENBOGEN –
für eine neue Linke 3721 A

Alexander Porschke, Senator 3721 B, 3722 B

Besprechung erfolgt 3722 C

Bericht der Enquete-Kommission:

**„Jugendkriminalität und ihre
gesellschaftlichen Ursachen“**
– Drs 16/4000 – 3722 C

Karin Rogalski-Beeck SPD 3722 D

Klaus-Peter Hesse CDU 3723 D

Sabine Steffen GAL 3725 C

Lutz Jobs REGENBOGEN –
für eine neue Linke 3726 C

Dr. Andrea Hilgers SPD	3727 A	Antrag der Fraktion der SPD:	
Beschluß	3727 C	Informations- und Telekommunikationsbranche: Greencard und Aus- und Weiterbildung	
Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:		– Drs 16/4343 –	3739 B
Pädagogisches Gutachten zum neuen System der Kindertagesbetreuung in Hamburg		mit	
– Drs 16/4238 –	3727 C	Antrag der Fraktion der GAL:	
mit		Engagement der Hamburger IT-Branche bei Aus- und Weiterbildung und die Konsequenzen der „Green-Card-Diskussion“ auf die Hamburger Weiterbildungspolitik	
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:		– Drs 16/4404 –	3739 C
Begleitforschung zur Einführung der „Kita-Card“		Brigitte Brockmüller SPD	3739 C, 3744 A
– Drs 16/4396 –	3727 D	Wolfgang Drews CDU	3740 D, 3742 D
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3727 D, 3731 A, C	Christa Goetsch GAL	3742 B
Thomas Böwer SPD	3728 D, 3731 C	Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	3743 B
Bettina Pawlowski CDU	3729 B	Beschlüsse	3744 A
Sonja Deuter GAL	3729 D		
Beschlüsse	3732 A		
Senatsantrag:		Senatsmitteilung:	
Haushaltsplan 2000 – „Wettbewerbshilfen für die Werften“		Stellungnahme des Senats zur Umsetzung der neuen Bestimmungen über Radverkehr in der Straßenverkehrs-Ordnung	
– Drs 16/4315 –	3732 A	– Drs 16/4257 –	3744 B
Axel Bühler GAL	3732 B	Dr. Martin Schmidt GAL	3744 B
Heidemarie Scherweit-Müller SPD	3733 A	Rolf Polle SPD	3744 D
Karl-Heinz Ehlers CDU	3733 C	Bernd Reinert CDU	3745 C
Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	3733 D	Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3746 B, 3747 A
Dr. Thomas Mirow, Senator	3734 B	Hartmuth Wrocklage, Senator	3746 D
Beschluß	3734 D	Beschluß	3747 B
Antrag der Fraktion der CDU:		Antrag der Fraktion der CDU:	
Geschwindigkeitsüberwachung in Hamburg		Ausbau des Ringes 3	
– Drs 16/4330 –	3734 D	– Drs 16/4317 –	3747 C
Klaus-Peter Hesse CDU	3734 D	Dr. Stefan Schulz CDU	3747 C
Dr. Rolf Lange SPD	3736 C	Wolfgang Baar SPD	3747 D
Dr. Martin Schmidt GAL	3737 B	Dr. Martin Schmidt GAL	3748 A
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3737 D, 3739 B	Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3748 B
Hartmuth Wrocklage, Senator	3738 B	Beschluß	3748 C
Hans-Detlef Rook CDU	3738 C		
Beschluß	3739 B		

A **Beginn: 15.02 Uhr**

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Verehrte Kollegen, aufgrund der besonderen Witterungsverhältnisse ist es Ihnen heute gestattet, Ihr Sakko abzulegen. Sie müssen es nicht, aber es ist Ihnen gestattet.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet. Von der GAL-Fraktion

Atomkonsens – jetzt neue Energie

von der SPD-Fraktion

Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern – Die Wirtschaft muß ihre Anstrengungen verstärken

sowie von der CDU-Fraktion

Mietergerechtigkeit in Hamburg: SAGA-Wohnungen – Laue-Häuser – Hafenstraße

Zunächst rufe ich das von der GAL-Fraktion angemeldete Thema auf. Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das mit dem heißen Sommer haben wir eben schon angesprochen. Ich glaube, es gibt drei einmalige, erstmalige Ereignisse, die diese Tage prägen. Das eine ist, daß es tatsächlich der heißeste Tag ist, der anscheinend je Mitte Juni gemessen wurde. Das andere ist, daß sich die Fußball-Nationalmannschaft noch nie mit einem solch schlechten Gesamtergebnis aus der Europameisterschaft verabschiedet hat.

(Ole von Beust CDU: Das ist das Schlimmste überhaupt!)

Das ist für die CDU das Schlimmste von allem.

Das dritte ist, daß es zum ersten Mal einen unterschriebenen Vertrag zur Beendigung der Atomenergieproduktion in Deutschland gibt.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Roland Salchow CDU: In dieser Reihenfolge!)

„Jetzt neue Energie“ haben wir unsere Anmeldung unterteilt. Auch die benötigt man in Form von Wasser bei heißen Tagen. In welcher Form sie allerdings beim Fußball benötigt wird, das entzieht sich meiner Kenntnis. Wir brauchen sie aber vor allem beim Atomkonsens, und zwar Energie in jeder Form.

Ein Motivations- und Innovationsschub bei den neuen regenerativen Energien wird Arbeitsplätze und Stromversorgung sichern, und neue Energie müssen wir aufwenden, um den realen Ausstieg umzusetzen.

(Ole von Beust CDU: Das ist nicht so schlimm, weil es noch lange hin ist!)

Ein Vertrag ist noch kein abgeschaltetes Kraftwerk und ist noch keine weniger produzierte Kilowattstunde. Die praktische Umsetzung dieses Kompromisses wird immense rotgrüne Kraft kosten, und dazu wird die Bundesregierung auch von Hamburg aus Unterstützung bekommen. Auch wir wollen unseren Koalitionsvertrag hier abgearbeitet sehen.

Die Energiepolitikerinnen mögen in den nächsten Runden gerne die Details des Konsenses debattieren. Da gibt es genug Anlaß, strittig zu streiten. Das tun wir innerhalb der Grünen auch. Ich will etwas über den politischen Stellenwert sagen, denn der ist unstrittig. Der rotgrünen Regierung ist in Berlin mit dem Konsens ein historisches Ergebnis gelungen, ein Zwischenergebnis in einem ebenso historischen Prozeß, der noch lange nicht abgeschlossen ist.

(Dr. Roland Salchow CDU: Historisches Zwischenergebnis!)

Erst wenn der letzte Meiler abgeschaltet ist, aus der Wiederaufbereitung ausgestiegen wurde und die Endlagerung gelöst ist, ist das politische Ziel tatsächlich erreicht.

(Beifall bei der GAL)

Der Kampf um den Atomausstieg hat eine jahrzehntelange Geschichte. Er wurde federführend durch die außerparlamentarische Kritik, die Initiativen, durch die Grünen, aber auch natürlich Teile der SPD getragen und weiterentwickelt. Der politische Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, gegen den Schnellen Brüter in Hamm-Uentrop waren alles ebensolche historische – ich sage das Wort noch einmal, Herr Salchow –, erfolgreiche Zwischenstationen. Das Aufdecken von Skandalen in Atomanlagen bei der Wiederaufbereitung, viel zu viele Beinahunfälle, Harrisburg, vor allem Tschernobyl haben zu den gesellschaftlichen Mehrheiten für den Ausstieg geführt. Gleichzeitig gab es eine andere Entwicklung, die Ressourcenknappheit der Welt. Durch die bedrohliche Klimakatastrophe kam es zu einem Wandel auch bei Forschung und Industrie. Es geht heute in dem weltweiten Wettstreit um energieeffiziente Technik und Nutzung regenerativer Energien. Der Energiemarkt ist liberalisiert. Die beste Zeit der Monopole ist vorbei. Die Bewertung des Atomkonsenses muß deswegen vor allem vor dem Interesse der Beteiligten erfolgen.

Atomenergieproduktion ist teilweise nicht mehr wirtschaftlich. Die EVUs wollen Planungssicherheit. Deshalb gibt es jetzt auch die Bereitschaft, an einen Tisch zu gehen. Die rotgrüne Regierung will einen Ausstieg ohne Entschädigungsforderung, und deshalb ist die Konsenssuche politisch der klügere Weg. Im übrigen spielen die HEW hier eine äußerst unrühmliche Rolle, die weder zu ihrer Satzung paßt, in der der Ausstieg ja verankert ist, noch sich an dem Wunsch der Stromverbraucherinnen orientiert. Aber zum Glück können wir ja alle wechseln.

(Dr. Roland Salchow CDU: Zum Yello-Strom, nicht?)

Es gibt noch mehr Menschen, auch Parteien, die hier unrühmliche Rollen spielen. Der BDI-Präsident Henkel vielleicht, der von Nötigung der Industrie redet. Auch die CDU mit der Haltung, wenn es ein Konsens ist, wollen wir ihn trotzdem nicht, und Edmund Stoiber, der schon auf der Matte des Bundesverfassungsgerichts sitzt. Allerdings kann man davon ausgehen, daß das Gesetz nicht die Zustimmung des Bundesrats brauchen wird. Politisch klüger ist der Weg über den Konsens, aber der Weg zum tatsächlichen Ende der Atomstromproduktion wird dadurch länger und möglicherweise wieder fraglich, wenn sich die politischen Mehrheiten ändern. Es ist ein fragiles Konstrukt, doch es ist ein historischer Schritt, der ohne die Beteiligung der Grünen gar nicht stattgefunden hätte. Der reale Ausstieg aber hat noch nicht begonnen, und die Arbeit geht unvermindert weiter.

(Beifall bei der GAL)

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Frau Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Vereinbarung, die jetzt auf dem Tisch liegt, ist weder für die einen noch für die anderen ein Sieg. Es handelt sich hierbei um einen klassischen Kompromiß. Niemand hat dabei maximale Ansprüche durchgesetzt, aber wir sollten uns hüten, das Erreichte kleinzureden. Der Zweck des Atomgesetzes wird umgekehrt. Die Nutzung und Förderung der Kernenergie geht zu Ende. Wir haben endlich den Einstieg in den Ausstieg. Wir haben keine unbegrenzten Betriebsgenehmigungen mehr, keine neuen Meiler. Wir werden mit der Wiederaufbereitung ab 2005 Schluß machen. Bis dahin werden wir Zwischenlager an den Kernkraftwerken bauen, und – eine alte Forderung der AKW-Bewegung – die Deckungsvorsorge wird auf 5 Milliarden DM erhöht. Das alles, ohne daß die Regierung schadensersatzpflichtig werden würde. Der Preis für diesen Ausstieg, meine Damen und Herren, ist in der Tat – Frau Möller sagte es – Zeitgewinn für die Energieversorgungsunternehmen. Aber die langen Laufzeiten der Reaktoren sind endlich, auch wenn sich manch einer gewünscht hätte, daß sie kürzer wären. Aber wegen dieser zwei Jahre wird man sicher die historische Vereinbarung nicht platzen lassen können. Das würde niemand mehr verstehen. Ich glaube, das Aus für die ersten Reaktoren kommt schneller als gedacht, wenn das Atomgesetz erst einmal umgesetzt ist.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das stimmt! Das Denken ist weit zurückgesteckt! Da haben Sie recht!)

B Die Vereinbarung legt nämlich Termine für Sicherheitsüberprüfungen fest. Stade ist Ende dieses Jahres und Brunsbüttel ist Mitte nächsten Jahres dran. Eine Sicherheitsüberprüfung – das wissen wir – zieht Kosten nach sich. Die Reststrommengen dieser beiden Reaktoren sind relativ gering veranschlagt.

Die HEW werden sich überlegen müssen, ob sie angesichts dieser relativ geringen Mengen die Folgekosten für die Sicherheitsüberprüfungen noch aufbringen wollen oder ob sie nicht lieber den Betrieb in den nächsten drei Jahren freiwillig aufgeben. Auch das sieht die Vereinbarung vor. Die Restlaufzeiten würden dann wahrscheinlich an andere Betreiber verkauft werden. Stade könnte dann im Jahr 2004 vom Netz.

„Jetzt neue Energie“, so steht es in unserem Titel der aktuellen Stunde, denn Abschalten allein reicht nicht. Wir brauchen einen Strukturwandel in der Energiepolitik, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, und vor allen Dingen auch, um das nationale Klimaschutzziel zu erreichen. Beides wird übrigens in der Vereinbarung berücksichtigt. Regierung und Energiewirtschaft haben sich darauf verständigt – ich zitiere –:

„... eine umweltverträgliche und im europäischen Markt wettbewerbsfähige Energieversorgung am Standort Deutschland weiterzuentwickeln.“

Die Bundesregierung und die Energieversorgungsunternehmen wollen neue Kraftwerke und Energiedienstleistungen schaffen. Das schafft neue Arbeitsplätze.

(Dr. Roland Salchow CDU: Neue Kraftwerke wollen Sie?)

– Natürlich brauchen wir neue Kraftwerke. Ohne die kommen wir wohl nicht aus.

(Dr. Roland Salchow CDU: Kohle oder was?)

– Darüber können Sie ja philosophieren.

(Dr. Roland Salchow CDU: Sagen Sie doch mal! Darum geht es doch!)

In den kürzlich in Berlin vorgelegten Leitlinien für eine nachhaltige Energieversorgung, Herr Salchow, und zwar eine ohne Atom, wird Energiepolitik das erste Mal offiziell unter das Primat der Nachhaltigkeit gestellt. Damit sind wir auf dem richtigen Weg.

Herr Salchow, auch der Boß von RWE denkt schon über dezentrale Versorgungsstrukturen nach. Er hat sogar schon daran gedacht, daß man möglicherweise Brennstoffzellen und andere dezentrale Einrichtungen schaffen könnte. Auch damit läßt sich Geld verdienen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Engels.

Hartmut Engels CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Möller und auch Frau Schaal, ich habe sehr wohl vernommen, daß Sie etwas behutsam in der Beurteilung dieses sogenannten Atomkonsenses sind, weil es sich in Wirklichkeit um ein Ruhigstellungspapier handelt, was die militanten Kernkraftgegner in der Bundesregierung anbetrifft.

(Oh-Rufe und Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Aber dafür, daß Sie von einem Zwischenschritt sprachen im Gegensatz zu Herrn Trittin, der von einem Einstieg in einen unumkehrbaren Ausstieg aus der Kernenergie sprach, bin ich Ihnen wirklich dankbar. Tatsächlich handelt es sich nämlich um letzteres nicht, und dafür möchte ich Ihnen einige Fakten präsentieren.

Erstes Faktum: Weltweit gibt es über 440 Kernkraftwerke. 220 in Europa, 30 sind im Bau, 20 weitere in der Planung. Es gibt sozusagen einen zentralen Teil in Europa, eine Art pan-germanischen Teil: Niederlande, Österreich, Deutschland, Schweden. Schweden, wo in der Tat ein erheblicher Widerstand vorhanden ist. Nur, bilden Sie sich doch nicht ein, daß durch Abschalten, durch Aussteigen auch in den nächsten 30 Jahren aus 19 Kernkraftwerken von über 400 dieser Erde ein Ausstieg aus der Kernenergie wirklich gegeben ist. Das Gegenteil ist der Fall, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Sie machen einen provinziellen Ausstieg für ein im Prinzip sehr, sehr kleines Land dieser Erde,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Aber sehr wichtig für die Welt!)

eine sehr, sehr winzige Fläche. Drumherum wird die Kernenergie weiter betrieben und weiter ausgebaut, und im übrigen auch noch unsicherer. Gucken Sie sich das vor etwa acht Wochen veröffentlichte Ranking der zehn sowohl leistungsstärksten, sichersten und, was die Verfügbarkeit betrifft, besten Kraftwerke dieser Welt an. Auf der Liste der ersten zehn – das sieht aus wie ein Rodelergebnis bei den Olympischen Spielen – befinden sich alleine sieben deutsche Kernkraftwerke, zwei französische, ein amerikanisches. Dieses sind die sichersten und besten Kernkraftwerke. Die schalten Sie ab zugunsten der Unsicherheit, die hundertfach um uns herum gegeben ist. Denn alle Versu-

C

D

(Hartmut Engels CDU)

- A che, die fast isolierte Meinung, die wir als Deutsche haben, auf das Ausland zu übertragen, sind gescheitert. Herr Trittin mit seinen plumpen Verhandlungen um die Schadenersatzleistungen eventueller Wiederaufbereitungsanlagen hat dort Porzellan zertreten. Er hat versucht, den CO₂-Effekt bei den Kernkraftwerken in Europa nicht mehr anzurechnen, und ist damit gescheitert.

Meine Damen und Herren! Was Sie hier an Ausstieg probiert haben, hätte nur dann wirklich einen Sicherheitssinn, wenn gleichzeitig überall um uns herum auch der Ausstieg stattfindet.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Sie haben aber eine Politik betrieben, die dem Ausland signalisiert, jetzt erst recht auf Kernenergie zu setzen,

(Dr. Monika Schaal SPD: Wer sagt denn das! – Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: So ein Quatsch!)

denn Sie haben zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß wir eine Liberalisierung, Herr Schmidt, der Strommärkte haben, und gerade diese Liberalisierung der Strommärkte führt beim zentralen isolierten Ausstieg geradezu zu einem vermehrten Einfluß der ausländischen Energie, insbesondere des Stroms, und damit der Unsicherheit. Über 2600 Terawattstunden – mit der Vereinbarung Mülheim-Kärlich – lautet der sozusagen pauschal ausgehandelte Vertrag. Ich möchte Ihnen einmal klarmachen, was diese, genau sind es 2638 Terawattstunden, in DM Sonnenenergie kosten. 99 Pfennig Kilowattstunde Einspeisevergütung. Dies sind mehr als 2,5 Billionen DM.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Oh, was für eine tolle Zahl!)

- B Es handelt sich hier also um eine volkswirtschaftliche Gesamtgröße. Sie können ja auch gut rechnen. 2,5 Billionen DM sind selbst für ein wirtschaftlich mächtiges Land wie die Bundesrepublik ein entscheidender volkswirtschaftlicher Schlag, den wir nicht so leicht überleben werden, zumindest nicht, wenn die sozialen Wohltaten, die Sie vorhaben, noch verrichtet werden sollen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das kapiert Herr Schmidt nicht!)

Ein anderer Punkt des Vertrages: Zwischenlager. Jahrelang haben Sie jeden Castor-Transport bekämpft und bekämpfen lassen mit klammheimlicher Freude, weil die Dinger ja so gefährlich strahlen. Was haben Sie jetzt im Konsens beschlossen? Sie haben beschlossen, diese Castor-Behälter in windigen, innerhalb einer Genehmigungsfrist von fünf Jahren, dezentralen 19 Lagern in der gesamten Republik zu verteilen. Plötzlich strahlen die nicht mehr. Was ist denn das für ein Gewinn an Sicherheit aus Ihrer Sicht? Meine Damen und Herren! Mit dieser Art der Lagerung kommt zusätzliche Unsicherheit hinein.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt zum Wort „unumkehrbar“.

Frau Möller hat vorsichtig darauf hingewiesen. Es gibt immer noch demokratische Entscheidungsprozesse. Deswegen sagen Sie Herrn Trittin endlich einmal, er soll das Wort „unumkehrbar“ aus seinem Arsenal streichen, um sich weiter im Rahmen normaler demokratischer Denkgewohnheiten aufzuhalten oder vielleicht erst einmal aufzuhalten.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Engels, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Hartmut Engels (fortfahrend): Ich komme zum Schluß. Dieser Konsens, wenn Sie das logisch durchdenken und nicht nur einfach zwischenrufen in Ihrer ideologischen Verklärung, bedeutet in Wirklichkeit ein gewaltiges Ausmaß an zusätzlicher Unsicherheit, insbesondere aber auch an sozialer Unsicherheit. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Jobs, Sie haben das Wort.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Möller, seien Sie sicher, nicht nur die Details, sondern auch das Gesamtpaket ist heftig umstritten. Es hat zwar lange gedauert, aber jetzt ist dieser sogenannte Atomkonsens durch, und alle hatten die Chance, diese 13 mickrigen Seiten, die eigentlich den Atomausstieg regeln sollten, zu prüfen. Alle, die diesen Vertrag tatsächlich gelesen haben, konnten feststellen, daß das Wort Ausstieg darin überhaupt nicht vorkommt.

Kein Wunder, denn dieser Vertrag, dieser Konsens, hat in der Tat mit Atomausstieg nicht das geringste zu tun und ist deshalb auch die 13 Seiten Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich fange bei den vereinbarten Laufzeiten an, um das Paket ein bißchen anzugucken. Für die bestehenden Atomkraftwerke sollen es 32 Jahre sein, so war zu vernehmen. Das soll das Maß der Dinge sein. Liest man aber ein bißchen genauer, dann liest man, daß es noch einen Zuschlag gibt. 5,5 Prozent allgemein und noch einen Zuschlag für ein bereits stillgelegtes Atomkraftwerk. Das macht unter dem Strich durchschnittlich 35 Jahre Gesamtlaufzeit für alle Atomkraftwerke. Als Grundlage der Berechnung wurden auch noch die besten fünf Betriebsjahre herangezogen. Damit werden aus diesen 35 Betriebsjahre-Vereinbarungen 35 Vollastjahre. Diese 35 Vollastjahre wurden vor nicht einmal einem Jahr von der Regierungskoalition als nicht hinnehmbar zurückgewiesen. Das ist doch nun wirklich kein Atomausstieg.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Um das einmal am Beispiel Brunsbüttel ein bißchen deutlich zu machen. Da gab es ein paar gute Jahre. Die tatsächliche Verfügbarkeit in den letzten zehn Jahren hat aber gerade mal 61,7 Prozent ausgemacht. In den Jahren davor sah es nicht besser aus. Gehen wir davon aus, daß der Gesamtschnitt weiterhin gehalten wird, hieße das, Brunsbüttel wird nach diesen Plänen im Jahre 2019 nach 43 Jahren vom Netz gehen. So etwas einen Atomausstieg zu nennen, zeugt von totaler Verkennung der Realitäten,

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

denn, wenn die Sicherheitsbestimmungen tatsächlich immer auf dem neuesten Stand der Technik gehalten werden, dürfte keine Anlage in der Praxis jemals so lange laufen, egal, ob es nun einen Konsens gibt oder nicht. Zumindest die bereits stillgelegten Anlagen in der Bundesrepublik haben nicht länger als 20 Jahre am Netz bestanden. Wenn das Säbelrasseln der Atomkonsensgespräche einmal zu Ende ist und Vernunft wieder Einzug in die Unternehmen hält, wird auch sicherlich das eine oder andere eher vom Netz genommen werden, aber nicht auf der Grundlage von Konsensverhandlungen, sondern aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Allerdings wurde in dem Konsensvertrag vereinbart, daß die schon heute unzureichenden Sicherheitsstandards zukünftig nicht verbessert werden dürfen und die Atomenergie von jeder Diskriminierung freigehalten wird.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das gilt für alles!)

Diese Selbstfesselung, Herr Dr. Schmidt, das muß Sie doch im innersten quälen, die Beschneidung der Aufgaben der Legislative und der Exekutive, ist doch ein empörender Vorgang, der deutlich macht, daß dieses Ergebnis nicht nur kein Atomausstieg ist, sondern ein Bestandsschutz für eine gefährliche und unverantwortliche Technologie ist.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Dieser Vertrag schadet nicht zuletzt dem längst überfälligen Ausstieg, denn er sichert den Reaktorbetrieb auf unbestimmte Zeit auf Kosten der Sicherheit und legt den Grundstein für neue Atomanlagen,

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das ist doch Quatsch!)

für neue Zwischenlager an den Standorten, für Transportlager an den Atomkraftwerken. Mit einem Satz: Dieses Ergebnis ist schlimmer, als selbst die größten Pessimisten befürchtet hatten.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Denn eigentlich war zu erwarten, daß der Bundeskanzler doch dem kleinen Partner ein klitzekleines Erfolgchen zukommen lassen würde, zum Beispiel die Stilllegung eines Uralreaktors in Stade oder in Obrigheim.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Dann würdest du gleich dafür sein!)

- B Aber nichts davon. Da ist kein Brosame, da ist gar nichts vom Tisch der Herrschenden gefallen, als der Bundeskanzler mit Wirtschaftsminister Müller, dem Ex-Veba-Manager, und mit den alten Freunden der Atomlobby am Verhandlungstisch saß. Die Demütigung der Grünen als ursprüngliche Anti-Atom-Partei ist ihnen damit total gelungen.

Angesichts der gigantischen Reststrommengen, die dort noch produziert werden können, werden Atomkraftwerke in Deutschland mit rotgrüner Genehmigung mehr Zukunft als Vergangenheit haben, der Atommüllberg um das Doppelte wachsen und das sich angesichts der immer maroder werdenden Anlagen verschärfende Katastrophenrisiko ohne absehbares Ende toleriert werden. Damit, meine Damen und Herren, haben die Grünen nicht den Ausstieg aus der Atomenergie geschafft, sondern den Ausstieg aus der Anti-AKW-Bewegung, und zwar total, sofort und unumkehrbar.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Senator Porschke.

Senator Alexander Porschke: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Atomausstieg ist eine Frage der Sicherheit. Wenn ein richtig schwerer Unfall, zum Beispiel in der Anlage Krümmel, passieren würde, dann kann es über 100 000 Tote in Hamburg geben. Dann kann es passieren, daß wir mehr als die Hälfte der Stadt für über 50 Jahre entsiedeln müssen. Das ist der Grund dafür, daß Atomausstieg notwendig ist, und insofern gibt es auch nur eine einzig richtige und wichtige Restlaufzeit, die einge-

standen werden kann. Das letzte AKW muß abgeschaltet sein, bevor es dazu kommt.

(Beifall bei der GAL)

Nun kann man nicht abstreiten, daß die Verhandlungen, die mit den Energieversorgungsunternehmen geführt worden sind, sehr schwere Verhandlungen gewesen sind und daß von vornherein erkennbar war, daß die Strategie der Energieversorgungsunternehmen war, die rotgrüne Bundesregierung als eine Episode in der bundesdeutschen Geschichte möglichst schnell vergessen lassen zu wollen. Das ist im wesentlichen den schwarzen Koffern zu verdanken, daß dieses Szenario nicht eingetreten ist und daß wir sagen können, daß es eine reale Chance für einen Ausstieg gibt.

Aber wie ist der Prozeß gelaufen? Am Ende dieser Zitterpartie hat es eine Verabredung zwischen den Roten und den Grünen auf Bundesebene zu einer Dissenslösung gegeben, die sozusagen die Alternative zu einem Konsensergebnis sein sollte. Diese Lösung sah vor, den Atomkraftwerken 30 Jahre Gesamtlaufzeit zu genehmigen und für die beiden Altanlagen eine Übergangsregelung zu schaffen.

Der Konsens, der jetzt entstanden ist, muß mit dieser Dissensregelung verglichen werden, und man macht dann einen Konsens, wenn er für beide Beteiligten besser ist als der Dissens, denn das ist die Voraussetzung für den Konsens. Das Zugeständnis an die Energieversorgungsunternehmen gegenüber der Dissenslösung ist eindrucksvoll. Die Reststrommenge, die den Energieversorgungsunternehmen zugestanden worden ist – das ist ja das eigentlich Reale, was im Vertrag steht – und die sich nach diesem komplizierten Berechnungsmodus ergibt, ist eindrucksvoll hoch. Es gibt keinen Zeitpunkt, an dem wir sicher sein können, daß der Betrieb der Atomkraftwerke zu Ende ist, weil ein Endzeitpunkt nicht definiert ist.

Es gibt ein neues, wichtiges Instrument, das allerdings auch ein erheblicher Vorteil gegenüber der alten Vollastregelung ist, nämlich die Flexibilisierung der Strommengen. Während die alte Vollastregelung beinhaltete, daß die schrottigsten Atomkraftwerke am längsten laufen würden, weil jede Stillstandszeit nachgespielt werden würde, ist es jetzt ein rationales Kalkül, ein reparaturanfälliges oder unsicheres Atomkraftwerk stillzulegen und statt dessen lieber ein anderes weiterlaufen zu lassen. Insofern ist das eine sinnvolle Konsensentwicklung. Die Wiederaufarbeitung und damit die Plutoniumwirtschaft wird noch bis zum 1. Juli 2005 geduldet. Genehmigungen für Transporte sind bereits in diesem Sommer zu erwarten.

Was wirklich bittere Zugeständnisse sind, sind die Zugeständnisse, daß die Bundesregierung keine Initiative ergreifen wird, um den Sicherheitsstandard und die diesem zugrunde liegende Sicherheitsphilosophie zu ändern, und ebenfalls, daß die Bundesregierung keine Initiative ergreifen wird, mit der die Nutzung der Kernenergie durch einseitige Maßnahmen diskriminiert wird. Alles eindrucksvolle Zugeständnisse an die Atomindustrie, die die eine Seite der Medaille ausmachen. Trotzdem muß man sagen, es ist die Option auf einen Atomausstieg begonnen,

(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ja genau, die Option begonnen!)

und da möchte ich auf das eingehen, was Herr Engels gesagt hat. Herr Engels, Sie sind im Irrtum, wenn Sie der Meinung sind, daß Deutschland einen Sonderweg geht. Sie haben selber Österreich genannt. Österreich ist das einzige

(Senator Alexander Porschke)

- A Land in Europa, in dem es ein richtig sicheres Atomkraftwerk gibt, nämlich das Atomkraftwerk Zwentendorf, das, bevor es in Betrieb genommen worden ist, durch Volksabstimmung stillgelegt wurde. Diesen Trend haben andere Länder viel früher erkannt, und es war die Regierung unter der Führung Ihrer Partei, die dafür gesorgt hat, daß die Bundesrepublik so lange von der atomaren Gefahr bedroht wurde. Auch in Schweden und Belgien ist das Ende der Atomenergie in Aussicht genommen.

(Michael Fuchs CDU: Seit 30 Jahren!)

In Holland ist zu erwarten, daß im Jahr 2003 das Atomkraftwerk abgeschaltet wird. Dänemark, Griechenland, Portugal und Irland haben überhaupt keine Atomkraftwerke. Wer hier den Eindruck erwecken will, Deutschland würde einen Sonderweg gehen, der versucht, Sand in die Augen der Zuschauer zu streuen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Insofern, glaube ich, daß mir Ihre Bewertung in diesem Zusammenhang ziemlich egal sein kann. Die Bewertung anderer ist mir da schon wichtiger.

Ich fange einmal mit unseren alten Freunden an. Das Problem, das ich mit der Stellungnahme der REGENBOGEN-Gruppe habe, ist: Wir hätten abschließen können, was wir wollen, in jedem Fall hätten wir mit solch einer Rede rechnen müssen. Insofern ist eine solche Stellungnahme auch langweilig.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Mit Aussagen, daß der Begriff Ausstieg fehlt, kann man niemanden überzeugen, wenn in dem Vertrag steht, daß der Betrieb beendet werden soll. Wenn Ihnen das nicht ausreicht und Sie an solch einer Marginalie die Kritik festmachen, ist das albern.

B

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ebenfalls ist es eine Albernheit, ein Szenario zu suggerieren, als würde das Kraftwerk Brunsbüttel noch bis zum Jahr 2019 betrieben werden. Das sind alles maßlose Übertreibungen, die leider die Kritik, die zum Teil berechtigt ist, völlig entwerten, weil mit einer solchen Maßlosigkeit doch nur zum Ausdruck gebracht wird, daß man nicht wirklich in der Lage ist, einen Kompromißvorgang zu beurteilen, sondern daß sowieso klar ist, was vorher herauskommt, und das finde ich sehr bedauerlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das Problem, das ich mit der Bewertung der SPD habe, ist, daß ich durchaus Verständnis dafür habe, daß in Ihrer Partei eine ambivalente Haltung zur Atomenergie besteht.

(Ingrid Cords SPD: Und bei der GAL nicht?)

Immerhin wurden die meisten Atomkraftwerke, die um Hamburg herum gebaut worden sind, in der Zeit gebaut, in der es auch der Einfluß Ihrer Partei war, diese Anlagen zu wollen, zu fordern und damit dann auch mit zu bauen.

Darüber hinaus ist der härteste Kritiker des Atomenergiekonsenses in Hamburg, der jetzige Vorstandssprecher der HEW, auch von Ihnen in sein Amt gehoben worden. Von daher habe ich zwar Verständnis dafür, daß Sie sagen, das sei eine gute Lösung, aber mir wäre wohlher und ich hätte mehr Vertrauen in diesen Konsens, wenn ich von verantwortlicher Stelle in der Sozialdemokratie hören würde, daß sie sich an keiner Regierung beteiligen würde, die diesen Konsens wieder zurücknehmen wolle.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

C

Meine Bewertung ist – das ist allerdings meine Position als Fachsenator und Person und nicht die Position des Senats; wir haben bisher im Senat keinen Beschluß dazu gefaßt, das ist bei dem hier vorgesehenen Atomkonsens auch nicht nötig, denn er ist ausdrücklich darauf ausgerichtet, daß eine Länderzustimmung nicht notwendig ist –, daß es gut ist, wenn man eine Ausstiegsoption hat, aber das reicht nicht aus für Sicherheit. Sicherheit entsteht nur durch eine reale Abschaltung, und ohne eine reale Abschaltung finde ich das Ergebnis ungenügend.

Natürlich muß es einen mißtrauisch machen, wenn das ökonomische Kalkül, eine Anlage stillzulegen, das jetzt für die kleinen Anlagen durchaus greifen würde, nicht in Anspruch genommen wird, sondern die Energieversorgungsunternehmen darauf setzen, daß erst in der nächsten Legislaturperiode reale Stilllegungen in Aussicht genommen werden sollen. Das erweckt den Verdacht, daß da nur auf Zeit gespielt wird und daß die Hoffnung, diese Regelung könnte am Ende wieder kassiert werden, immer noch das Leitmotiv der Atomkonzerne ist.

Ich bin deswegen der Meinung, daß eine Option allein nicht reicht, sondern nur ein realer Ausstieg Sicherheit schafft, und Sicherheit brauchen wir.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Bühler.

Axel Bühler GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Jobs, Sie haben recht, wir haben weniger erreicht, als wir wollten. Herr Jobs, Sie irren sich, daß die Vereinbarung nichts mit Atomausstieg zu tun habe. Das zeigt nur, daß Sie nicht verstanden haben, wie in Deutschland Politik funktioniert,

D

(Dr. Roland Salchow CDU: Aber Sie haben es verstanden!)

wie in einer Konsensgesellschaft Schritt für Schritt politisches Terrain zu erkämpfen ist.

Ich möchte bei Ihrer technischen und scheinbar so überzeugenden Argumentation – allerdings ist es mehr Kaffeesatzleserei –, wann denn nun Brunsbüttel vom Netz geht, nur einmal zu bedenken geben, daß sich natürlich jedes Mal, wenn Brunsbüttel wieder in die Situation kommt, mehrere Jahre stillzustehen oder ein ganzes Jahr keinen Strom zu produzieren, die Entscheidung stellt, ob es endgültig abgeschaltet wird.

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das war schon immer so!)

Wenn Brunsbüttel in den nächsten Jahren mit 61 Prozent Auslastung laufen sollte, dann geht es eher heute als morgen vom Netz. Daß Sie sich hier hinstellen und sagen, die ganze Sache sei entschieden, das laufe bis 2018 oder was immer Sie ausgerechnet haben, zeigt doch gerade, daß Sie mit Ihrer finalen Logik, mit dieser Vereinbarung müsse alles entschieden sein, völlig falsch liegen.

Wir haben mit dem Konsens Ergebnisse erzielt, die ganz klar in Richtung Ausstieg weisen. Die Laufzeiten der Atomkraftwerke werden begrenzt. Natürlich werden sie weniger begrenzt, als wir uns das gewünscht haben, aber sie werden begrenzt. Das ist in der Qualität völlig neu in der Bundesrepublik. Wiederaufarbeitung und Plutoniumwirtschaft

(Axel Bühler GAL)

- A werden beendet, zwar später, als wir wollten, aber sie werden beendet. Die Zahl der Atomtransporte wird verringert.

(Zuruf von REGENBOGEN – für eine neue Linke)

– Genau, und die Zwischenlager. Wunderbar, REGENBOGEN, das ist Ihr taktisches Verhältnis zu Castor-Transporten, Leute bei riskanten Transporten auf die Straße zu bringen, um Mobilisierungspotential zu haben.

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Wir wollen den doch gar nicht mehr!)

Das ist ein taktisches Verhältnis auf Kosten der Sicherheit und nichts anderes.

(Beifall bei der GAL und der SPD und bei Karl-Heinz Warnholz CDU)

Während der Restlaufzeiten wird – auch wenn immer etwas anderes behauptet wird – selbstverständlich der heutige Sicherheitsstandard nach dem Stand von Wissenschaft und Technik dynamisch fortgeschrieben. Das ist ein dynamischer Sicherheitsstandard, das heißt, in Zukunft ist mit steigendem Sicherheitsniveau zu rechnen.

Die Unumkehrbarkeit, von der hier geredet wird, entsteht anders, als Sie sich das vorstellen. Die Unumkehrbarkeit entsteht dadurch, daß eine Gesellschaft eine neue Richtung in bezug auf ihre Energieversorgung einschlägt mit einem verstärkten und klaren deutlichen Einsatz Richtung erneuerbarer Energien und einer Absage an Atomenergie. Aus unserer Sicht hätte sie klarer ausfallen können, aber dieser Beschluß spiegelt in etwa wider, was die bundesrepublikanische Gesellschaft wünscht; so ist Politik nun einmal.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B Meine Damen und Herren! Grüne Politik muß sich daran messen lassen, was wir wollen, was wir erreichen und was wir tun werden. Über das, was wir wollen und was wir erreichen, haben wir geredet. Zu dem, was wir tun werden, noch ein paar Worte. Berlin hat die Aufgabe, die Atomgesetzesnovelle so einzutüten, wie Alexander Porschke das angedeutet hat, die vorgesehene Flexibilisierung so zu nutzen, daß es möglichst schnell zu Stilllegungen kommt. Über weitere und andere Kraftwerke reden wir später, das können wir genauso gut wie die Atomindustrie, die auf einen Regierungswechsel wartet.

Für Hamburg ist ganz klar: Die Koalition muß sicherstellen, daß die HEW sich dem Konsens anschließt, das ist eine ganz besonders vornehme Aufgabe für den Ersten Bürgermeister in seiner Rolle als Aufsichtsratsvorsitzender.

(Beifall bei Andrea Franken und Dr. Martin Schmidt, beide GAL)

Aus dieser Verpflichtung werden wir den Bürgermeister nicht entlassen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das hört sich ja an! Wir werden ihn nicht entlassen!)

Ich nehme an, daß sich das durchaus auch auf die Verhandlungen mit Vattenfall erstrecken wird.

Wir werden uns in Hamburg auch darum kümmern müssen, daß die Zwischenlager exakt an die geplanten Laufzeiten der Atomkraftwerke angepaßt werden. Die beantragten Zwischenlager sprengen jede Dimension. Auch da wird ein politischer Kampf bevorstehen. Wir müssen uns natürlich auch in Hamburg dafür einsetzen, daß die Flexibilität der Vereinbarung genutzt wird.

Die Kritiker müssen sich entscheiden, ob sie die Vereinbarung schwächen oder das Erreichte sichern wollen, gemeinsam mit uns, von mir aus auch neben uns, aber sie müssen sich entscheiden. Und wer gegen diese Vereinbarung unentwegt stänkert, der schwächt sie.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir haben einen entscheidenden Schritt in Richtung Atomausstieg gemacht. Jetzt gilt es, den Druck aufrechtzuerhalten, die Ergebnisse zu sichern und um jeden Millimeter Land in dieser Frage zu kämpfen. Es ist noch nicht viel gewonnen, wir werden weitermachen, um einer sicheren, umweltverträglichen und nachhaltigen Energieversorgung näherzukommen. In Sachen Atompolitik: Der Kampf geht weiter. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Vogel.

Renate Vogel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dem Herrn Kollegen Bühler kann ich mich nahtlos anschließen. Gefreut hat mich heute eine Anzeige im „Hamburger Abendblatt“, die vorhin hier auch schon gezeigt wurde, vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: „HAPPY END“, „Der Konsens steht!“

Ist das nun der Anfang oder das Ende dieser Never-ending-Story? Ich glaube eher, Happy-End heißt, wir steigen jetzt in eine Vernunftfete ein, und über diese Vereinbarung der rotgrünen Koalition in Berlin muß jetzt ein ordentlicher Ehevertrag ausgehandelt werden; der Brautpreis war: keine Entschädigung.

(Dr. Roland Salchow CDU: Der Ausstieg in den Ehevertrag!)

Die Option auf den Ausstieg ist oder soll ein Ehevertrag werden.

Es sind Vokabeln vorgelesen worden wie: „vernünftiger Kompromiß nach langen Verhandlungen“ unseres Bürgermeisters oder „Herr Timm solle für die HEW in die Pflicht genommen werden“. Er hat schon gesagt, er sehe Planungssicherheit in diesen Vereinbarungen, und daran kann man ihn festmachen. Ich sehe in diesem Papier kein Ruhigstellungspapier, wie Herr Engels es behauptet hat. Daß es nicht einmal eine Option auf den Ausstieg ist, sehe ich auch nicht. Es sind sicherlich bittere Zugeständnisse gemacht worden, da stimme ich Herrn Porschke zu, wenn man von den Anfangs- oder Basispositionen ausgeht. Aber vernünftiges Handeln und Coolness sind angesagt, und wir wollen alle cool bleiben und sehen, ob aus dieser Vernunftfete nicht nur eine Ehe auf Zeit, sondern eine vernünftige, langanhaltende und vielleicht auch glückliche Ehe wird. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Professor Salchow, Sie haben das Wort.

Dr. Roland Salchow CDU: Frau Präsidentin, es ist etwas eigenartig zu sehen, wie die Grünen hier argumentieren.

(Antje Möller GAL: Nein, das ist wie immer spannend!)

(Dr. Roland Salchow CDU)

A – Doch, Frau Möller, wenn ich höre, was Herr Bühler und der Senator gesagt haben.

(Antje Möller GAL: Da haben Sie nicht zugehört!)

Sie sagen letzten Endes doch, daß man das so machen müsse. Vor ein paar Tagen las ich es im „Hamburger Abendblatt“ noch anders. Da sagte Herr Bühler, materiell habe man so gut wie nichts erreicht. Heute fordert er die REGENBOGEN-Leute auf, sich klar dafür zu entscheiden, und im „Hamburger Abendblatt“ sagt er das Gegenteil.

Oder der Umweltsenator, der hier sagt, es sei eine Option auf den Ausstieg, schreibt noch vor zwei Tagen im „Hamburger Abendblatt“ über die Vereinbarung:

„Sie ist enttäuschend und unbefriedigend.‘ Wenn es in der laufenden Wahlperiode nicht noch zu Stilllegungen komme, sollte die grüne Bundestagsfraktion dem Gesetz nicht zustimmen. Ohne eine ‚reale Stilllegung‘ könnten die Grünen ‚am Ende mit völlig leeren Händen dastehen‘.“

Was ist denn das für eine Linie bei den Grünen? Es scheint bei der Frage des Atomausstiegs nur noch darum zu gehen, wie es um ihre innere Befindlichkeit bestellt ist; das aber ist doch scheißegal.

(Beifall bei der CDU und Buh-Rufe bei der SPD und der GAL – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Abgeordneter, mäßigen Sie sich bitte.

B **Dr. Roland Salchow** (fortfahrend): Gut, ich hätte das Wort „egal“ auch ohne Vorsilbe benutzen können.

Wohin geht eigentlich die politische Qualität der Diskussion in unserem Lande,

(Antje Möller GAL: Die fördern Sie doch nicht!)

wenn wir uns bei einer ökonomisch, ökologisch und technologiepolitisch so bedeutsamen Entscheidung hauptsächlich um die Zerreißfestigkeit der Grünen? Das steht doch in allen Zeitungen als Hauptüberschrift.

(Anja Hajduk GAL: Hören Sie doch mal auf!)

Gibt es denn nichts Wichtigeres?

(Zurufe von der GAL)

– Sie lachen doch die ganze Zeit, lachen Sie weiter, das ist doch Ihre Lieblingsbeschäftigung.

Die Grünen werden im Bund diese Entscheidung genauso hinnehmen, wie die Grünen in Hamburg die Elbvertiefung umsetzen und wie sie in Düsseldorf heute morgen einem Vertrag zum Autobahnausbau zugestimmt haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie unterschreiben doch alles, um in Regierungen Beiboot zu sein; das ist doch der Hauptpunkt.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Sagen Sie doch mal, was Sie wollen!)

– Das werde ich jetzt sagen.

Das Öko-Institut in Berlin und Professoren aus Stuttgart haben – das „Hamburger Abendblatt“ ist die einzige Zeitung, die das geschrieben hat –

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Wir wollen nicht hören, was das „Hamburger Abendblatt“ sagt, sondern was Sie sagen!)

C

in Analyse dieses Papiers gesagt, daß als Resultat kurzfristig gar nichts Dramatisches passiere, aber ungefähr ab dem Jahre 2010 würde es in der Umsetzung zu einem kräftigen Anstieg des Treibhausgases CO₂ kommen. Lassen Sie uns einmal darüber reden und nicht über Ihre innere Befindlichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der entscheidende Punkt. Der Beschluß in Berlin beinhaltet eine Analyse, aber er umfaßt – das hat Frau Schaal nicht richtig gesagt – keine konkreten Perspektiven für die zukünftige Energiepolitik.

(Beifall bei der CDU)

Eine Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des Klimaschutzes interessiert weder Herrn Bühler noch Herrn Porschke. Darüber, wie Sie die gesetzten Ziele, 25 Prozent weniger CO₂-Ausstoß, umsetzen wollen, steht in dem Papier nichts. Da steht nur der von Frau Schaal genannte Spruch, und der sagt nichts. Der Greenpeace-Chef hat vorige Woche in Hamburg gesagt, in Deutschland gebe es keine Energiepolitik. Recht hat er, aber er beschreibt Ihre Politik.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich will nicht abstreiten, daß die Bundesregierung meiner Partei in der Energiepolitik auch nicht so toll war; diese Aussage habe ich mit meinen Kollegen nicht abgestimmt.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Bei Ihnen steht zur Energiepolitik keine Zeile. Was wollen Sie denn statt Kernenergie machen? Sie steigen aus, und es ist nicht geregelt. Ich sage Ihnen, was von der Logik her passieren muß, denn Einsparmaßnahmen werden das nicht kompensieren können. Entweder wird Deutschland Strom importieren – Yello-Strom aus Frankreich oder vielleicht Strom aus Osteuropa, das heißt Kernenergiestrom –, oder aber Deutschland baut. Frau Schaal hat eben wieder angedeutet, daß Deutschland baue. Was werden Sie denn bauen? GAL und SPD haben gesagt, es werden wieder Verbrennungskraftwerke mit Kohle und Gas gebaut, und das heißt, Sie werden den Treibhauseffekt verstärken; das ist Ihre ökologische Moral. Sie machen keine Energiepolitik, sondern haben nur den sehnlichsten Wunsch auszuweichen.

D

(Beifall bei der CDU)

Ich habe immer angeregt, keine neuen Kernkraftwerke mehr zu bauen, aber den finanziellen Vorteil der bestehenden Kernkraftwerke zu nutzen. Brunsbüttel hat im Jahr bis zu 90 Millionen DM Reingewinn gemacht. Das hätten Sie doch länger laufen lassen und abschöpfen können, um damit erneuerbare Energien zu subventionieren; das wäre eine Energiepolitik gewesen.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Professor Salchow, Sie müssen zum Schluß kommen.

Dr. Roland Salchow (fortfahrend): Ich komme zum Schluß. – Sie sind gegen solche Vernunftüberlegungen offensichtlich immun, weil sich bei Ihnen das Bauzaunerlebnis nie-

(Dr. Roland Salchow CDU)

A derschlägt. Es darf hier nicht nur um das Signal gehen, wie Herr Porschke sagt.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Sie müssen bitte zum Schluß kommen.

Dr. Roland Salchow (fortfahrend): Es ist der vorletzte Satz, Frau Präsidentin. – Es muß um die Sache gehen und nicht darum, daß Sie Ihre Gefühle vom Brokdorfer Zaun hier in komische Gesetze umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Meine Damen und Herren! Was wir gegenwärtig debattieren, ist natürlich kein Konsens, und zwar deswegen nicht, weil die verschiedenen Partner, die eigentlich am Tisch sitzen sollten, zum Teil gar nicht mehr am Tisch gesessen haben. Die Grünen haben mit der Anti-AKW-Bewegung nichts mehr zu tun,

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Dafür haben wir mit dem REGENBOGEN zu tun!)

und von daher können sie die auch nicht mehr darstellen. Auf der anderen Seite gab es die Energiebetreiber, die sich dort durchgesetzt haben,

(Mahmut Erdem GAL: Stimmt doch nicht!)

aber das ist kein gesellschaftlicher Konsens, der eigentlich versprochen worden ist.

B

Zweitens ist deutlich geworden – alle Kommentatoren, die sich mit dieser Materie auskennen, haben das deutlich gesagt, und wir bekommen es jetzt hier auch mit –, daß es kein Konsens ist, da sich nicht verschiedene Meinungen gebündelt haben oder jede Seite irgend etwas abgegeben hat, sondern die Atomindustrie hat sich in allen Punkten eindeutig durchgesetzt; das ist genau der Punkt.

(Mahmut Erdem GAL: Das stimmt doch nicht!)

Das einzige, was nicht geschehen ist, und das hat Herr Porschke deutlich gesagt, es gibt einen Einstieg in die Option auf einen Ausstieg. Eine politische Erklärung ist alles, und ansonsten wird alles unterschrieben, was die Atomindustrie gewollt hat, und das halten wir für eine Katastrophe.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Antje Möller GAL: Besser machen!)

Das betrifft alle Felder, das betrifft die zusätzlichen Atomanlagen, die Zwischenlager, die wir immer bekämpft haben, das betrifft die Energieunternehmen, die diese riesigen Geldsummen weiterhin behalten und damit ihre wirtschaftliche Macht weiterhin behalten dürfen. Das ist die Katastrophe, die wir immer kritisiert haben.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Der Kapitalismus wird auch nicht abgeschafft!)

Das führt zu der Feststellung, daß unter der CDU-Regierung die Abschaltung von Atomkraftwerken scheinbar leichter gefallen ist als gegenwärtig, da sind eher welche abgeschaltet worden; welch absurder Zustand wird dort praktisch unterschrieben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Deshalb haben wir auch die Situation, daß es keinen ernsthaften AKW-Gegner mehr gibt, der diesen Konsens für richtig erklärt. Den gibt es nicht mehr innerhalb der grünen Partei, den gibt es nicht mehr bei denjenigen, die das unterschrieben und gestützt haben, und von daher haben die damit gar nichts mehr zu tun.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Danke für die Blumen!)

Es betrifft aber natürlich noch einen zweiten Punkt, den wir uns angucken müssen, den Hamburger Koalitionsvertrag. Wir hatten vor einem Jahr im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag die Diskussion, daß Hamburg eigenständige Schritte nicht machen müsse – das hat Herr Porschke gesagt –, weil sich alles auf Bundesebene löse. Laut Koalitionsvertrag sollte zumindest ein AKW in Hamburg stillgelegt werden. Es gab im September die Chance, das eigenständig in Hamburg zu machen; diese Chance ist an den Bund weitergegeben worden, und der Bund löst sie gegenwärtig nicht ein. Der Koalitionsvertrag in Hamburg wird gegenwärtig nicht erfüllt, und Herr Porschke hat uns angezogen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Wie bitte?)

Drittens geht es – das ist unabhängig von Atomausstieg und so weiter – letztendlich um die Frage der politischen Moral, daß man nicht mehr in der Lage ist, gegen herrschende wirtschaftliche Macht irgend etwas in diesem Land zu bestimmen. Wenn die Unternehmen machtvoll genug sind, Geld genug haben, dann werden sie es schaffen, ihre Interessen durchzusetzen, und dieser Atomkonsens spricht davon. Die wirtschaftliche Macht der Betreiber von Atomkraftwerken, die Philosophie „Geld regiert die Welt“, hat sich hier durchgesetzt und nicht mehr die Politik.

(Peter Zamory GAL: Vorwärts zum Klassenkampf!)

Und diese katastrophale Logik werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Senator Porschke.

Senator Alexander Porschke: Mein lieber Herr Salchow, es war reine Rücksichtnahme auf die Abwechslung im Podium, daß ich nicht auch noch die ganzen erfolgreichen Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen der Energiewende hier vorgetragen habe. Aber wenn Sie jetzt darum bitten, dann fange ich an.

Erstens: Der entscheidende Punkt, der den Einstieg in eine echte Energiewende gebracht hat, war die Ökosteuerdiskussion. Sie fangen jetzt an, populistisch hinter „Bild“-Zeitungskampagnen herzurennen, man solle die Ökosteuer abschaffen, damit die Autofahrer an der Tankstelle nicht so viel bezahlen müssen. Ich habe Verständnis dafür, daß ein Autofahrer nicht so viel bezahlen will, aber Sie sagen zu keinem Zeitpunkt: „Wir wollen lieber die Lohnnebenkosten wieder ansteigen lassen, dann haben wir zwar ein bißchen mehr Arbeitslosigkeit und Umwelterstörung, aber wir haben Ruhe mit der Autofahrerlobby.“ Das halte ich für eine verlogene Energiepolitik.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Senator, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

C

D

A **Senator Alexander Porschke** (fortfahrend): Er kann sich ja gleich wieder melden. – Es war genau diese Bundesregierung, die weg von der Zwickmühle zwischen Klimagefährdung einerseits und atomarer Gefahr andererseits die Weichenstellungen für wirklich erneuerbare und zukunftsfähige Energien gestellt hat. Das Erneuerbare-Energie-Gesetz dieser Bundesregierung, das am 1. April dieses Jahres in Kraft getreten ist, ist der Durchbruch für eine lang angelegte Förderstrategie für erneuerbare Energien.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Und es war auch diese neue Bundesregierung, die einen Schutzkorridor für die Kraft-Wärme-Kopplung eingeführt hat. Sie wird mit der Energiesparverordnung die Entwicklung im Bauwesen vorantreiben, und das Ganze wird sich in trefflichster Weise mit dem vertragen, was wir in Hamburg in Sachen Klimaschutz und Arbeit leisten. Wenn Sie möchten, nenne ich die gesamte Liste, aber da ich weiß, daß wir das Thema morgen noch einmal haben, fände ich es einfach langweilig, Ihnen das alles zweimal zu erzählen. Also ersparen Sie uns den Quatsch, wir hätten keine Vorstellung von Energiepolitik.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Wir haben eine ausgesprochen entwickelte Energiewendepolitik, allerdings davon auch einen Teil „Atomausstieg“, weil wir die Gefahren aus der Atomenergie für zu groß halten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Nun noch einmal zu Herrn Hackbusch. Das ist kein Konsens, das ist richtig, es ist ein Kompromiß. Aber nach Ihren Einlassungen, Herr Hackbusch, ist ein Konsens auch völlig undenkbar, denn die Positionen, die Sie in dieser Frage immer eingenommen haben, sind überhaupt nicht konsensfähig mit irgendeiner anderen Position. Das heißt, mit den Grundpositionen der Anti-Atomkraft-Bewegung, die nach meinem Dafürhalten immer noch und zu Recht für die sofortige Stilllegung sind, ist kein Konsens möglich, also kann es nur um einen Kompromiß gehen. Um einen Kompromiß zu bewerten, muß man ein bißchen auf seine Glaubwürdigkeit achten, und seine Glaubwürdigkeit verspielt man, wenn man mit falschen Aussagen arbeitet.

So ist es zum Beispiel eine falsche Aussage, daß wir die Chance, ein um Hamburg herum stehendes Kraftwerk stillzulegen, verschenkt hätten. Das ist einfach falsch, das trifft nicht zu. Diejenigen, die diese Position im Koalitionsvertrag in Hamburg formuliert haben, müßten es eigentlich besser wissen, und da gucke ich nicht umsonst in Ihre Richtung. In unserem Koalitionsvertrag steht, daß die Koalitionsparteien sich um eine Verständigung mit der HEW über eine Kündigung des Atomkraftwerkgesellschaftsvertrags bemühen werden, und genau das haben wir getan.

(Zurufe von REGENBOGEN – für eine neue Linke)

– Große Überraschung. Das haben Sie doch mit ausgehandelt, das haben Sie doch als richtig unterschrieben. Wo ist denn das Bekenntnis dazu? Wir sind diesen Weg gegangen, aber im Konsens kommt man anscheinend nicht so weit.

Deswegen braucht man einen stärkeren Hebel. Natürlich werden sich die Verhandlungen, die wir auch in Hamburg weiterführen möchten, an den Rahmen halten, der von der Bundesregierung neu geschaffen werden soll. Und natürlich werden wir die Verhandlungen, die wir zwischenzeitlich hätten führen können – wir haben beide viel

zu tun, Sie sehen ja, der Bürgermeister muß sogar hier arbeiten –, weiterführen, aber dies macht keinen Sinn in einer Zeit, in der die Rahmenbedingungen für Verhandlungen nicht klar sind, wo dann immer wieder gefragt würde: Unter welchen Rahmenbedingungen verhandeln wir? Jetzt sind Rahmenbedingungen geschaffen worden, mit denen man verhandeln kann.

Herr Salchow, ich möchte aber eines ganz klar sagen.

(Rolf Kruse CDU: Der Mann hat recht, Herr Salchow!)

Die Position, daß das Ergebnis, wie es jetzt dasteht, ohne eine reale Stilllegung in dieser Legislaturperiode unbefriedigend und enttäuschend sei, ist nach wie vor meine Position; dazu stehe ich.

(Dr. Roland Salchow CDU: Aus psychologischen Gründen!)

– Nein, nicht aus psychologischen Gründen, sondern weil es ganz klar so ist. – Nur eine reale Stilllegung schafft eine reale Reduzierung der Gefahr, darauf kommt es wirklich an. Insofern bin ich sehr froh – ich habe mich vorhin mit dem Ersten Bürgermeister noch einmal darüber verständigt –, daß es beim Ziel bleibt, das wir in der Koalitionsvereinbarung definiert haben. Es bleibt beim Ziel Stilllegung von Kernkraftwerkskapazitäten im Jahr 2002/2003; da bleiben wir glaubwürdig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist Ihnen wahrscheinlich nicht entgangen, daß die Sonne, die in Zukunft sehr viel mehr lebenspendend tätig sein wird als bisher, weil sich nun ihre Kraft auch in Strom umwandeln läßt, seit dem Atomkonsens freudig über uns strahlt.

(Heiterkeit im ganzen Hause – Dr. Stefan Schulz CDU: Das habt ihr gemacht!)

Den Herren Engels und Jobs würde ich einmal eine kleine Auslandsreise spendieren wollen, damit sie merken, was in der Welt passiert, wenn in Deutschland ein Atomkonsens vereinbart wird. Dann würden sie vielleicht die „Washington Post“ lesen, die schreibt, daß sich die erste größere Industrienation dem Ausstieg aus der Atomproduktion widmet, und das sei ein bemerkenswertes Ereignis, dem andere Industrienationen eines Tages folgen würden.

(Dr. Roland Salchow CDU: Gerade die USA! Das können Sie meiner Großmutter erzählen!)

Oder sie könnten lesen, daß der englische „Independent“ als direkte Folge des deutschen Beschlusses sagt, „England should face out these dangerous sorts of energy“, sollte also aussteigen. „Le Monde“ in Frankreich stellt fest, daß nun Frankreich in seiner Atompolitik isoliert in Europa ist. Isoliert ist nicht mein Wort, sondern deren Wort. In fast allen großen europäischen Zeitungen werden Leitartikel geschrieben über die Frage, wie gefährlich diese Industrie ist und wann auch England und Frankreich aussteigen.

Italien stellt fest, daß zehn Jahre nach dem historischen Entschluß Italiens, dem Atomstrom endgültig ade zu sagen, auch Deutschland addio zur Atomstromgeschichte sagt.

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A (Dr. Roland Salchow CDU: Italien hat doch gar keine!)

Italien hat vor zehn Jahren – das ist Ihnen vielleicht in der Eile des Gefechts entgangen – über Volksabstimmung beschlossen, nie welche zu bekommen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Dann können die auch gar nicht aussteigen, Mann!)

– Herr Salchow, Sie haben nichts verstanden. Ich habe gesagt, Italien hat zehn Jahre nach seinem historischen Entscheid gegen jeden Atomstrom festgestellt, daß nun auch Deutschland addio sagt.

Es gibt freilich ein kleines Problem, aber das ist eher ein grünes Problem. Im „Guardian“ wird wunderbar formuliert: „The German Green Party is divided about her most substantial political achievement“, also die Grünen haben Probleme, ihren größten politischen Erfolg heimzuholen. Das ist ja wahr, das wollen wir nicht leugnen, aber es ist trotzdem der größte politische Erfolg, den die Grünen in ihrer Geschichte je errungen haben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Dr. Roland Salchow CDU: Das ist ja beruhigend!)

Deswegen schlage ich vor, die Herren Jobs und Engels zusammenzusperren, und dann wird folgendes herauskommen: Entweder überzeugt Jobs Engels, daß Jobs recht hat, daß nämlich gar nichts los ist; dann gibt die CDU den Widerstand gegen den Konsens auf.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

B Oder Engels überzeugt Jobs, daß das wirklich nicht das Ende des Atomstroms bedeutet, sondern man diesen Konsens bekämpfen muß. Daraufhin wechselt Jobs sofort die Seite und kämpft wieder auf unserer Seite gegen die Atomindustrie; beides kann passieren.

Im übrigen möchte ich noch ein Argument von Herrn Jobs ernsthaft zurückweisen, ich finde es nachgerade peinlich. Wenn eine Regierung fast überflüssigerweise mitteilt, daß sie nicht gedenkt, diskriminierende Gesetze zu erlassen, dann ist das so selbstverständlich wie nur irgend etwas. Ich hoffe, daß wir in diesem Saale nie ein diskriminierendes Gesetz erlassen haben und es auch in Zukunft nicht tun. Ich kann nicht verstehen, was das soll, das anzugreifen.

Aber damit wird natürlich auch das gesamte Modell des Vertrages angegriffen; darüber wurde schon einige Male etwas gesagt. Dieser Vertrag ist ein Konsensmodell – im übrigen bin ich bereit, Ihnen anhand des Synonym-Wörterbuches den Unterschied zwischen Konsens und Kompromiß zu erklären –

(Dr. Roland Salchow CDU: Konkurs!)

und deswegen so wichtig, weil sich damit die Industrie in der Tat im Gegensatz zu dem, was Herr Hackbusch sagt, dem politischen Willen gebeugt und gesagt hat: Damit soll Schluß sein. Das haben sie selbst gesagt. Wir haben den Beweis dafür. Es gibt nämlich nach wie vor Leute, die dagegen sind. Herr Stoiber und Co wollen sich dem Konsens nicht anschließen. Sie werden es aber müssen, weil die Industrie sie dazu bringen wird.

Deswegen bin ich dafür, daß wir jetzt aufhören zu sagen, es sei kein Konsens. Es ist der große Durchbruch, und wir werden viel dafür tun müssen, daß er so hält; das ist wohl wahr. Wir werden in den nächsten Jahren insbesondere noch viel dafür tun müssen, daß die Energiepolitik, wie es

Herr Porschke schon gesagt hat, in die richtige Richtung geht. – Vielen Dank. C

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Meine Damen und Herren! Bei dem Thema Atomausstieg scheint es auch noch um eine andere Sache zu gehen. In jedem Redebeitrag wird über Glaubwürdigkeit gesprochen, und es scheint so, daß keiner dem anderen mehr über den Weg traut bei diesem Thema.

(Michael Fuchs CDU: Das ist ja kein Wunder!)

Ich finde das sehr bedauerlich. Ich kann mir eine Bemerkung zu Ihrem Redebeitrag nicht verkneifen, Herr Senator Porschke. Sie haben gesagt, Sie würden der SPD in Fragen des Atomausstiegs mehr über den Weg trauen, wenn wir versichern würden, daß wir künftig nur mit einer Regierung weitermachen, die dieses Thema genauso behandelt, wie es jetzt behandelt wird.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Wir würden das sicher gern mit den Grünen machen, dann müßten wir und auch die Grünen uns aber gemeinsam anstrengen,

(Ole von Beust CDU: Gute Idee!)

denn zu so einer Partnerschaft gehören zwei. Ich fürchte, daß uns die Grünen bei Bund und Ländern verlorengehen, wenn wir nicht zu der Politik, die wir gemeinsam machen, auch gemeinsam stehen.

D Wir müssen den Atomkonsens, so wie er vorgelegt wurde, nach draußen gemeinsam vertreten und ihn nicht intern herunterreden. Wer soll uns denn abkaufen, daß das die richtige Linie ist, wenn wir selbst nicht einmal dazu stehen. Wir müssen sagen, daß das, was unsere Regierung in Berlin mit den Bossen ausgehandelt hat, richtig ist, sonst werden die Leute es uns auch nicht abkaufen. Noch meinen 46 Prozent der Bevölkerung, daß es richtig ist, was verhandelt wurde. Ich meine, es muß mehr werden, und dafür müssen wir werben.

Nun noch einmal zu Ihnen, Herr Salchow. Sie haben auch die Glaubwürdigkeit traktiert, indem Sie auf den Grünen herumgekloppt haben. Sie haben die Glaubwürdigkeit der Grünen in einer Art und Weise bejammert, als ob Sie jemals die Politik, die die Grünen gemacht haben, vertreten hätten. Sie waren doch die ersten, die immer auf Trittinn eingepreßelt haben und es jetzt auch noch tun. Tun Sie also nicht so, als hätten Sie die Weisheit mit Löffeln gefressen.

Ich habe von Ihnen auch noch nicht gehört, wie ein künftiges Energiekonzept aussehen sollte, meine Damen und Herren. Ihre Chefin Angela Merkel hat in ihrer Zeit als Umweltministerin vielleicht auch mal da und dort eine kritische Bemerkung gegen Atomenergie und Atomwirtschaft fallengelassen, sie hat aber kein Konzept vorgelegt. Das hat die jetzige Regierung getan.

Ich erinnere noch einmal daran, daß in der Vereinbarung darauf hingewiesen wurde, wie die künftige Energiepolitik aussehen soll. Etwa zwei Wochen bevor der Konsens vorgelegt wurde, ist in Berlin das Papier „Energiedialog 2000 – Leitlinien zur Energiepolitik“ vorgestellt worden, das alle gesellschaftlichen Gruppen zu der Frage erarbeitet haben. Leider, Herr Jobs, haben sich die Naturschutzverbände bei

(Dr. Monika Schaal SPD)

A diesem Dialog frühzeitig vom Hocker gemacht, obwohl das, was im Konsens erarbeitet wurde, in den Leitlinien weiteren Eingang gefunden hat. Es wird dort nicht umsonst einer nachhaltigen Energiepolitik das Wort geredet. Es ist das erste Mal, daß die Nachhaltigkeit des Klima- und Umweltschutzes bei der Energiepolitik offiziell eine wichtige Rolle spielt und daß nicht nur der Standortfaktor, die Wirtschaftlichkeit und die Sicherheit genannt werden. Wir haben jetzt genügend Zeit, um Alternativen aufzubauen.

Noch ein Wort zur CDU. Herr Salchow, mir kommen die Tränen und ich weiß nicht mehr, was ich zu der CDU sagen soll.

(Dr. Roland Salchow CDU: Ich habe ein Taschentuch dabei!)

Wir sind in der Situation, daß die Industriebosse Ihnen hinterherlaufen und betteln, daß Sie diesem Kompromiß zustimmen, und da geht der Kuhn daher und sagt, die Opposition solle diesem Konsens zustimmen, weil die ganze Sache sonst in die Hose geht.

(Dr. Roland Salchow CDU: Ich bin nicht der Vertreter der Industrie!)

So etwas sind wir von Ihnen nicht gewöhnt. Wir sind auch von Herrn Stoiber nicht gewöhnt, daß er plötzlich die Atomtransporte und -entsorgung blockiert. Er hat gesagt:

„Wir werden die Entsorgung blockieren, indem wir keine Zwischenlager genehmigen, damit diese ganze Kiste in den Dreck fährt.“

Das finde ich schon sehr stark. Das sind ganz neue Töne der Opposition. Da frage ich mich dann allerdings auch, wo die Glaubwürdigkeit bleibt, da von Ihnen und Ihren Parteifreunden früher immer auf die Sicherheit der Entsorgung hingewiesen wurde. Jetzt ist offensichtlich Herr Stoiber derjenige, der die Entsorgung blockiert. – Vielen Dank.

B

(Beifall bei der SPD – Dr. Roland Salchow CDU: Aber Ihre Zwischenlager sind doch das unsichere Ding!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Engels.

Hartmut Engels CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schmidt, daß Sie einen Kommentator der „Le Monde“ aus Frankreich zitieren müssen, dessen Auffassung nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wiedergibt, um einen Beleg dafür zu finden, daß am deutschen Ausstiegswesen der Rest der Welt anfängt zu genesen, ist ein Armutszeugnis sondergleichen und zeigt auch, wie weit Sie sich in Ihrer ideologischen isolierten Befangenheit befinden.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte aber noch einmal zur Energiekonzeption kommen. Meine Damen und Herren, diese Konsensabmachung – man weiß noch nicht, wie man es so richtig nennen soll – enthält durchaus eine ganze Reihe von konkreten Zahlen. Ganz konkret würde zum Beispiel eine Abschaltung oder ein Auslaufenlassen aller Kernkraftwerke jährlich ein Mehr an 190 Millionen Tonnen CO₂, des wichtigsten Treibhausgases, bedeuten.

Nun weiß ich natürlich auch, Herr Porschke, daß Sie alle möglichen Zielsetzungen ökologischer Art, Energiesparen, regenerative Energie und so weiter haben. Aber in dem Au-

genblick, in dem Sie in Konsensgesprächen Vereinbarungen treffen, muß ein Konzept so aussehen, daß Sie konkret sagen, wieviel Windenergie, Solarenergie und Import benötigt werden; dann brauchen wir Zahlen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Abwarten!)

Alles andere sind Wunschträume und Gesundbetereien, die uns nicht weiterhelfen, und sind erst recht kein Konzept.

(Beifall bei der CDU – Dr. Martin Schmidt GAL: Das geben wir zu Protokoll!)

Die Ökosteuern als Konzept zu bezeichnen, nur weil davor „Öko“ steht; sie ist in Wirklichkeit ein großer Beitrag zur Rentenversicherung und fließt ansonsten in den allgemeinen Haushalt hinein;

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Das hat Frau Merkel vor den Wahlen eingefordert!)

es hat überhaupt nichts mit ökologischem Konzept zu tun. Schon der Name ist eine Lüge.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Frau Merkel hat gelogen!)

Kommen wir doch einmal auf den Konsensvertrag zurück. Dort wird vom Einstieg in die direkte Endlagerung gesprochen. Und was wird tatsächlich verabredet? Zwischenlager. Wie lange diese betrieben werden sollen, steht völlig in den Sternen. Im Moment sieht es tatsächlich so aus, daß diese Zwischenlagerung neunzehnmal in der Bundesrepublik – um Hamburg herum viermal – in den angeblich so gefährlichen Castor-Behältern für diese Bundesregierung die sogenannte Endlagerung ist. Daß das keine Endlagerung ist und zusätzliche Unsicherheiten schafft, liegt doch auf der Hand.

Im übrigen ist genau an dieser Stelle, an der die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zu Recht angreifen, der Knackpunkt. Dort sind nämlich die Länder direkt bei den Genehmigungsverfahren mit eingebunden und müssen in den entsprechenden gesetzlichen Verfahren mit berücksichtigt werden. Damit kommen sie nicht mehr alleine, sondern nur mit Hilfe der Mehrheit der jetzigen Bundesregierung durch.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Und billigen Sie das?)

An der Stelle möchte ich noch einmal etwas bemerken, weil ausgerechnet der Bürgermeister eben die Bemerkung machte: „Das ist aber eine müde Debatte.“

Interessant ist, was der Vorstandsvorsitzende zu diesem Konsensvertrag gesagt hat. Er hat gesagt: „Die HEW ist nicht gefragt worden!“ Es gibt auch diverse Fragezeichen, wie die Hamburger Electricitäts-Werke selbst – eine sehr wichtige Frage für unsere Stadt – mit diesem Konsens umgehen werden. Da ist es schon sehr bemerkenswert, daß der Umweltsenator an diesem Pult hier den Bürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzenden laut fragt, was er eigentlich zu dieser Situation zu bemerken habe. Ausgerechnet dieser Bürgermeister besitzt die Stirn zu sagen: „Das ist aber eine müde Debatte.“

Herr Bürgermeister, Sie haben hier eine Verantwortung für Hamburg. Nun einfach auf Tauchstation zu gehen, ist gegenüber diesem Parlament und im übrigen gegenüber der Hamburger Öffentlichkeit wirklich nicht zu dulden. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Silke Urbanski SPD)

C

D

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bürgermeister redet offenbar nicht, obwohl Atomausstieg im Koalitionsvertrag doch zur Chefsache gemacht worden ist; Herr Engels hat es gerade noch einmal provoziert. Herr Runde äußert sich nicht, weil er eingestehen müßte, daß er vor der HEW, vor der Atomlobby eine der größten Niederlagen eingesteckt hat, die er gemäß dem Koalitionsvertrag einstecken konnte;

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

er hat sich nämlich nicht durchgesetzt mit seiner Position.

Herr Bühler, du mußt schon Schwielen an den Händen haben vom Zurückrudern in der letzten Woche. Nachdem die ersten Äußerungen zu den Ergebnissen auf den Tisch gekommen sind, stimmt es schon ein bißchen nachdenklich, wie wohl in der letzten Zeit die Daumenschrauben angelegt worden sind, damit sich deine Position doch noch so verändert.

An die CDU gerichtet: Ich weiß nicht, warum Sie sich aufregen.

(Zuruf von der CDU: Tun wir gar nicht!)

– Natürlich regen Sie sich auf. Sie sagen: Die arme Atomlobby wird jetzt ein Problem haben. Ich zitiere einmal Herrn Majewski, der Vorstandsvorsitzender der Bayernwerke und Präsident des Deutschen Atomforums ist.

(Michael Dose SPD: Den zitieren Sie sonst ja auch nicht!)

B Er hat gesagt:

„Unser erklärtes Ziel, die deutschen Kernkraftwerke zu wirtschaftlich akzeptablen Bedingungen weiterhin nutzen zu können, haben wir erreicht. Die Bundesregierung wäre in der Lage gewesen, den Bestand und Betrieb der Kernkraftwerke nachhaltig zu beeinträchtigen.“

Sie wäre in der Lage gewesen und hat darauf verzichtet. Daher komme ich noch einmal auf diesen Punkt. Was wäre eigentlich möglich gewesen? Wir haben in der letzten Zeit immer wieder gehört, daß ein Konsens mit der Atomenergie angesichts der Bedrohung durch die Atomtechnologie nicht notwendig ist. Es ist auch möglich, ein Ausstiegsgesetz im Dissens durch den Bundestag zu bringen und damit die Atomwirtschaft zu zwingen, ihre unverantwortlich gefährliche Technologie abzuschaffen. Darauf hat die Regierung verzichtet. Das nenne ich eine der größten Niederlagen, die sie einstecken konnte.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ich komme noch einmal zu zwei inhaltlichen Aspekten. Ich glaube, Herr Porschke hat gesagt, daß vereinbart wurde, die Wiederaufarbeitung im Jahre 2005 zu beenden, und das sei ein Erfolg.

Es ist eigentlich bekannt: Es gibt keinen einzigen Vertrag eines deutschen Energieversorgungsunternehmens mit einer Wiederaufarbeitung, der über das Jahr 2005 hinausgeht, weil den Betreibern inzwischen selbst deutlich geworden ist, daß sich diese Technologie nicht rechnet und das Image schädigt, weil sie die Meere dieser Welt verseucht.

(Dr. Roland Salchow CDU: Na, na!)

Dieser Erfolg ist kein Erfolg, weil es tatsächlich nichts weiter ist als ein Auslaufen der Verträge. Deshalb ist es albern, wenn ihr das auf eure Fahnen schreibt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Zu den Zwischenlagern. Es werden neue Atomanlagen entstehen; die Zwischenlager, Axel Bühler. Immer wieder, auch in der letzten Debatte, hast du und auch Alexander Porschke hier gesagt: Natürlich sind Zwischenlager nur dann akzeptabel, wenn es festgeschriebene Restlaufzeiten für alle Atomkraftwerke gibt. Diese festgeschriebenen Restlaufzeiten gibt es nicht. Es gibt die freie Verfügbarkeit der Atomwirtschaft, dieses hin und her zu tauschen. Sie sind diejenigen, die entscheiden, welches Atomkraftwerk wie lange laufen kann, und dementsprechend gibt es keine festgeschriebenen Restlaufzeiten und auf der Grundlage eurer Argumentation keine Legitimation für neue Zwischenlager rund um Hamburg. Deren Sicherheitsstandards müssen dazu aus eurer Sicht natürlich auch so bedenklich sein, daß sie zu diesem Zeitpunkt nicht zu genehmigen sind.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Und nun noch einmal zur Hamburger Situation, Alexander Porschke. Über das Bemühen des Hamburger Senats, auf die HEW einzuwirken, haben wir hier auch schon das eine oder andere Mal geredet. Ihr habt immer wieder gesagt, ihr hättet mit der HEW mal gesprochen, aber die wollten nicht so richtig und sie brauchten es eigentlich auch nicht, weil auf Berliner Ebene schon alles geregelt wird. Der Bürgermeister selbst hat hier gesagt, daß der Atomkonsens auf Berliner Ebene es schon regeln wird, daß eines der Hamburger Atomkraftwerke zum Jahre 2002 vom Netz geht. Das wird, wenn alles so läuft, wie es die Atomwirtschaft vorhat, nicht der Fall sein. Dementsprechend habt ihr hier in Hamburg ohne Not die Möglichkeiten, die es gibt, den Atomausstieg tatsächlich voranzubringen, aus der Hand gelegt. Alexander, Herr Runde, ihr habt die Sache des Atomausstiegs, mit den gegebenen Möglichkeiten den Atomausstieg auch nur ein kleines Stück voranzubringen, in Hamburg völlig verrissen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Bühler.

Axel Bühler GAL: Herr Jobs, nur kurz zu Ihnen: Ich glaube, mit Ihnen wären wir bestimmt nicht weitergekommen.

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das stimmt!)

Herr Dr. Salchow, ich habe gesehen, daß Sie sich noch einmal gemeldet haben, aber Herr Engels war schneller; vielleicht haben Sie doch noch Lust, darauf zu antworten.

Ich finde Ihre Zuspitzung schon ganz spannend. Sie sagen, die Bundesregierung handele unverantwortlich, wenn sie aus der Risikotechnologie Atomenergie aussteigt, weil sie sich damit andere Risiken beim Treibhauseffekt einhandelt.

So kann man diskutieren. Ich möchte von Ihnen aber wissen, ob Sie die Meinung ernsthaft vertreten, wenn Sie sagen, die deutschen Atomkraftwerke mit allen Problemen, die in diesem Land seit Jahrzehnten diskutiert werden, müssen weiterlaufen, damit wir beim Klima ein Problem weniger haben. Wenn Sie die Frage beantwortet haben, müssen Sie sich noch entscheiden, ob Sie mit uns gemeinsam auf der Grundlage dessen arbeiten wollen, was in breitem

(Axel Bühler GAL)

A Konsens vereinbart wurde, eine nachhaltige Energieversorgung zu entwickeln, oder nicht.

Wenn Sie sagen, das mit der Atomenergie sei doch alles ganz in Ordnung, meinen Sie – Sie sagen es nicht –,

(Dr. Roland Salchow CDU: Ich habe gesagt, länger laufen lassen!)

daß in Deutschland erst einmal nichts passiert hinsichtlich nachhaltiger Energieversorgung, weil wir Überkapazitäten und eine Blockade durch diese Technologie haben. Da muß sich die CDU entscheiden; vielleicht haben Sie Lust, sich dazu noch einmal zu äußern,

(Dr. Roland Salchow CDU: Das habe ich doch getan!)

sonst bleibt es ein unqualifiziertes Gemeckere. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Professor Dr. Salchow.

Dr. Roland Salchow CDU: Herr Präsident! Herr Bühler, ich habe doch alles gesagt und vorgeschlagen,

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Nein, Sie haben viel geredet, aber nichts gesagt!)

wie man diesen Umstieg von Kernenergienutzung in eine treibhausgasfreie Technik ökonomisch und CO₂-ökologisch sinnvoll machen kann. Das war ein konkreter Vorschlag.

B Wenn man so aussteigt wie in Ihrem Programm, würden wir nicht, wie es alle Bundesregierungen vereinbart haben, minus 25 Prozent Kohlendioxid erzielen, sondern ein Plus von 25 Prozent haben. Es kann doch nicht wahr sein, Herr Bühler, daß die rotgrüne Bundesregierung eine Politik macht – jedenfalls was Hamburg betrifft, weil es sehr viel Kernenergie hat –, bei der ein Plus von 25 Prozent CO₂ herauskommt, während wir alle geschworen haben, minus 25 Prozent zu erreichen. Das ist es, was ich so unglaublich finde.

(Beifall bei der CDU)

Unglaublich finde ich auch, Herr Schmidt – wahrscheinlich kennen Sie sich in antiker Graekologie besser aus –, wenn Sie Italien als Kronzeugen für den Ausstieg aus der Atomenergie nennen. Die Italiener haben vor mehreren Jahren gesagt: Kernstrom machen wir lieber nicht. Aber wissen Sie, woher die Italiener ihre Energie bekommen? Vornehmlich aus Kernenergie. Aus französischer Kernenergie.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das ist schlichter Unsinn!)

Deswegen ist Ihr Argument so burschikos daneben. Die Italiener wollen aus etwas aussteigen, in dem sie nie gewesen sind. Sie haben sich ihre Kernenergie aus Frankreich geholt;

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das ist schön erfunden von Ihnen!)

das ist doch noch nicht einmal logisch. Logos ist ein griechisches Wort, das sollten Sie kennen.

Ich nenne das nächste Beispiel: USA und Ausstieg. Sie haben gesagt, wir sollen einmal in die Zeitung gucken. Wissen Sie, was die USA gerade entschieden haben? Die ha-

ben festgelegt, die Restlaufzeiten ihrer Kernkraftwerke zum Teil von 40 auf 60 Jahre zu erhöhen. Da können Sie doch nicht davon sprechen, daß sich die USA überlegen, auszustiegen. Sie liegen bei den Fakten einfach falsch, Herr Schmidt.

(Beifall bei der CDU)

Selbst in Schweden hat man aus politischen Gründen gesagt – weil sonst eine Koalition geplatzt wäre, Sie kennen ja solche Argumente, das liegt Ihnen auch nicht fern –, wir legen das eine Kernkraftwerk still und zahlen vom Staat dort 1,5 Milliarden Mark hinein. Das ist doch nicht das Beispiel. Sie nehmen USA, Schweden und Italien als Beispiel, dabei sind es Gegenbeispiele gegen Ihre These. Damit verlasse ich das Thema, weil Sie ganz offensichtlich nicht Bescheid wissen, was ich Ihnen nicht verübele.

Meine Damen und Herren, was die HEW betrifft, so hat sie einen großen Prozentsatz an der Kernenergie. Sie war aber nicht beteiligt an diesen Konsensgesprächen. Das heißt, die HEW und damit die Anteilseigner Hamburg und Schweden, Vattenfall, sind doch sozusagen Hauptopfer der Angelegenheit. Hamburg und seine Bürger werden mit ihren Strompreisen in Zukunft vielleicht ein Hauptopfer der Geschichte sein, weil wir so einen hohen Prozentsatz an Kernenergie haben.

Ein dritter Punkt. Wenn Alexander Porschke sagt, wir haben ein Erneuerbare-Energie-Gesetz gemacht, klingt das sehr beeindruckend. Ein Kernkraftwerk, Herr Porschke, hat 1300 Megawatt. Erzählen Sie einmal, wie viel regenerative Energie Sie installieren wollen, um dadurch auch nur ein einziges Kernkraftwerk zu ersetzen. Und nun kommen Sie auch noch mit dem Ökosteuergesetz. Das hat bisher noch niemand von den Rotgrünen getan und gesagt, daß das Ökosteuergesetz ein Gesetz sei, mit dem man aus der Kernenergie aussteigt. Das habe ich noch nie gehört. Herr Porschke, lesen Sie es noch einmal nach, ich schenke Ihnen vielleicht eine gelederte Ausgabe vom Ökosteuergesetz, damit Sie sehen, was darin steht.

Im übrigen ist das Ökosteuergesetz nicht „öko“. HVV und die Deutsche Bahn zahlen Ökosteuer, was ist denn daran „öko“? Ferner wurde gesagt, es solle die Rentenbeiträge herunterziehen. Aber Sie wissen, wenn man alle Ökosteueraufkommen in eine Rentenbeitragsheraufsetzung legte, könnte man die Rentenbeiträge dreimal so stark herabsetzen, wie es jetzt ist.

(Dr. Holger Christier SPD: Haben Sie mal was von der Finanzierung der Rente gehört?)

Das verschwindet also im Haushalt. Es ist eine Lüge, wenn gesagt wird, daß dieses Ökosteuergesetz „öko“ ist oder die Lohnnebenkosten senkt. Das tut es nicht, das ist ein falsches Wort.

(Beifall bei der CDU)

Die Tatsache, daß Sie zu allerlei Argumenten greifen, die gar nicht stichhaltig sind, wie ich es eben gesagt habe, zeigt, daß es Ihnen gar nicht um die Sache geht, sondern um Ihren eigenen Gemütszustand. Sie müssen etwas arbeiten, was Sie sich vor 20 Jahren am Lagerfeuer rechts von Brokdorf versprochen haben.

(Beifall bei der CDU)

Es juckt Sie überhaupt nicht, daß die Gerichte alle Klagen gegen Krümmel abgewiesen haben. Es juckt Sie nicht, daß Frau Schmitz-Feuerhake, die Kronzeugin der Anti-Kernkraftbewegung, alle Ämter aufgeben mußte, weil alles nicht

(Dr. Roland Salchow CDU)

- A stimmte. Alle diese Dinge sind widerlegt. Es stört Sie auch nicht, daß die Meere nicht durch Kernenergie verseucht sind, wie alle Untersuchungen ergeben haben. Es geht Ihnen nicht um die Sache, sondern um das Signal. Das hat Herr Porschke auch betont, als er sagte: Vor der Wahl muß ein Kernkraftwerk abgeschaltet werden. Sie haben die indianische Politiktechnik der Skalpphilosophie, Sie möchten einen Skalp, ein abgeschaltetes Kernkraftwerk. Das ist keine Politik der Vernunft, sondern der gequälten Seele. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Porschke.

Senator Alexander Porschke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem einen oder anderen ist es hier heute wohl doch etwas zu heiß geworden, und es muß einiges auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt werden. Herr Professor Salchow, daß wir bei der Kernenergie und der Verbrennung fossiler Kraftstoffe zwischen Szylla und Charybdis liegen, sehe ich. Deswegen habe ich gesagt, wir versuchen eine Politik zu machen, die einen tatsächlichen Ausweg findet. Dazu hat die Bundesregierung erhebliche Beiträge geleistet, und zwar wesentlich mehr als das, was Ihre Bundesregierung, in der langen Zeit, in der sie Gelegenheit dazu hatte, zustande gebracht hat.

Ich bin aufgrund der klimatischen Veränderungen selbst besorgt, würde aber Ihre Kritiken viel glaubwürdiger finden, wenn Sie hier nicht die „Gib Gas“-Fraktion vertreten und sich nicht jeder populistischen Debatte zur Benzinpreisbegrenzung und Abschaffung der Ökosteuer anschließen würden. Dann würde ich Ihnen glauben können, daß es Ihnen ein ernsthaftes Anliegen ist, die Klimakatastrophe nachhaltig zu reduzieren.

B

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dabei möchte ich richtigstellen, daß ich den Zusammenhang zur Ökosteuer nicht deswegen hergestellt habe, weil ich der Meinung bin, daß darin etwas zum Atomausstieg steht – an der Stelle gebe ich Ihnen recht, darüber steht nichts darin –, sondern weil Sie bemängelt haben, daß es kein Energiekonzept gibt. Natürlich gehört es zum Konzept der Bundesregierung, daß es darauf ankommt, die nicht erneuerbaren Energien einzusparen. Zu diesem Einsparen gehört als bekanntester Indikator das Geld. Das heißt, man muß den Umweltverbrauch teurer und die Arbeit billiger machen.

Ich möchte aber nicht noch einmal von Ihnen hören, daß die Ökosteuer nicht vollständig zur Entlastung der Lohnnebenkosten aufgebracht wird.

(Dr. Roland Salchow CDU: Doch, das hören Sie noch viele Male!)

– Herr Professor Salchow, ich glaube ja, daß Sie ein ernsthafter Politiker sind,

(Beifall bei Elke Thomas CDU)

und deswegen sollten Sie einmal den Beweis dafür antreten. Der Umstand, daß die Erträge aus der Ökosteuer höher sind als das, was sich aus der prozentualen Absenkung der Rentenbeiträge ergibt, ist darin begründet, daß man sonst die Rentenbeiträge erheblich hätte erhöhen müssen. Das kann man genau nachrechnen. Das ist der Grund dafür, daß die Ökosteuer voll und ganz zur Reduzierung der Lohnnebenkosten eingesetzt wird. Das ist das

Konzept: Den Umweltverbrauch teuer und den Arbeitsverbrauch günstiger machen, das schafft Arbeitsplätze und ist zukunftsfähig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie sich schon auf diese Ebene begeben, möchte ich darauf hinweisen, daß es Ihre Bundesregierung gewesen ist, die in ihrer Regierungszeit die Benzinkosten um 46 Pfennig hochgetrieben hat, ohne ein einziges Stück Absenkung der Lohnnebenkosten daraus zu finanzieren, sondern sie nur im allgemeinen Haushalt verbraten hat. Fassen Sie sich also bitte an die eigene Nase.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Holger Christier SPD: So ist es! – Wolf-Dieter Scheurell SPD: Und 1,5 Milliarden DM Schulden dazu!)

Was das Thema Gefühle oder Befindlichkeiten angeht, möchte ich auf folgendes hinweisen. Als ich 1986 die Bilder aus Tschernobyl und danach die Kliniken mit den Kindern, die aus diesem Gebiet gekommen sind, gesehen habe und welche Konsequenzen das gehabt hat, hat das allerdings bei mir Gefühle und Empfindlichkeiten ausgelöst. Dazu stehe ich auch. Hier geht es aber darum, so etwas im Umkreis von Hamburg und Deutschland zu verhindern. Deswegen muß es zu einer realen Abschaltung kommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt sodann der Abgeordnete Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man muß sich ja nicht alles gefallen lassen in einem solchen Saal, Herr Professor. Ich finde, daß das etwas unter dem Strich war, was Sie mir vorgeworfen haben. Ich sage auch nicht, wenn ich Ihnen politisch etwas vorwerfe, daß Sie leider ein guter Physiker sind. Das geht nicht, und das lassen wir in Zukunft.

D

(Dr. Roland Salchow CDU: Okay!)

Zweitens. Zu dem Lagerfeuer von Brokdorf hat Herr Porschke schon etwas gesagt. Ich gebe zu, ich bin auch naß geworden durch die Wasserwerfer in Brokdorf und bin nach wie vor der festen Überzeugung, daß es nicht mein Recht ist, nicht dafür gesorgt zu haben, daß in tausend Jahren kein Atommüll in diesem Umfang mehr vorhanden ist. Die Verpflichtung, die wir gegenüber der Menschheit der Zukunft haben, ist in der Tat die, den Atomstrom als eine Sackgasse wieder zu beenden. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben, die jeder in diesem Saal hat, und die lasse ich mir auch nicht durch so freundliche Reden von Ihnen mit Hinweis auf Lagerfeuer nehmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Drittens. Was ich an ausländischem Echo vorgetragen habe, hieß nicht die Erfolgsmeldung: USA schaltet sofort die Kernkraftwerke ab, sondern durch die deutsche Entscheidung ist weltweit ein neuer Sprung in dieser Debatte zustande gekommen. Jetzt wird auch in Frankreich überlegt, ob man auf 70 Prozent Atomstrom stehenbleiben kann. Selbst kluge Franzosen sagen: Vielleicht ist das eine Sackgasse. Das hat die deutsche Entscheidung herbeigeführt, und das war mein Argument.

Ich komme schließlich noch einmal zum Klimaproblem, das von Ihnen ebenfalls angesprochen wurde.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A Ich stimme Ihnen zu, daß dies ein größeres Problem ist, aber hierzu liegen gute Planungen vor. Ich lese Ihnen einmal vor, was Schleswig-Holstein mit seiner – von Ihnen vielleicht mißbilligten – Regierungspolitik für möglich hält:

„Bis zum Jahre 2010 ist es in Schleswig-Holstein vorstellbar, daß aus Wind etwa 35 bis 40, aus Biomasse 5 und aus Wärmekopplung 25 Prozent des Gesamtstroms erzeugt werden.“

Es ist nicht sicher, daß dies so sein wird, aber es ist eine Perspektive. Das Klima wird jedenfalls nicht dadurch beeinträchtigt, daß wir keinen Atomstrom mehr haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen liegen zu dieser Debatte nicht vor.

Dann rufe ich das zweite, von der SPD-Fraktion angemeldete Thema zur Aktuellen Stunde auf:

Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern – Die Wirtschaft muß ihre Anstrengungen verstärken

Wird das Wort gewünscht? – Herr Professor Kopitzsch hat für vier Minuten das Wort.

Dr. Franklin Kopitzsch SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Hamburgische Bürgerschaft hat sich wiederholt mit den Fragen der Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern befaßt, die in der NS-Zeit Gewalt, Unrecht und Ausbeutung erlitten haben. Das Parlament hatte die Hoffnung, daß noch vor der Sommerpause 2000 eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene geschaffen und verabschiedet werden könnte.

- B Nach der grundsätzlichen Einigung, die kürzlich bei den internationalen Verhandlungen insbesondere im Hinblick auf die größtmögliche Rechtssicherheit erzielt werden konnte, muß dieses Ziel im Interesse der betroffenen Menschen auch erreicht werden. Gab es vor der Einigung schon sehr viele gute Gründe für die Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der Stiftungsinitiative, so gibt es jetzt für ein Beiseitestehen der Unternehmen keine Argumente mehr. Deshalb fordert die Hamburger Bürgerschaft – ich glaube, daß ich im Namen aller sprechen kann – mit allem Nachdruck die betroffenen Firmen auf, ihren Beitrag zügig zu leisten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Bürgerschaft nimmt mit Respekt zur Kenntnis, daß sich Hamburger Unternehmen, die in der NS-Zeit keine Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter einsetzten oder die erst nach 1945 entstanden sind, bereits beteiligt und damit anderen Firmen ein Beispiel gegeben haben. Sie begrüßt alle Bemühungen der Handelskammer, weitere Unternehmen für eine Beteiligung zu gewinnen. Allerdings ist Eile geboten. Weitere Prüfungen erscheinen nach dem nunmehr erreichten Stand nicht nötig. Uns wird sonst gern vorgehalten, daß Politik lange Entscheidungswege und umständliche Prüfungsverfahren braucht. Die Argumente sind jetzt klar; es kann gehandelt werden.

Im übrigen haben auch staatliche und städtische Unternehmen durchaus einen Vorbild- und Beispielcharakter. Es wäre vielleicht sinnvoll, wenn die Handelskammer täglich fortschreiben würde, welche Unternehmen oder Firmen zur Initiative beitragen, damit die Angelegenheit klar ist und es zu keinen Mißverständnissen kommt.

Die SPD-Fraktion macht sich die klaren und unmißverständlichen Äußerungen des Ersten Bürgermeisters zu eigen, der im Mai auf dem Senatsempfang für ehemalige jüdische Bürgerinnen und Bürger Hamburgs erklärt hat:

„Wenn wir heute Zukunft verantwortungsbewußt gestalten wollen, dürfen wir uns der Mühe des Erinnerns in Wahrhaftigkeit und der historischen Fundierung unseres Denkens und Handelns nicht entziehen. Dazu gehört auch, daß sich deutsche Unternehmen zu ihrer Schuld und Verantwortung gegenüber ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bekennen.“

Ich möchte auch noch einmal unterstreichen, daß es ein bürgerschaftliches Ersuchen an den Senat gibt, in dem gefordert wird, ein Besuchsprogramm für die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter zu ermöglichen. Dieses Programm erwarten wir zügig. Wir möchten darauf hinweisen, daß es bereits Erfahrungen in unserer kleineren Schwesterstadt Bremen gibt, in der in den letzten Tagen polnische Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter zu Besuch waren.

Die vermeintliche Entschädigung ist eine Geste. Wichtiger erscheint es mir, daß es zu glaubwürdigen, menschlichen Begegnungen kommt und diese auch zügig geschehen.

Im übrigen begrüßen wir, daß die Gedenkstätte Neuen- gamme ein Buch mit Erinnerungen sowjetischer Fremdarbeiterinnen und -arbeiter herausgebracht hat, die in Hamburg tätig waren. Auch das ist wichtig. Die Erinnerung darf nicht verlorengehen; sie ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich Unrecht und Gewalt nicht wiederholen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Frau Senatorin Roth. Danach haben die Fraktionen noch die Möglichkeit zu Fünf-Minuten-Beiträgen. Frau Senatorin, Sie haben das Wort.

Senatorin Karin Roth: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, deutlich zu machen, daß ich sehr froh bin, daß es in diesem Haus einen gemeinsamen Antrag, eine gemeinsame Initiative zu diesem Thema gegeben hat. Ich glaube, daß die Verhandlungen, die zur Zeit auf Bundesebene stattfinden, in unserem gemeinsamen Interesse sind.

Ich möchte deshalb nur kurz zu den Punkten Stellung nehmen, die aus unserer Sicht wichtig sind. Dazu gehört vor allen Dingen, daß wir im Bundesrat einstimmig beschlossen haben, diese Initiative seitens der Bundesregierung zu unterstützen.

Ich beurteile die Verhandlungen zur Zeit so, daß sie auf Bundesebene, aber auch mit den jüdischen Organisationen voranschreiten und wir im Juli noch damit rechnen können, daß ein Gesetzentwurf vom Bundestag verabschiedet werden kann. Insofern ist es auch für die Betroffenen ein wichtiges Zeichen, denn sie erwarten von uns eine schnelle Lösung.

Ich freue mich deshalb sehr, daß wir in Hamburg zu diesem Thema initiativ wurden und Zeichen gesetzt haben und hoffentlich die entsprechenden Unternehmen in Hamburg, die auf einem guten Weg sind, weiterbringen können. Ich gehe davon aus, daß auch die Wirtschaft in Zukunft ihren Beitrag leistet und die versprochenen 5 Milliarden DM für diese Stiftung zusammenkommen.

(Senatorin Karin Roth)

- A Wir wünschen uns alle, daß das Vorhaben in diesem Sinne in Hamburg, aber auch auf Bundesebene gelingt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Herr Schira.

Frank-Thorsten Schira CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Dezember des vergangenen Jahres haben wir uns zu der historischen Schuld unserer Stadt gegenüber den ehemaligen Zwangsarbeitern bekannt. Wir haben deutlich gemacht, daß auch die geplante Einrichtung der Bundesstiftung die vor Jahrzehnten notwendige Entschädigung und Wiedergutmachung nicht mehr leisten kann. Aber es kann ein Zeichen der Anerkennung der historischen Schuld und der moralischen Verantwortung gegeben werden.

Die damaligen staatlichen Stellen und öffentlichen Unternehmen in Hamburg haben sich zahlreicher Zwangsarbeiter insbesondere bei der Trümmerbeseitigung bedient. In den letzten Monaten und Wochen konnten wir die Verhandlungen von Otto Graf Lambsdorff mitverfolgen und uns über ungeschickte öffentliche Briefe der noch amtierenden Parteisprecherin von den Grünen – gelinde gesagt – wundern sowie die Kritik des Präses der Handelskammer Hamburg vernehmen, daß der Staat die Zahlungen von inzwischen privatisierten und teilprivatisierten Unternehmen auf sein Zahlungsverpflichtungskonto bucht.

Es ist viel Zeit vergangen. Wir alle wußten, daß die Verhandlungen insbesondere mit den USA, aber auch bei uns in Deutschland nicht einfach werden. Bisher haben 114 Unternehmen in Hamburg auf die jüngste Initiative der Handelskammer positiv reagiert. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages hat versichert, daß die Wirtschaft die noch ausstehenden 1,9 Milliarden DM leisten würde. Dies ist auch notwendig. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß sich die deutsche Wirtschaft schon innerlich von der Initiative verabschiedet hat.

- B

Es ist aber um so ehrenwerter, daß es eine Reihe von Unternehmen gibt, die für die Stiftungsinitiative gespendet haben, obwohl sie aus der Geschichte nicht belastet waren. Bei mancher Kritik über die Zurückhaltung einiger Unternehmen, die diese mit einer nicht ausreichend empfundenen Rechtssicherheit begründen, ist ein solches Engagement nicht hoch genug zu würdigen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang einen Blick über unsere Stadt- und Landesgrenzen hinweg, nämlich nach Wien. Die Republik Österreich hat es geschafft, unter der ÖVP-regierten Bundesregierung innerhalb kürzester Zeit ein Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen Österreichs an ehemalige Sklaven und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes im Parlament zu verabschieden. Dieser Vorgang ist beispielhaft und spricht für sich selbst.

Die Hamburger Bürgerschaft, der Senat und die Wirtschaft tragen eine enorme Gesamtverantwortung. Die Entschädigungen haben nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine moralische Dimension. Die Zeit drängt. Die hochbetagten und gebrechlichen Opfer haben nämlich nicht mehr viel Zeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Herr Zamory.

Peter Zamory GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor über zehn Jahren hat Jan Philipp Reemtsma in Hamburg einen Brief an eine Reihe von Unternehmen geschrieben, die Zwangsarbeiter und Sklaven beschäftigt haben. Damals erntete er entweder vollständige Ignoranz oder sogar Häme.

C

Inzwischen ist diese Stiftung aufgrund des internationalen Drucks – eben nicht durch eine deutsche Initiative – ins Leben gerufen worden. Zum jetzigen Zeitpunkt fehlen 1,9 Milliarden DM.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, deutlich zu machen, daß der deutsche Angriffskrieg neben dem Elend, den er über ganz Europa gebracht, dazu führte, daß ausländische Frauen und Männer zwangsrekrutiert und nach Deutschland verschleppt wurden, um die Hintergrundarbeit zu leisten und die mörderische Kriegsmaschinerie weiter in Gang zu halten.

Nach dem Krieg ist ein Teil der Firmen, die damals von dieser Zwangsarbeit profitiert haben, mit Geldern aus dem Marshall-Plan der USA wiederaufgebaut worden. Überhaupt hat die deutsche Wirtschaft insgesamt davon profitiert. Man war damals durchaus bereit, ausländisches Geld zum Wiederaufbau zu akzeptieren. Die Bringeschuld gegenüber diesen Menschen nach 50 Jahren Kriegsende noch nicht abgearbeitet zu haben, ist eine Schande, mit der wir weiterleben müssen.

Die Bilanz in Hamburg sieht mit dem heutigen Tag so aus – wir haben bei der Handelskammer recherchiert –, daß sich 121 Hamburger Betriebe an der Stiftung beteiligen und sich zehn bis 15 Betriebe in der Überlegungsphase befinden. 5700 Unternehmen sind angeschrieben worden. Insofern kann ich in die positive Bewertung, die von den Vorrednern genannt wurde, nicht einstimmen, auch wenn ich respektiere, daß sich unter den 121 Betrieben solche befinden, die zur Zeit des Nationalsozialismus nicht existiert haben, aber sich trotzdem dieser historischen Verantwortung stellen. Trotzdem sind 121 von 5700 Betrieben noch zu wenig.

D

Den Senat möchten wir dringend auffordern, eine Handlungsrichtlinie für die öffentlichen Betriebe festzulegen. Ich denke dabei zum Beispiel an die Hamburger Gaswerke, die Stadtreinigung und die Wasserwerke. Wir haben erfahren, daß die HEW vor sechs Tagen als vorläufig letzter größerer Hamburger Betrieb der Stiftung beigetreten sind. Ich möchte mich auch der Forderung von Herrn Kopitzsch anschließen, ein Besuchsprogramm für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beschleunigt umzusetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und bei Dr. Ulrich Karpen CDU)

Zu einem weiteren wichtigen Punkt: Es gibt in Hamburg eine intakte Zwangsarbeiterbaracke im Wilhelm-Raabeweg in der Nähe des Flughafens, die von der Geschichtswerkstatt Fuhsbüttel – der Willi-Bredel-Gesellschaft – betreut wird. Diese Baracke, die als Gedenkstätte dient, könnte vielleicht in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Neuengamme die Zwangsarbeiterschicksale dokumentieren. Sie ist durch den Bau der Flughafen-S-Bahn bedroht gewesen. Es ist der GAL-Fraktion durch die Zusage des Bausenators gelungen, daß diese Baracke erhalten bleibt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Kopke.

A **Julia Koppke** REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich zunächst einmal, daß heute auch die SPD-Fraktion die Frage der Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern als Thema angemeldet hat. Denn es gibt auch für Hamburg viel zu tun.

Das Gesetz zur Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern soll – das haben wir gehört – noch vor der Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden. Das heißt aber leider nicht, daß dann auch mit den Entschädigungszahlungen begonnen werden kann.

Ein wesentlicher Hinderungsgrund ist – er wurde auch genannt –, daß sich die Summe der Wirtschaft im Moment nur auf einen Betrag von 3 Milliarden DM beläuft; 2 Milliarden DM fehlen immer noch. Mit den Zahlungen an die Überlebenden kann aber laut Stiftungsgesetz erst begonnen werden, wenn die Wirtschaft ihren Betrag bezahlt hat.

Die meisten Unternehmen weigern sich zu zahlen. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft weigert sich wiederum beharrlich, eine Bürgschaft über die fehlenden 2 Milliarden DM zu geben, damit mit den Zahlungen begonnen werden kann. Damit dieses unwürdige Schauspiel endlich ein Ende hat, ist es dringend nötig, öffentlich von seiten des Senats auf die Hamburger Wirtschaft Druck auszuüben und mit der Rücksichtnahme ihrer Interessen aufzuhören, indem man die schützende Hand vor sie legt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Von 5500 Hamburger Betrieben, die die Handelskammer angeschrieben hat, sind 119 Firmen der Stiftungsinitiative beigetreten. Darunter befinden sich lediglich elf Betriebe, die zu den 213 Hamburger Betrieben zählen, von denen nachweislich bekannt ist, daß sie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt hatten. Das ist nicht nur eine beschämende Bilanz, sondern es ist auch insofern eine Verantwortungslosigkeit ohnegleichen, da es diesen Firmen, die keine Zwangsarbeiter beschäftigten, weil es die Betriebe noch nicht gab, überlassen wird, in den Entschädigungsfonds einzuzahlen.

Genauso untragbar ist es – ich hatte schon darauf hingewiesen –, daß sich bis heute die staatliche Seite schützend vor die Wirtschaft stellt. Der Hamburger Senat verstieg sich beispielsweise in der Antwort unserer Großen Anfrage darauf, darzulegen, daß die Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Die Frage sei völlig nachrangig, welches Unternehmen tatsächlich Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt hatte und somit auch davon profitierte. Insofern ist – das muß man leider sagen – die mangelnde Zahlungsmoral derjenigen, die damals unmittelbar von der Zwangsarbeit profitierten, auch ein Ergebnis der Rückendeckung durch den Senat. Damit muß Schluß sein.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Dr. Martin Schmidt GAL: Quatsch!)

Wir verlangen vom Senat zweiwöchentlich, daß er auf der Landespressekonferenz die Namen der Hamburger Firmen veröffentlicht, die der Stiftungsinitiative beigetreten sind. Sie sollen gemeinsam mit den 213 Firmen genannt werden, von denen bekannt ist, daß sie Zwangsarbeiterinnen eingesetzt haben. Zeitgleich soll der Senat die Namen in der Hamburger Tagespresse veröffentlichen. Darüber hinaus ist es außerdem Zeit, daß sich der Senat endlich direkt an die Hamburger Firmen wendet und sich nicht weiter hin-

ter der Handelskammer versteckt. Einen entsprechenden Antrag für die Bürgerschaft bereiten wir vor.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Elisabeth Schilling SPD)

Genauso möchte ich alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier und Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt dazu auffordern, sich einzumischen und Zivilcourage zu beweisen, indem sie beispielsweise die Produkte der Firmen boykottieren, die sich nicht zu ihrer historischen Verantwortung bekennen und dafür einsetzen.

Ein weiteres Problem wird auf Hamburg noch erst zukommen. Es handelt sich hierbei darum, daß nicht alle Überlebenden durch die Stiftung berücksichtigt und entschädigt werden können. Das sind zum einen die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Landwirtschaft und zum anderen die Opfergruppen, deren Vertreter nicht am Verhandlungstisch saßen, wie zum Beispiel die Sinti und Roma und sämtliche Zwangsarbeiter aus den Ländern in Mittel- und Osteuropa, die nichtjüdischen Glaubens sind und in deren Heimat keine Versöhnungstiftungen existieren.

Ich komme zum Schluß. In dieser Frage wird zumindest für Hamburg die Garantie hinzukommen – auch wenn es auf Bundesebene nicht so ist –, daß diese Opfergruppen eine Entschädigung in Form eines regulären Betrags erhalten. Sollte sich der Beginn der Entschädigungszahlungen – avisiert wurde der 1. September – noch weiter hinauszögern, wäre Hamburg gut beraten, finanziell in Vorleistung zu treten.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Elisabeth Schilling SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Bevor ich die Aktuelle Stunde abschließen, rufe ich den Abgeordneten Hackbusch wegen seiner Äußerung gegenüber Senator Porschke zur Ordnung. – Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 8: Große Anfrage der CDU über Leistungsausfälle bei der Gehwegreinigung.

[Große Anfrage der Fraktion der CDU: Leistungsausfälle bei der Gehwegreinigung – Drucksache 16/4161 –]

Wer möchte das Wort? – Herr Tants.

Henning Tants CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Überschrift „Leistungsausfälle bei der Gehwegreinigung“ verspricht ein wenig spannendes Thema. So ging es mir auch, als ich anfang, mich damit zu beschäftigen. Aber im Laufe der Zeit stellte sich heraus, daß dieses Thema doch sehr spannend ist. Hier wird eine Abzockerei durch den Senat erkennbar. Ich will Ihnen das einmal deutlich machen.

Es rufen Bürger an, die sich beklagen, daß ihre Gehwege nicht gereinigt worden seien. Es ist aber nicht so, daß die Stadtreinigung dies bedauert, sondern sie ruft nach drei Tagen bei diesen Bürgern an oder schreibt ihnen nach drei Wochen zurück, indem sie bestätigt, daß aufgrund von 18, 20 oder 25 Reinigungsausfällen die entsprechenden Gebühren zurückgezahlt würden.

Das ist vordergründig sehr bürgerfreundlich. Aber wer das Gesetz kennt, der weiß, daß nur derjenige die Gebühr zurückbekommt, der schriftlich anfragt. Der Nachbar, bei

(Henning Tants CDU)

- A dem ebenfalls nicht gereinigt wurde und der sich nicht beschwerte, bekommt sie nicht.

Herr Porschke, wenn ich mir die Antwort des Senats ansehe – deswegen debattieren wir das auch –, gibt es für mich nur zwei Möglichkeiten: Die eine Möglichkeit ist, daß die Stadtreinigung lediglich eine Gebühreneinzugsanstalt ist, die unkontrolliert vor sich hin arbeitet, in der mal ein Besen ausgegeben wird und einige Leute losgeschickt werden, die den Tag herumbringen sollen. Die zweite Möglichkeit ist – und das ist viel schlimmer –, daß die Stadtreinigung genau weiß, daß sie nur einen Teil der Leistung erbringt, und sie trotzdem die vollen Gebühren erhebt.

Denn es gibt – das kann ich Ihnen zeigen, denn viele Bürger haben sich an mich gewandt – eine Vielzahl von Zuschriften der Stadtreinigung, in denen zu lesen steht: Wir haben unsere Arbeitszettel geprüft und festgestellt, daß 20, 25 oder 30 Prozent der Leistungen nicht erbracht worden sind. Das bedeutet, daß Ihre Anstalt das weiß, daß die Leistungen nicht erbracht werden. Trotzdem erhebt sie die Gebühr.

Nach den uns vorliegenden Unterlagen – wir haben mittlerweile viele davon – gehe ich vorsichtig davon aus, daß lediglich 80 Prozent der Leistungen erbracht werden; von diesen 45 Tagen will ich gar nicht reden. Das heißt, 20 Prozent der Leistungen werden nicht erbracht. Damit, Herr Senator – deswegen gehört dieses Thema auch in die Bürgerschaft –, haben Sie in der Zeit von 1996 bis 1999 Gebühren in Höhe von 21 Millionen zu Unrecht abgezockt. Das kann nicht sein, Herr Senator.

(Beifall bei Michael Fuchs CDU)

- B Ich frage mich, wo eigentlich der Protest unseres selbsternannten „Mietensensors“ bleibt. Senator Wagner rührt sich nicht, obwohl er im Grunde der Hausherr von 150 000 stadteigenen Wohnungen ist. Hier trifft es ja nicht den Eigentümer – es ist ein durchlaufender Posten –, sondern den Mieter, dem diese Gebühr im Rahmen der Zweitmiete auferlegt wurde. Das bedeutet, daß Sie, Herr Senator Porschke, diese 21 Millionen DM nicht beim bösen Grundeigentümer, sondern bei den Hamburger Mietern abgezockt haben. Das halte ich in hohem Maße nicht nur für skandalös, sondern für unsozial.

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt festzuhalten, daß letztlich den Mietern entweder aus Luschigkeit oder aber ganz bewußt – ich muß mich parlamentarisch verhalten – etwas vorenthalten oder zuviel Geld abgezogen wird. Sie haben bei der Diskussion um die Ökosteuer gesagt, daß Sie etwas für den kleinen Mann tun wollen. Sie zocken den Mieter aus Steilshoop, vom Osdorfer Born oder von sonstwo ab. Dagegen wenden wir uns. Eine Summe von dieser Größenordnung gehört in die Hamburgische Bürgerschaft.

Sie sagen von sich, daß Sie sozial seien, ordentlich wirtschaften würden und Ihren Laden im Griff hätten. Wenn das alles zutrifft, dann seien Sie honorig und sagen von dieser Stelle: Wir geben unseren Hamburger Mietern die 21 Millionen DM zurück. Das ist unsere Aufforderung an Sie. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dose.

Michael Dose SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Tants, wenn Sie zweimal sagen, daß dieses Thema in die Bürgerschaft gehört, dann fragt man sich, warum Sie das tun. Vielleicht ist es doch nicht so ganz selbstverständlich.

Wenn man sich die Große Anfrage ansieht, stellt man fest, daß sie mit der Antwort auf ein Blatt Papier paßt. Dieser geringe Umfang entspricht genau der Größe des angesprochenen Problems.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei Antje Möller GAL)

Ich gebe Ihnen, Herr Tants, sogar zu, daß das von der Stadtreinigung praktizierte Verfahren für die Fälle, in denen die Gehwegreinigung zwar bezahlt, aber nicht tatsächlich geleistet wurde, nicht hundertprozentig gerecht ist. Es kommt aber nicht nur auf die Gerechtigkeit an, sondern es kommt auch auf die Verhältnismäßigkeit und die Gleichbehandlung aller Gebührenzahler an.

Wenn bei 37 000 Grundstücken wöchentlich die zu leistenden 70 000 Reinigungsfälle nicht nur in den Arbeitsnachweisen der sogenannten Straßenfeger, sondern auch noch in den Gebührenkonten der Grundstückseigentümer festgehalten werden sollen, dann erfordert das nicht nur mehr Verwaltungsaufwand, sondern auch mehr Verwaltungspersonal und Kosten. Da die Gehwegreinigung kostendeckend durchgeführt werden soll, müßten zwangsläufig die Gebühren für alle erhöht werden. Das wäre weder gerecht noch verhältnismäßig. Es kann nicht sein, daß wir uns mit der Abrechnung der Reinigung mehr beschäftigen als mit der Reinigung selbst.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Deshalb ist das Verfahren der Stadtreinigung vertretbar.

Wenn man sich die Beträge ansieht, um die es hier geht, kann man zu keiner anderen Bewertung kommen. Der Wert einer einmal ausgefallenen Gehwegreinigung liegt in der Regel unter 5 DM. Die Stadtreinigung nahm für die Gehwegreinigung im letzten Jahr 28,7 Millionen DM an Gebühren ein und zahlte 6856 DM wegen ausgefallener Reinigung zurück; das ist weniger als ein Viertausendstel. Das zeigt eindeutig, daß die öffentliche Gehwegreinigung insgesamt gut funktioniert.

Natürlich gibt es bei ihr – wie bei allen Unternehmen – auch gelegentlich Schwächen und Ausfälle. Hier sollten die betroffenen Gebührenzahler auch ihre Rechte in Anspruch nehmen und die Erstattung der zuviel gezahlten Gebühren fordern. Die Stadtreinigung verhält sich in diesen Fällen – das haben Sie erwähnt, Herr Tants – offensichtlich generell kooperativ und kulant.

Wenn diese Debatte den Nebeneffekt hatte, daß die Gebührenzahler erneut auf ihre Rechte und Möglichkeiten aufmerksam gemacht worden sind, dann hat sie zumindest etwas Positives bewirkt und war nicht nur der vergebliche Versuch, aus einer Mücke einen Elefanten zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Frau Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich zögere ein wenig. Wir verwenden – Herr Dose

(Antje Möller GAL)

A hat das schon angedeutet – viel zuviel Redezeit für ein Thema, von dem man nicht weiß, was das eigentlich soll.

Wir hätten uns zum Beispiel im Umweltausschuß einmal ernsthaft über den hier zitierten Paragraphen unterhalten sollen; das wäre möglich gewesen. Man kann darüber reden, ob es statthaft ist, wenn erst nach 45 zusammenhängenden Kalendertagen eine Unterbrechung der Reinigung eintritt und danach die Erstattung von Gebühren möglich ist. Darüber kann man reden. Aber das, was Sie hier initiiert haben, grenzt ein bißchen an einen Verfolgungswahn durch den Senat. Herr Dose hat dazu inhaltlich alles gesagt; mehr lohnt sich wirklich nicht. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Natürlich ist es nicht das bedeutendste Thema, das hier zu diskutieren ist. Aber wenn man es sich genau ansieht, ist es auch nicht ganz unwichtig.

Ein Aspekt – die 45-Tage-Regelung – ist schon angesprochen worden. Noch entscheidender ist der zweite Aspekt: Die Stadtreinigung kann uns nicht sagen, welche Beschwerden vorlagen und welche Leistungen ausgefallen sind.

In einem normalen, gut funktionierenden Unternehmen weiß man das, weil es die einzige Möglichkeit ist, zu messen, ob die Arbeit wirklich geleistet wurde und somit bei den Kunden angekommen ist. Das ist eine einfache, normal strukturierte Angelegenheit.

B Wenn die Stadtreinigung dieses nicht beantworten kann mit der Begründung, daß die Leistungen telefonisch, per E-Mail oder anders dargestellt, also nicht gemeinsam erfaßt würden, dann ist das eine Schlamperei.

(Bernd Reinert CDU: Das stimmt!)

Das muß man wissen, weil es dem Kunden dient. Die Leistungen müssen abgerechnet werden können, um zu erkennen, welche davon erledigt wurden. Die Kleinigkeit sollte die Stadtreinigung leisten können. Diese Erkenntnis habe ich aus der Großen Anfrage mitgenommen. Die Stadtreinigung sollte sich das hinter die Ohren schreiben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Senator Porschke.

Senator Alexander Porschke: Meine Damen und Herren! Es ist lobenswert, daß sich die erste Debatte nach der Aktuellen Stunde um dieses zentrale Thema in der Stadt kümmert und daß ich die Gelegenheit habe, ein Mißverständnis aufzuklären.

Herr Tants, es ist ein Irrtum, wenn Sie glauben, daß abgezockt werden soll. Die Lage ist folgende: Jede Mark, die für die Gehwegreinigung eingenommen wird, wird auch für die Gehwegreinigung wieder ausgegeben. Allerdings haben Sie recht, daß Gehwegreinigungen ausfallen.

Die Konsequenz ist aber: Wenn wir eine hundertprozentige Gehwegreinigung sicherstellen würden, müßten wir die Gebühren erheblich erhöhen. In der normalen Kalkulation

werden diejenigen aus den Gebühren bezahlt, die mit ihrem Personalkörper die Gehwegreinigung durchführen. Daraus errechnet sich wiederum der Gebührenaufwand.

Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß sich das statistisch auspendelt und jeder einmal betroffen ist, wenn bei ihm aufgrund von Krankheit oder aus anderen Gründen nicht gefegt wird. Dieses System ist – da haben Sie auch recht – vielleicht ungerecht. Deshalb sollte immer auf den Punkt genau abgerechnet werden.

Das können Sie beantragen, und die Bürgerschaft kann dies beschließen. Aber ich warne davor, wegen der vielleicht einmalig ausgefallenen Reinigung für 2,80 DM einen derartigen bürokratischen Apparat aufzubauen, weil er auch refinanziert werden muß. Auch das würde dazu führen, daß die Gebühren erheblich steigen.

Bei allen, auch im einzelnen berechtigten Kritiken kann die Stadtreinigung mit dem jetzigen Gebührenaufwand ihre Aufgaben leisten. Wenn wir mehr leisten wollen, müssen wir dafür höhere Gebühren einnehmen. Das sich auf dem derzeitigen technischen Stand befindliche System ist vertretbar. Herr Hackbusch hat zu Recht angesprochen, daß es bestimmte Abläufe gibt, bei denen noch – was die Datenverknüpfung angeht – etwas getan werden muß. Wir sind dabei. Aber für viele Stammdaten, die bei der Stadtreinigung miteinander zu verknüpfen sind, kann man kein Allerweltsprogramm einsetzen. Dazu laufen zweijährige Vorplanungen, weil noch vieles miteinander vernetzt werden muß.

Es ist nicht so, daß den Beschwerden nicht nachgegangen wird. Natürlich kümmert sich derjenige auch darum, der eine Beschwerde erhält. Aber die Beschwerden können zur Zeit nicht zentral erfaßt und entsprechend summarisch aufgearbeitet werden.

(Vizepräsidentin Sonja Deuter übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte einen Irrtum ausräumen, den ich eben erst erfahren habe, und zwar die 45-Tage-Regelung. In Hamburg wurde diese Regelung – ich habe mich darüber erkundigt – Ende der siebziger Jahre wegen der Schneekatastrophe in Anspruch genommen. Ansonsten kommt sie nur zur Geltung, wenn sich vor einem Haus zum Beispiel eine Baustelle befindet und deswegen der Gehweg nicht gereinigt werden kann. In solchen Fällen wird die Gebühr erstattet. Das ist sinnvoll.

Alle anderen Regelungen würden statt Sauberkeit für die Stadt – worauf es mir ankommt – eine unsinnige Aufblähung der Bürokratie bedeuten.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Tants.

Henning Tants CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, Ihr Kernsatz lautete: Ordnungsgemäßes Verwaltungshandeln oder ordnungsgemäßes Handeln, das leistungsbezogen abgerechnet wird, können und wollen wir in dieser Stadt nicht leisten, weil sonst die Bürokratie aufgebläht würde.

(Dr. Monika Schaal SPD: So ein Quatsch! – Michael Dose SPD: Nicht doch!)

(Henning Tants CDU)

- A Das ist bemerkenswert. Es gibt Senatoren – einer ist gerade hineingekommen –, die immer davon sprechen, daß leistungsgerecht abgerechnet und bezahlt werden müsse. Sie sagen genau das Gegenteil: Das wollen wir nicht.

Herr Senator Porschke, Sie haben uns nicht richtig antworten wollen. Das ist doch ein Beispiel dafür, Frau Präsidentin, bei dem der Senat Abgeordnete bewußt dumm hält. Wenn der Bürger anruft, kann ihm sofort gesagt werden, wo nicht gereinigt worden ist. Die Daten sind vorhanden. Wenn die Bürgerschaft diese Daten abfragt, dann antwortet der Senat, daß er diese nicht kennt. Hier wird die Bürgerschaft bewußt dumm gehalten; es werden Informationen zurückgehalten.

(Michael Fuchs CDU: Unglaublicher Skandal!)

Noch eines, Herr Senator. Mir hat jemand geschrieben, daß er mir recht gibt. Sie benennen die Leistungen, die die Stadtreinigung erbringt. Überprüfen Sie diese doch einmal in Ihrer Behörde. In den vielen Beschwerdefällen, drei liegen mir vor, wird davon gesprochen,

(Michael Dose SPD: Drei und nicht viel?)

daß nicht gereinigt wurde, weil die Mitarbeiter in den Park gehen würden, um zu frühstücken und ihre Zettel auszufüllen. Fragen Sie doch in Ihrer Behörde nach, ob nicht gerade die vorhandene Bürokratie, ständig die wahnsinnig komplizierten Zettel auszufüllen, zeit- und kostenfressend ist.

Aber wenn Sie sagen, daß Sie sich darum nicht kümmern wollen, weil Ihnen die 21 Millionen DM egal sind,

(Michael Dose SPD: Herr Tants, haben Sie geschlafen?)

- B ob unsere Stadt sauber oder dreckig aussieht und das Abrechnungssystem gut sei, dann befinden Sie sich nicht im Einklang mit der Mehrheit. Es würde Ihnen gut zu Gesicht stehen, Herr Senator Porschke, der Sie immer von den Bürgerrechten und den Rechten der Abgeordneten gesprochen haben, dem Parlament offen zu antworten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Herr Tants, um dumm gehalten zu werden, müßte die Bürgerschaft dumm sein; davon gehe ich nicht aus.

(Beifall bei Dr. Monika Schaal und Wolf-Dieter Scheurell, beide SPD)

Das Wort hat Herr Senator Porschke.

Senator Alexander Porschke: Ihnen zuliebe, Herr Abgeordneter, noch einmal: Ich stehe zu meiner Aussage, daß jede für die Gehwegreinigung eingenommene Mark wieder dafür ausgegeben wird.

Daß wir natürlich nicht jeden einzelnen Besenschwung dokumentieren und eine Unterscheidung in Leistungsklassen vornehmen, ob zum Beispiel wöchentlich zwei- oder fünfmal gereinigt wird, ist doch klar. Deswegen gibt es eine leistungsgerechte Abrechnung, die aber nicht jeden einzelnen Besenschwung differenziert. Und das ist auch richtig so.

(Henning Tants CDU: Aber kennen Sie denn nicht Ihre Abrechnungszettel? Da wird doch gerade jeder Besenschwung festgehalten!)

– Ich komme doch gerade auf Ihre Abrechnung zu sprechen. C

Die Zettelwirtschaft, die Sie andererseits kritisieren, ist doch gerade für den Fall da, wenn der Rentner X oder Y anruft und sich beschwert, weil morgens um zehn Uhr nicht der Weg gefegt wurde. Er fragt nach, warum dies nicht erfolgt sei, denn das würde doch sonst jede Woche gemacht. Durch die Zettel soll feststellbar sein, ob der Entsorger um zwölf Uhr, am nächsten Tag oder ob er gar nicht gekommen ist. Wenn wir einen Brief erhalten haben, weil der Entsorger nicht gekommen ist, erhält der Betroffene seine bezahlte Gebühr in Höhe von 2,80 DM zurück. Dazu dient diese Bürokratie.

Sie wollen, daß wir diese Zettel auch noch durchflöhen und zusätzlich aus anderen Karteien heraussuchen, wer alles angeschrieben werden muß, damit diese 2,80 DM überwiesen werden können.

(Henning Tants CDU: Um 21 Millionen DM geht es!)

Ob das im Sinne der Hamburger Gebührenzahler ist, da habe ich echte Zweifel.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Große Anfrage 16/4161 besprochen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf: Bericht der Enquete-Kommission: „Jugendkriminalität und ihre gesellschaftlichen Ursachen“.

**[Bericht der Enquete-Kommission:
„Jugendkriminalität und ihre gesellschaftlichen
Ursachen“ – Drucksache 16/4000 –]** D

Die SPD möchte diesen Bericht federführend an den Jugend- und Sportausschuß und mitberatend an den Gesundheitsausschuß überweisen. Wer wünscht hierzu das Wort? – Das Wort erhält Frau Rogalski-Beeck.

Karin Rogalski-Beeck SPD: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Die Enquete-Kommission „Jugendkriminalität und ihre gesellschaftlichen Ursachen“ hat ihre Arbeit beendet und der Bürgerschaft ihren Bericht vorgelegt.

In diesem Bericht stecken zwei Jahre intensive Arbeit. Ich will ihn nicht vorlesen, aber ich würde jedem Mitglied dieses Hauses empfehlen, diese interessante Lektüre von vorn bis hinten zu lesen. Es ist sehr viel Interessantes darin enthalten.

Bevor ich auf den Bericht und das weitere Verfahren eingehe, möchte ich mich ausdrücklich bei den Sachverständigen und dem Arbeitsstab der Enquete-Kommission bedanken.

(Beifall im ganzen Hause)

Sie haben uns ihr Wissen zur Verfügung gestellt, uns beraten und darüber hinaus auch sehr viel Zeit investiert. Dazu muß man sagen, daß nicht alle Sachverständigen aus Hamburg gekommen sind, sondern mehrere aus Berlin. Ihr Aufwand war entsprechend intensiv. Nochmals vielen Dank, meine Damen und Herren!

Warum wurde diese Enquete-Kommission eingesetzt? Sie sollte die Ursachen für eine gestiegene Kriminalitätsbelastung junger Menschen analysieren und Handlungsemp-

(Karin Rogalski-Beeck SPD)

A fehlungen für die Hamburger Politik erarbeiten. Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, haben sich von Anfang an gegen diese Kommission ausgesprochen.

Ich bin aber froh, daß wir diese Kommission dennoch zusammen mit unserem Koalitionspartner eingesetzt haben. Denn der uns vorliegende Bericht ist im doppelten Sinne gewichtig. Er ist Bestandsaufnahme und Wegweiser; er ist auch entgegen Ihrer Befürchtung – ich wollte Frau Blumenthal ansprechen, die leider nicht anwesend ist; sie hatte angemahnt, einen ehrlichen Bericht vorzulegen – ein ehrlicher Bericht geworden, der die Probleme nicht schönredet oder verkleistert.

Mich freut besonders, daß in vielen zentralen Fragen eine große Übereinstimmung innerhalb der Kommission vorherrschte und daß die Empfehlungen der Enquete-Kommission weitestgehend einvernehmlich entwickelt wurden. Wie geht es weiter?

Die unterschiedliche Berichterstattung über die Arbeit der Enquete-Kommission beschreibt das Spannungsverhältnis, in dem sich die Politik jetzt befindet. So wird der Bericht von Teilen der öffentlichen Meinung als überflüssig bewertet, denn er diene ausschließlich als Legitimation für völlig vernünftige Argumente, die eigentlich keiner Legitimation bedürften. Andere bewerten den Bericht als gründliche Expertise mit wichtigen Handlungsempfehlungen und befürchten, daß er in der Schublade verschwinde und weiter nichts passiere.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals erklären: Für die SPD-Fraktion liefert der Bericht bedeutsame Erkenntnisse für ihre Arbeit und gibt mit seinen Empfehlungen wichtige Anstöße für ihre weitere Politik. Der Bericht wird mit seinen Empfehlungen und Handlungsvorschlägen praktische und politische Konsequenzen haben. Das habe ich seinerzeit schon in der Pressekonferenz gesagt; dazu stehen wir auch weiterhin.

B

Natürlich beginnt jetzt erst unsere Hausarbeit. Denn nunmehr steht die Aufarbeitung dieser vorgeschlagenen Empfehlungen an. Diese Arbeit hat der Jugend- und Sportausschuß in Zusammenarbeit mit den anderen Fachausschüssen zu leisten. Ich möchte an dieser Stelle auf einige zentrale Aspekte des Berichts, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe, eingehen.

Die Kommission empfiehlt unter anderem die vollständige Herausnahme der offenen Kinder- und Jugendarbeit aus der Haushaltskonsolidierung. Andere Vorschläge erfordern ebenfalls eine Verstärkung. Dabei muß aber klar sein, daß allein mit mehr Geld nicht alles repariert werden kann. Es kommt darauf an, mit den vorhandenen Mitteln eine möglichst hohe Effizienz zu erreichen. Diese wollen wir durch eine noch bessere Vernetzung der vorhandenen Angebote und eine stärkere Flexibilisierung des finanziellen Mitteleinsatzes erreichen. Dazu gehören eine größere Durchlässigkeit im Jugendhilfeetat und die unter dem Stichwort „Entscheidung der Jugendhilfe“ diskutierten Aspekte.

Weitere Stichworte zu diesem Bericht sind: Eine sozialräumliche Jugendhilfeplanung und damit die Einbindung der Hilfen zur Erziehung; eine modellhafte Erprobung von Sozialraumbudgets. Wir wollen eine Qualifizierung der Hilfsangebote im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Betreuungskontinuität auch in Krisensituationen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll die Möglichkeit gegeben werden, sich in schwierigen Situationen Unterstützung bei speziellen Fachdiensten zu holen. Denn wir wollen verhindern, daß aufgrund von Überforderung Kinder von einer

Einrichtung in die andere abgeschoben werden. Das ist sehr schädlich. C

Wichtig ist auch eine weitere Verbesserung der Hilfsangebote für Eltern. Wir wollen ein Netz von allgemeinen Beratungsangeboten für Eltern. Vorstellbar ist die Verstärkung von Kinder- und Familienhilfezentren als niedrigschwellige und sozialräumlich orientierte Einrichtungen. Kinder und Jugendliche dürfen nicht mehr Objekte von staatlichen institutionellen Maßnahmen sein. Wir müssen sie als Persönlichkeit mit ihren Wünschen und Vorstellungen ernst nehmen.

Dazu muß überprüft werden, wie die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Hinblick auf die regelhafte, verbindliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbessert werden können. Denn Demokratie muß erfahrbar sein.

Wer ernsthaft und konsequent der Jugendkriminalität entgegenwirken will, muß für Prävention, aber auch für repressive Maßnahmen entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Es darf nicht passieren, daß beispielsweise eine Verstärkung in der Jugendhilfe zu Lasten anderer Schwerpunkte geht, denn beide, sowohl Prävention als auch Repression, spielen bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität eine gewichtige Rolle.

In welcher Form die genannten und andere Empfehlungen der Enquete-Kommission umgesetzt werden können und sollen, wird auch mit der Fachöffentlichkeit, den Aktiven aus der Jugendhilfe, der Polizei und der Justiz zu diskutieren sein. Wir wollen gemeinsam mit ihnen neue und verbesserte Handlungsansätze entwickeln. Mit unserer Fachtagung „Hilfen zur Erziehung“ haben wir dazu im Mai schon die ersten Schritte unternommen.

Der gemeinsam erarbeitete Konsens, die gemeinsam getragenen Empfehlungen bieten uns eine gute Grundlage für die Entwicklung von Strategien. Es ist eine große Chance, die wir wahrnehmen sollten. D

Wir beantragen eine Überweisung an den Jugend- und Sportausschuß sowie an den Gesundheitsausschuß. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Rogalski, ich bin zunächst sehr dankbar, daß Sie hier viele Dinge angeführt und aufgezählt haben, die uns gemeinsam verbinden und die wir in der Enquete-Kommission „Jugendkriminalität“ beschlossen haben. Ganz so friedlich und harmonisch, wie es den Eindruck haben könnte, war die zweijährige Arbeit der Enquete-Kommission nicht.

Ich muß anfangs einmal meine Überraschung zum Ausdruck bringen, daß die SPD-Fraktion den Mut bewiesen hat, diesen Bericht zur heutigen Debatte anzumelden,

(Lachen bei der SPD)

weil doch einige Punkte zu diesem Bericht und zur Arbeit der Kommission anzumerken sind, die hier benannt werden sollten; sie sind nicht sehr ruhmreich.

Da gibt es einen von der SPD ernannten Vorsitzenden, der aufgrund von rotgrünen Streitigkeiten über diesen Bericht derart aufgerieben wurde, daß er sogar in der Pressekon-

(Klaus-Peter Hesse CDU)

- A ferenz sagte, froh über das Ende seiner Tätigkeit zu sein, und nie wieder Vorsitzender einer Enquete-Kommission sein möchte. Mehrere von der SPD benannte Wissenschaftler konnten es mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinbaren, veraltete, ideologisierte Hamburger Jugendpolitik mitzutragen, und liefen deshalb mit wehenden Fahnen zu den CDU-Positionen über.

(Lachen bei der SPD)

– Sie lachen. Die Mitglieder der Enquete-Kommission werden mitbekommen haben, daß meine Aussagen zutreffend sind. Denn der Minderheitenbericht wurde von vielen von der SPD benannten Wissenschaftlern unterstützt.

Den Abschlußbericht muß man aufgrund seiner reichhaltigen Empfehlungen – da hat Frau Rogalski recht – als einen Offenbarungseid der verfehlten sozialdemokratischen Jugendpolitik in den letzten Jahrzehnten ansehen.

(Dr. Leonhard Hajen SPD: Keiner klatscht! Das merken Sie, nicht wahr?)

Wie ist es zu diesem für die Koalition so erbärmlichen Ergebnis gekommen? Die Enquete-Kommission ist vor zwei Jahren – auch hier hat Frau Rogalski recht – gegen die Überzeugung der CDU einberufen worden, weil wir schon damals dringenden Handlungsbedarf sahen und keine Verzögerung notwendiger Schritte akzeptieren wollten. Der eigentliche Geburtshelfer, über Jugendkriminalität zu diskutieren – nicht auf Wunsch der SPD und der Grünen –, war der letzte Bürgerschaftswahlkampf, in dem Herr Voscherau versucht hat, mit dem Thema Innere Sicherheit Punkte zu sammeln. Dabei holte er sich allerdings starke Blessuren. Anschließend konnte sich die SPD-Fraktion mit dem Koalitionspartner nicht einigen, wie gemeinschaftlich gegen die Jugendkriminalität vorgegangen werden soll.

B

Wie es häufig dann so ist, mußte eine Enquete-Kommission her, die mit großem Engagement und hervorragenden, engagierten Experten – das sehe ich auch so – und einem sehr fleißigen Arbeitsstab die Arbeit aufnahm und viele Themen intensiv bearbeitete. Parallel dazu – nur als Anmerkung nebenbei – wurde übrigens auch noch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen damit beauftragt, Studien zu erstellen. Herr Professor Pfeiffer hat noch viel schonungsloser, als wir dies mit dem Bericht der Enquete-Kommission getan haben, die Verfehlungen in der Hamburger Jugendpolitik dargelegt.

Nachdem wir die Arbeit aufgenommen hatten, haben wir versucht, den Arbeitsauftrag einigermaßen abzuwickeln. Das ist uns nicht gelungen, weil er sehr umfassend war.

(Michael Neumann SPD: Keine Geschichten hier erzählen!)

Einen Punkt dürfen wir nicht vergessen, wenn wir die Angelegenheit Revue passieren lassen: Die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Senat! Ich hoffe, man hört die Ironie aus meinen Worten heraus. Wir haben gemeinschaftlich – SPD, Grüne und CDU – in den Abschlußbericht der Enquete-Kommission geschrieben – ich zitiere von Seite 20 des Berichts –:

„Wie die bereits erwähnte Weigerung des Senats, die Akten der sogenannten Intensivtäter durch den Arbeitsstab der Kommission einsehen zu lassen, zeigt, war die Arbeit der Enquete-Kommission im Verhältnis zum Senat und zu den Behörden nicht immer spannungsfrei. Auch wenn der Senat schließlich bereit war, die Untersuchung mit erheblichen zusätzlichen Kosten von einem Hoch-

schulinstitut durchführen zu lassen, so war die Auskunftsbereitschaft des Senats und der Behörden angesichts der Bedeutung der Thematik insgesamt nicht besonders groß. Die Zusammenarbeit mit den Behörden kann insgesamt nicht als befriedigend angesehen werden.“

C

Auch diese Tatsache sollte hier genannt werden, wie der Senat in den letzten zwei Jahren die Arbeit einer von der SPD und GAL gewollten Enquete-Kommission unterstützt hat.

Im Umgang mit gefährlichen – Entschuldigung, mit gefährdeten – Kindern

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Das war eine Freudsche Fehlleistung!)

– ein Versprecher sei mir auch erlaubt – und Jugendlichen besteht aus Sicht der Mehrheit der Kommissionsmitglieder in Hamburg ein dringender Veränderungsbedarf, der sich daraus ergibt, daß die bisher dominierenden Handlungskonzepte ebenso wie ihre theoretischen Begründungen den gegenwärtigen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Kinder und Jugendliche sind in Grenz- und Krisensituationen nicht immer Experten ihres Lebens.

Dieser Trugschluß ist aber immer noch fester Bestandteil der Hamburger Jugendpolitik, die leider davon ausgeht, daß junge Menschen in Selbstbestimmung einen eigenen Lebensweg gehen sollten.

Ich möchte Ihnen ein aktuelles Beispiel geben, wie verhängnisvolle Passivität von Erziehern zum Beispiel in Krisen- und Grenzsituationen zu Ergebnissen führt, die wir alle so nicht haben wollten. Dieses Ereignis hat sich in meinem wunderschönen Stadtteil Langenhorn zugetragen, der auch Bestandteil der Arbeit der Enquete-Kommission war.

D

Im März letzten Jahres – mir liegt der Polizeibericht vor – haben sich jugendliche Täter vor dem Haus der Jugend gegenseitig attackiert. Der eine Täter attackierte sein Opfer mit Schlägen und Tritten; das zweite Opfer wollte seinem Freund zu Hilfe eilen, wurde aber sofort von anderen umringt und auf die gleiche Weise angegriffen. Durch die brutalen Angriffe erlitt das erste Opfer eine schwere Gehirnerschütterung, eine Fraktur des Oberkiefers – Sie werden gleich verstehen, warum ich alles aufzähle –, ein Loch im Kopf und diverse Prellungen. Zudem wurde ihm mindestens ein Schneidezahn herausgeschlagen. Außerdem riß einer der Täter dem Verletzten noch eine Goldkette vom Hals und steckte sie ein; das zweite Opfer wurde nur leicht verletzt.

Daß der anwesende Jugendbetreuer zu keinem Zeitpunkt eingriff, die Jugendlichen voreinander zu schützen, und auch weder die Polizei und die Rettungskräfte verständigte, wird noch ein politisches Nachspiel haben. Denn in der Polizeiwache ging wegen unterlassener Hilfeleistung dieses Betreuers eine Anzeige ein. Daraufhin hat der Bezirksabgeordnete Clemens Nieting eine Anfrage an das Bezirksamt gestellt, deren Antwort für die jetzige Situation der Hamburger Jugendpolitik so typisch ist, daß ich sie dem Parlament nicht vorenthalten möchte.

Die Antwort auf die Anfrage zur unterlassenen Hilfeleistung eines Jugendbetreuers lautet:

„Insbesondere die Aufzählung der Verletzungen beruht auf Behauptungen des Anzeigenden und deckt sich nicht mit den Beobachtungen des Heimleiters, die dieser vom Gesundheitszustand der Jugendlichen nach der Prüge-

(Klaus-Peter Hesse CDU)

A lei hatte. Die Behauptung, daß der vermeintlich mißhandelte Jugendliche bestohlen worden sei, kann vom Heimleiter nicht bestätigt werden. Ein Diebstahl oder ein Raub wurde von ihm nicht beobachtet. Der anwesende Heimleiter hat mit seinen pädagogischen Mitteln deeskalierend in den Streit eingegriffen und versucht, zu schlichten.“

Nun wird es richtig schön:

„Für ihn ergab sich“

(Zuruf von der SPD)

– hören Sie zu –

„augenscheinlich kein Grund, die Polizei oder einen Unfallwagen zu verständigen, da offensichtlich schwere Verletzungen aus dem Verhalten der Jugendlichen heraus nicht erkennbar waren. Diese Handlungsweise hat sich bei der Arbeit in einer Einrichtung der offenen Jugendarbeit bewährt und ist daher nicht zu beanstanden. Da der Heimleiter die richtigen Dinge zur richtigen Zeit getan hat, sind keine personalrechtlichen Maßnahmen zu treffen.“

Solange diese Dinge in dieser Stadt passieren und solange es derartige Antworten auf Anfragen von Bezirksabgeordneten nach

(Manfred Mahr GAL: Waren Sie dabei?)

solchen Vorkommnissen gibt, so lange ist ein grundsätzliches Umdenken in der Hamburger Jugendpolitik notwendig. Dafür steht die CDU, und das werden wir auch in Zukunft fordern.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Schmidt SPD: Und das soll überzeugend sein?)

B Den grundsätzlich notwendigen Veränderungsbedarf habe ich dargestellt. Er ist insbesondere natürlich deshalb notwendig, um für einige wenige jugendliche Mehrfachstraftäter, die bisher mit unserem Angebot nicht erreicht wurden – auch sie gibt es noch – pädagogisch-therapeutische Einrichtungen zu schaffen. Zudem wäre eine Richtungsänderung in der Jugendpolitik auch ein Zeichen in Richtung Justiz. Denn dort gibt es aus unserer Wahrnehmung die größten Probleme.

Solange in Hamburg weiterhin über 90 Prozent der Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen nach dem Jugendstrafrecht verurteilt werden,

(Jürgen Schmidt SPD: Jetzt kommt das Schill-Original!)

solange ein Jugendrichter wie Herr Katz sein Unwesen treibt

(Zurufe von der SPD und der GAL)

und dafür sorgt, daß Mehrfachstraftäter ungestraft durch die Gegend laufen, so lange werden Sie bei der Bevölkerung nur Unverständnis und Zorn für Ihre Politik erwecken.

Frau Rogalski, mit Ihren Sonntagsreden im Parlament gießen Sie nur denjenigen Öl ins Feuer, die meinen, mit einfachen, sehr plakativen Sprüchen die Situation „richten“ oder richten zu können, aber Sie werden an der Situation der Hamburger Jugendpolitik nichts ändern.

Reden Sie nicht mehr über Ihr Engagement und Ihre tollen Erfolge in der Jugendpolitik, sondern legen Sie endlich Ihre ideologischen Scheuklappen ab. Sorgen Sie mit Ihrer politischen Mehrheit, die Sie in dieser Stadt leider noch haben,

dafür, daß dieser Bericht, der mit Mehrheit – in vielen Punkten auch mit den Stimmen der CDU – abgestimmt wurde, vom Senat umgesetzt wird; denn daran zweifle ich.

Wir werden Sie stetig daran erinnern und in den zuständigen Ausschüssen darauf drängen,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Nichts gelernt!)

daß etwas passiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Steffen.

Sabine Steffen GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Hesse, wenn Sie Romanheld in einem Karl-May-Buch wären, hätte man Sie wahrscheinlich „Häuptling gespaltene Zunge“ getauft.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie hier eben erzählt haben, darf in einem Parlament nicht ungestraft gesagt werden. Leider werden sich nicht viele Menschen die Mühe machen, Ihre Rede richtig auseinanderzunehmen und nachzusehen, was Sie eigentlich gesagt haben. Frau Rogalski-Beeck hatte darauf hingewiesen, daß wesentlichste Punkte dieses Berichts im Konsens mit allen Kommissionsmitgliedern gefaßt wurden. Ein Ergebnis ist, daß sich die Kommission auch mit Ihrem Einverständnis – Sie haben, soweit ich weiß, nicht dagegen gestimmt – dafür ausgesprochen hat, daß Diversion die geeignete kriminalpolitische Maßnahme in der Behandlung jugendlicher Straftäter ist, daß wir sie verbessern und ausweiten wollen. Wir haben uns darüber hinaus nach zahllosen Anhörungen, die wir in der Kommission auch noch mit zusätzlichen Sachverständigen durchgeführt haben, entschieden, dieser Bürgerschaft zu empfehlen, das Jugendstrafrecht nicht zu verändern. Dazu gehört unter anderem auch das Beispiel, das Sie gerade eben angeführt haben: Anwendung des Jugendstrafrechts für Jungerwachsene. Das wurde im Bericht der Enquete-Kommission nicht als Dissenspunkt aufgeführt. Ich möchte das als ein unlauteres Beispiel in Ihrer Rede anführen. Darüber bin ich persönlich ärgerlich, weil wir letztendlich zwei Jahre intensiv zusammen in dieser Kommission gearbeitet haben. Das Beispiel, das Sie von der offenen Kinder- und Jugendeinrichtung gebracht haben, kann ich nicht beurteilen, weil ich dazu keine näheren Informationen habe. Aber es hat mit Jugendkriminalität nichts zu tun. Wenn sich Jugendliche prügeln und es leider zu schwierigen und traurigen Verletzungen kommt – ich möchte nichts zum Verhalten des pädagogischen Personals sagen, das möglicherweise auch nicht richtig gewesen ist –, dieses als Beispiel im Zusammenhang mit Jugendkriminalität und mit der Einsetzung der Enquete-Kommission anzuführen, ist irreführend und dient der Sache überhaupt nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Halten wir insgesamt zum Bericht der Enquete-Kommission folgendes fest: Die CDU ist weg von der Erkenntnis, daß jugendliche Kriminelle eingesperrt gehören. Das war noch vor zwei Jahren eine Hauptforderung, die nirgendwo mehr vertreten wird. Auch wenn das Ihrer Rede nicht zu entnehmen war, kann ich davon ausgehen, daß die CDU einen Lernprozeß durchgemacht hat. Ein ganz großes Ergebnis dieser Enquete-Kommission – vielleicht auch einmal wichtig für die Presse, das entsprechend darzustellen –: Wir haben diese Forderung nach geschlossenen Ein-

(Sabine Steffen GAL)

A richtungen für Jugendliche in dieser Bürgerschaft in Gänze nicht mehr. Es gibt zugebenermaßen einen Dissens in der Behandlung von einem geringen Anteil von jugendlichen Intensivtätern. Sie haben in der Darstellung des abweichenden Votums darauf abgehoben. Das konnte in der Tat nur jemand wie ich verstehen, die ich der Enquete-Kommission beigewohnt habe. Ansonsten war auch dieser Beitrag irreführend. Sie wollen eine Einrichtung, die kurzfristig therapeutische Behandlung von Jugendlichen ermöglicht. Das impliziert möglicherweise, daß sie, um auf sie zugehen zu können, für einen kurzen Zeitraum zur Behandlung „festgesetzt“ werden. Die SPD-Fraktion und wir beziehungsweise einige andere Mitglieder der Enquete-Kommission – die Meinung war auch bei den Sachverständigen gespalten – sind der Auffassung, daß wir diese zusätzliche Maßnahme nicht brauchen, weil wir in Hamburg für den Bereich Hilfen zur Erziehung ein sehr differenziertes Maßnahmenangebot haben. Wir haben in diesem Bereich allerdings Mängel festgestellt, und es gibt dringenden Verbesserungsbedarf, beispielsweise indem wir die Betreuungskontinuität verbessern. Wir brauchen Verpflichtungen von Trägern, die diese Maßnahmen durchführen, um die Beziehungen zu den Kindern und Jugendlichen, um die es geht, weiter aufrechtzuerhalten. Wir müssen uns vor allen Dingen maßgeschneiderte – das ist ein zutreffender Fachbegriff – Angebote für Kinder und Jugendliche überlegen und bei ihnen „bei der Stange“ bleiben und uns um sie kümmern, auch wenn sie es nicht wollen. Gerade diese Kinder und Jugendlichen haben im Laufe ihres Lebens – das haben wir in der Enquete-Kommission den Intensivtäter-Studien entnehmen können – ständig Beziehungsabbrüche erlebt. Das hat ihnen diese Entwicklung ermöglicht, und dem muß man beikommen.

B Der Dissens besteht also in einem graduellen Unterschied in der Bewertung. Auch das ist vielleicht wichtig für die Presse. Es geht nicht um einen grundsätzlichen, auch wenn die CDU oder zumindest Herr Hesse das vielleicht schon aus Vorwahlkampfgründen gerne so darstellt. Es ist der Arbeit der Enquete-Kommission in keiner Weise angemessen, das Thema hier so zu behandeln.

Frau Rogalski-Beeck hat in ihrer Rede bereits auf viele Maßnahmen, welche die Enquete-Kommission empfiehlt, hingewiesen. Ein ganz besonderer Teil, der Schwerpunkt der GAL war, ist der Bereich der präventiven Arbeit. Das ist hier schon ausführlich dargestellt worden. Er umfaßt den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch den Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie. Hier müssen wir noch zu einem kontinuierlicheren Beratungsangebot für Eltern und Familien kommen und die Rahmenbedingungen des Aufwachsens für die Kinder verbessern.

Ein weiterer Bereich, mit dem wir uns auch befaßt haben und der genau in dieses Feld greift, ist die Verbesserung der jugendpsychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt. Hier haben wir ein großes Manko festgestellt. Wir werden uns dafür einsetzen, daß es Veränderungen geben wird. Das ist die entscheidende Botschaft aus dem Bericht der Enquete-Kommission an die Bürgerschaft. Frau Rogalski-Beeck hatte das ebenfalls schon angesprochen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß diese Änderungen gegebenenfalls haushaltswirksam umgesetzt werden müssen. Wir werden sehen, inwieweit das machbar sein wird. Dann bleibt vielleicht noch ein kleiner Rest, über den wir uns noch unterhalten müssen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich spare mir die Reaktion auf die Rede von Herrn Hesse und nutze lieber die Redezeit, um einen etwas anderen Blick, um damit vielleicht bei Frau Steffen anzuknüpfen, auf den Bericht der Kommission zu werfen.

Stellen Sie sich vor, eine Kommission hätte gut zwei Jahre lang an folgenden Fragen gearbeitet: Wie sieht die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Hamburg aus, und wie kann sie positiv verändert werden? Wo haben sie Platz für eigene Erfahrungen in der Autostadt der Erwachsenen? Welche Folgen hat Armut für Kinder und Jugendliche? Wie kann Schule so verändert werden, daß sie zu einem positiven Lebens- und Lernort für Kinder entwickelt wird, und welche Freizeitmöglichkeiten in einer Großstadt sind für Kids hilfreich? Das sind viele wichtige Themen und offene Fragen dazu, was Kinder und Jugendliche in dieser Stadt brauchen. Aber statt dessen war die beengende Fragestellung der Kommission, was getan werden muß, damit Kinder und Jugendliche nicht kriminell werden, obwohl dies nur ein Problem für einen sehr kleinen und zudem weiter abnehmenden Anteil von Jugendlichen ist.

Die Kommission beschäftigte sich dann über die Hälfte ihres Berichts damit, wie mit straffällig gewordenen Jugendlichen in Hamburg umgegangen wird und in Zukunft umgegangen werden soll. In der anderen Hälfte beschäftigt sie sich mit dem Bereich der Angebote der Jugendhilfe, dabei aber vor allem mit der Frage, ob es für die wenigen besonders gefährdeten Jugendlichen das Angebot einer sogenannten verbindlichen – das heißt geschlossenen – Unterbringung geben soll. Das ist angesichts der Gesamtsituation von Kindern und Jugendlichen in der Stadt doch etwas dünn.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Das großartige Schlagwort des 10. Jugendberichts von der „Kultur des Aufwachsens“ verdient gerade nur zehn Seiten und muß dazu herhalten, all die wichtigen Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen zu benennen, in denen eigentlich Unterstützung beziehungsweise eine Veränderung der Rahmenbedingungen notwendig wäre, um beispielsweise in der Familie, in der Schule und in der Ausbildung ihre Lebenssituation zu verbessern.

Zum Thema Jugendhilfe wird im Bericht aber auch betont, daß sie natürlich nicht nur dazu da ist, Kriminalität vorzubeugen, sondern den eigenständigen Auftrag hat, junge Menschen zu fördern und zu unterstützen. Da finden sich durchaus positive, wenn auch nicht ganz neue Erkenntnisse der Kommission zur Veränderung der Jugendhilfe in Hamburg. Die Stärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der niedrigschwellige Zugang für Familien zur Beratung und Unterstützung sollen dabei Handlungsmaxime sein. Das ist auch gut so. Nur, es muß bezweifelt werden, ob diese Vorstellungen auch den Weg in die Realität dieser Stadt finden, denn die Haushaltskonsolidierung bedeutet immer noch viel zu oft eine Angebotsreduzierung in diesen wichtigen Bereichen.

Ein besonderes Beispiel ist natürlich die Situation der offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirksämtern. Dort wird die Haushaltskonsolidierung dazu benutzt, Angebote zu streichen. Das ist nicht im Sinne des Berichts, das ist kontraproduktiv, und das muß beendet werden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ob die Ergebnisse der Enquete-Kommission die Kinder und Jugendlichen davor verschont, im nächsten Wahl-

C

D

(Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A Kampf wieder jenseits aller Sachkenntnis als Sicherheitsrisiko diskreditiert zu werden, muß bezweifelt werden, wenn man die Äußerung von Herrn Hesse in der letzten Sitzung oder in der Öffentlichkeit verfolgt.

Fazit: Es ist ausgesprochen schade, daß so viel Zeit, Kraft und Geld dafür verwandt wurde, vorhandenes Wissen in gewichtige Kommissionstexte zu packen, um reaktionären Kritikern vermeintlich besser Paroli bieten zu können. Die wichtigen Fragen nach der Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt wurden nicht gestellt und dementsprechend nicht beantwortet. Das ist sehr bedauerlich.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD:* Herr Hesse, man muß zu Ihnen noch ein paar Worte sagen. Sie haben sich beklagt, es sei in der Kommission nicht immer friedlich zugegangen. Das kann es auch gar nicht. Wir haben zu verschiedenen Punkten unterschiedliche Meinungen. Streit gehört dazu. Die Frage, daß wir den Mut haben, dieses Thema überhaupt anzumelden, verstehe ich nicht. Auf unsere Initiative ist die Enquete-Kommission eingerichtet worden. Nun gibt es das Ergebnis. Es gehört kein Mut dazu, das anzumelden.

(Uwe Grund SPD: Das ist wohl wahr!)

Der Vorsitzende, bedauern Sie, habe sich aufgerieben, und einige Mitglieder seien mit wehenden Fahnen zu Ihnen übergelaufen. Das sind unabhängige Menschen. Was beklagen Sie sich?

B (Dr. Stefan Schulz CDU: Wir freuen uns!)

Dann greifen Sie das Thema „ideologisierte Politik“ wieder auf. Diesen Popanz hat Herr Ahrbeck auch aufgebaut. Mir kommt das immer vor wie die Debatte „Haltet den Dieb“, denn der eigentliche Ideologe spricht hier von Ideologie. Sie haben nicht wahrgenommen, daß es in der Hamburger Jugendhilfelandchaft Veränderungen gibt. Sie bauen einen Mythos auf, um sich davon abzugrenzen. Sie waren selber noch nie in den neuen Jugendwohnungen zur Vermeidung der Untersuchungshaft, behaupten aber nach wie vor, wie es darin vorgeht. Gehen Sie hin und informieren sich einmal.

Sie sagen, es wird hier ein Offenbarungseid vorgelegt. Das ist nicht wahr. Sehr vieles wird positiv bewertet, sehr vieles wird als fortführend dargestellt, und sehr vieles ist durchaus einstimmig – auch mit Ihrer Stimme – positiv gewertet worden. Da finde ich das Wort Offenbarungseid ein bißchen zu hoch gegriffen.

Sie haben auch wieder das alte Argument gebracht, es sei nichts passiert, man hätte sofort loslegen können. Das hat sich durch Praxis entkräftet, Herr Hesse. Sehen Sie sich zum Beispiel den Justizbereich an, was dort in den letzten zwei Jahren an Veränderungen und an Verbesserungen passiert ist, das ist eine ganze Latte. Dieses Argument, Kommission wird eingesetzt und nichts mehr passiert, gilt nicht.

(Beifall bei Karin Rogalski-Beeck SPD)

Um nur einige Punkte zu nennen: Steigerung der persönlichen Ermahnungsgespräche, erhebliche Verkürzung der Verfahrensdauer und erhebliche Ausweitung Täter/Opfer-Ausgleich.

In einem Punkt muß ich Sie korrigieren. Sie reden immer davon, es hätte bei der Einsetzung dieser Enquete-Kommission Schwierigkeiten zwischen den Koalitionspartnern gegeben. Wir waren damals noch gar nicht Koalitionspartner. Wir haben nämlich zuerst als SPD – wie im Wahlkampf versprochen – sofort die Initiative ergriffen, und als wir Koalition waren, ist auch etwas Gemeinsames daraus geworden.

(Anja Hajduk GAL: Was Gutes, um das noch mal zu sagen!)

Wir haben jetzt natürlich noch einen Arbeitsauftrag, der zu erledigen ist. Frau Steffen und Frau Rogalski-Beeck haben davon gesprochen. Wir werden ihn aufnehmen und in den angesprochenen Ausschüssen zu einem positiven Ergebnis bringen. Um den uns in seiner Differenziertheit vorliegenden Bericht werden uns andere Bundesländer beneiden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor.

Wer stimmt den Überweisungen des Berichts 16/4000 an den Jugend- und Sportausschuß sowie an den Gesundheitsausschuß zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 44: Antrag der Gruppe REGENBOGEN zum neuen System der Kindertagesbetreuung.

[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke: Pädagogisches Gutachten zum neuen System der Kindertagesbetreuung in Hamburg – Drucksache 16/4238 –]

Hierzu ist Ihnen als Drucksache 4396 ein gemeinsamer Antrag der SPD- und der GAL-Fraktion zugegangen.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Begleitforschung zur Einführung der „Kita-Card“ – Drucksache 16/4396 –]

Von wem wird das Wort erwünscht? – Das Wort erhält Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Guten Tag, meine Damen und Herren! Die Kindertagesbetreuung in Hamburg bekommt einen neuen Namen: KITA 2000. Darunter verbirgt sich ein neues Gesicht. Während zwei wesentliche Gesichtszüge, nämlich das finanzielle und das rechtliche Profil der Reform, von den rotgrünen Gesichtschirurginnen intensiv bearbeitet werden, wurde das Wesentliche bisher außer acht gelassen. Wie kann dieses Gesicht eine Ausstrahlung bekommen, auf Kinder vertrauensvoll und zuverlässig wirken? Um das zu klären, ist es notwendig, sich die Situation der Kinder in Hamburg anzusehen.

Was brauchen die Kinder? Was bekommen sie von zu Hause mit, und was müssen sich die Kinder woanders holen? Bleiben diese Fragen unbeantwortet, dann wird auch KITA 2000 leb- und gesichtslos bleiben wie ein Kopf mit knöchernen Konturen, aber ohne Mund, Nase und Augen. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke)

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Angesichts wachsender Einkommensarmut von Familien mit Kindern und angesichts veränderter Familienstrukturen ist für viele Kinder oft der Hort, die Kita oder der Kindergarten der Ort, wo sie sich austoben, mit anderen Kindern spielen und auch soziales Verhalten lernen können. Leider ist es erschreckend oft auch der Ort, wo sie sich satt essen können.

Aus den veränderten gesellschaftlichen Strukturen ergeben sich auch neue Anforderungen an die Kindertagesbetreuung. Die Erfüllung des Erziehungs- und Bildungsauftrags war schon immer ein hoher Anspruch an die Einrichtungen. Doch im Gegensatz zu früher sind heute noch viele weitere Aufgaben dazugekommen. Ein Beispiel ist die Integration von Migrantinnen. Angesichts unterschiedlicher Kulturen, anderer Sprachen und Gewohnheiten müssen neue Konzepte entwickelt werden, die ein Miteinander der Kinder in den Einrichtungen ermöglichen und die – das ist für uns alle wichtig – den Grundstock für ein solidarisches Verhalten der Menschen untereinander legen – nicht nur im Kindesalter.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Die neuen Anforderungen müssen entsprechend den aktuellen entwicklungspsychologischen und den aktuellen pädagogischen Erkenntnissen in Konzepte umgesetzt werden. Doch durch die Einsparung in der Kindertagesbetreuung in den letzten Jahren und auch durch die Einführung der Verlässlichen Halbtagsgrundschule steht vielen – besonders den kleinen – Trägern das Wasser schon bis zum Halse. Genug Luft für die Entwicklung neuer pädagogischer Konzepte ist bei den gravierenden Umstrukturierungen, die durch KITA 2000 kommen werden, nicht mehr vorhanden. Doch Kindertagesbetreuung darf keine billige Kinderverwahrung werden.

B

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Deshalb ist es dringend notwendig, jetzt die pädagogischen Rahmenbedingungen für die Neugestaltung der Kindertagesbetreuung festzulegen. Unser vorliegender Antrag ist der erste Schritt dazu.

Angesichts der zahllosen Untersuchungen und Gutachten, die bereits zu rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen gemacht wurden, ist das ein lange überfälliger Schritt, endlich die pädagogischen Rahmenbedingungen zu klären.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

SPD und GAL haben heute dokumentiert, sie wollen anders verfahren.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Sie lassen erst das Kind in den Brunnen fallen und gucken dann, wie sie es – hoffentlich noch lebend – wieder aus dem Brunnen herausziehen können. Anders ist der vorliegende Antrag zur Begleitforschung nicht zu verstehen.

Ich merke Ihre Unruhe. Ich will Ihnen – angesichts der Hitze soll man heute nicht so stark körperlich arbeiten, vielleicht auch nicht geistig – an einem leicht nachzuvollziehenden Vergleichsbeispiel deutlich machen, was SPD und GAL beantragen.

Stellen Sie sich vor, Sie wollen sich eine neue Waschmaschine kaufen. Zuerst klären Sie die rechtliche Seite, Sie fragen Ihre Vermieterin. Die sagt, kein Problem, erlaube ich Ihnen. Dann klären Sie die finanzielle Seite. Sie finden eine Maschine, die ihrem Budget entspricht, und Sie kaufen

diese Waschmaschine. Das erste Problem, das Sie haben, taucht zu Hause auf. Passen die Anschlüsse? Sie haben Glück, das geht. Jetzt benutzen Sie munter Ihre Maschine. Die Wäsche wird zwar nicht immer sauber, aber das macht nichts, denn Sie haben sich und der Maschine ja Bewährungszeit gegeben. Es gab zwar kritische Stimmen, zum Beispiel von Expertinnen – in diesem Fall Expertinnen aus der Verbraucher-Zentrale – und Energieberaterinnen, die ihnen sagten, sie sollten sich vor dem Kauf über die Qualitäten informieren. Zum Beispiel: Welchen Energieverbrauch hat die Maschine, und – vor allem – welche Waschleistung hat sie.

(Elisabeth Schilling SPD: Oder Persil benutzen!)

Aber das haben Sie ignoriert, denn Sie wollten Ihre Wahlmöglichkeiten, Ihre Nachfragemacht voll auskosten. Nach wenigen Monaten stellen Sie fest, daß Sie zwar eine preisgünstige neue Maschine erworben haben, Ihre Strom- und Wasserrechnung ist aber in die Höhe geschossen und Ihre Wäsche sieht aus wie aus der Altkleidersammlung. Zähneknirschend beschließen Sie, Ihre Maschine auszutauschen und sich dieses Mal von einer Expertin aus der Praxis beraten zu lassen.

(Lutz Kretschmann SPD: Zur Sache!)

– Das war extra einfach, das hätten auch Sie verstehen können, Herr Kretschmann.

An diesem Beispiel können Sie erkennen, wie wichtig es ist, sich vorher Gedanken über die Qualität zu machen, die Sie haben wollen, und nicht nur die rechtliche und finanzielle Seite in den Vordergrund zu stellen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Da Sie die Kinder – im Gegensatz zu Ihrer Wäsche – nicht einfach austauschen können, bitte ich Sie dringend, unserem Antrag zu einem pädagogischen Gutachten zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Sudmann, woher kommt es, daß Sie mich im Augenblick mit Ihrer Rede an Erich Ribbeck erinnern? Liegt es daran, daß Sie subjektiv und objektiv durcheinanderbringen? Oder liegt es daran, daß auch Sie glauben, etwas von der Sache zu verstehen?

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Starker Beitrag! und Beifall)

Sie sagen, im Rahmen mit KITA 2000 ginge es nur um Gutachten im Zusammenhang mit Finanzierungssystemen oder Machbarkeitsstudien. Wenn Sie im Film wären, Frau Sudmann, wüßten Sie bereits seit langem, daß über die Frage der pädagogischen Integration von Kindern in Kindertagesstätten ein Gutachten in Auftrag gegeben worden ist, dessen Ergebnisse im Juli/August vorliegen. Das ist eine sehr viel schwerwiegendere Frage, die zu beantworten ist – deswegen auch ein Gutachten –, als Ihre Fragen, die Sie in Ihrem Antrag gestellt haben und auf einem Seminarlevel sind.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Sie stellen Fragen, zu denen Sie schon selber Antworten geben, und zeigen damit eigentlich, daß das alles in Frage gestellt worden ist.

C

D

(Thomas Böwer SPD)

A (Anja Hajduk GAL: Das ist ja Geldverschwendung!)

– Die Geldverschwendung sollen die Haushälter machen. Ich versuche jetzt, nur über die Jugendhilfe Fragen zu stellen.

Sie sagen zum Beispiel, für Kinder sei es wichtig, ein hohes Maß an Gruppenkontinuität zu haben und verlässlich dieselben Erzieherinnen anzutreffen. Das ist zwischen den Trägern und all den Leuten, die in der Politik in dieser Frage diskutieren und verhandeln, gang und gäbe. Das ist gar nicht strittig. Sie stellen das aber so hin. Dafür brauchen wir kein Gutachten.

Sie sagen ferner, man muß gewährleisten, daß Kinder nicht nur abgeholt werden und sich nicht nur an dem Tagesablauf der Erwachsenen zu orientieren haben. Auch das ist richtig. Wenn ich Sie in Ihrer Pressekonferenz gestern oder vorgestern richtig verstanden habe, haben Sie die Behauptung aufgestellt, SPD und GAL würden für den Abschied von pädagogischen Kernzeiten plädieren. Das ist falsch. Wider besseres Wissen behaupten Sie so etwas. Sie gehen sogar noch einen Schritt weiter und behaupten, bei KITA 2000 ständen ein Drittel aller Kindertagesplätze auf dem Spiel. Das ist Hesse pur, der in einer öffentlichen Ausschusssitzung sagte, alle Träger von Jugendwohnungen würden eine blöde Arbeit machen. Da unterscheiden Sie sich an dieser Stelle nicht mehr von ihm.

Sehr viel fataler finde ich, daß Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf versus Kindeswohl ausspielen. Das ist eine Bemerkung durch die Hintertür über sogenannte Rabenmütter. Sie behaupten schlichtweg, daß in erster Linie berufstätige Mütter – wir reden ja in erster Linie von ihnen und wenigen berufstätigen Vätern – das von Ihnen propagierte billige Verfahren von Verwahren in Anspruch nehmen würden, denn sie hätten nur ihre Interessen im Kopf und nicht mehr das Kindeswohl.

B

Jetzt kommen wir zu Ihrer Waschmaschine. Der Unterschied zu Ihrem Antrag, ein Proseminargutachten in Auftrag zu geben, besteht darin, daß SPD und GAL fordern, eine Evaluation zu einem Bereich vorzunehmen, den es so in der Bundesrepublik Deutschland nicht gibt. Die Umstellung eines bisher angebotsorientierten Systems auf ein nachfrageorientiertes System im Bereich der Kindertagesbetreuung ist in der Bundesrepublik einmalig. Da nützt uns auch kein Gutachten. Es gibt in dieser Frage keine Expertise.

(Beifall bei Sonja Deuter GAL)

Im Gegenteil. Wenn die CDU-Bürgerschaftsfraktion aus Bremen darum bittet, sich hier an Ort und Stelle darüber zu informieren, weiß sie, warum. Wir betreten an dieser Stelle sozusagen Neuland.

(Sonja Deuter GAL: Hat sie auch schon!)

Wenn jemals Evaluierung richtig war, dann ist sie es an dieser Stelle. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab und werden unserem Zusatzantrag zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Frau Pawlowski.

Bettina Pawlowski CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Böwer, ich möchte nicht Frau Sudmann in Schutz nehmen,

(Manfred Mahr GAL: Das ist immer gefährlich!)

aber es ist interessant, daß Sie einen Zusatzantrag über Begleitforschung gestellt haben. Wir werden ihn annehmen, weil es um die mögliche Auswirkung des Systems geht. Er ist inhaltlich nicht abzulehnen. Darum haben Sie auch ein bißchen Probleme damit, was auf uns zukommt und was passiert. Wir werden morgen eine ausführliche Debatte darüber haben. Darum will ich es jetzt auch nicht so lang machen.

(Sonja Deuter GAL: Darauf gehe ich gleich ein!)

Den Antrag der REGENBOGEN-Gruppe lehnen wir ab, weil es Aufgabe der Behörde, der bezirklichen Jugendämter und der Experten ist, sich damit zu beschäftigen.

Der Senat hat den Auftrag, mit den Trägern und Eltern ein neues Finanzierungssystem zu entwickeln. Ein weiteres Gutachten würde unnötig Geld kosten und die Verantwortung vor allem auf Dritte abwälzen.

Herr Böwer sagt, daß er mit Eltern und Trägern Gespräche führt. Das ist richtig, wir haben einige Veranstaltungen zusammen gemacht. Nur, wir wissen auch alle, daß Schwierigkeiten und Ängste existieren,

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Die muß man aber auch nicht schüren!)

die man nicht wegdiskutieren sollte. Da muß ich Frau Sudmann in vielen Bereichen recht geben.

Kritik habe ich am Senat, der von der Bürgerschaft aufgefordert worden ist, zu arbeiten. Er hat es bislang erfolgreich geschafft, sich darüber hinwegzusetzen.

Wir werden den Antrag der SPD und der GAL annehmen und den Antrag der Gruppe REGENBOGEN ablehnen. Alles Weitere werden wir morgen unter dem Punkt „Kinderbetreuung“ diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Frau Deuter.

Sonja Deuter GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit Jahren wird das starre Angebot der Stadt in puncto Kinderbetreuung moniert. Ich habe seinerzeit einen Kindergarten mitgegründet. Wir haben uns damals die Hacken abgelaufen, wenn es darum ging, den Vorgaben der Behörden nachzukommen. Nicht das, was die Kinder und die Familien brauchten, gab den Ausschlag, sondern die Versorgungsrichtwerte eines Stadtteils. Ebenso ergeht es vielen Familien in Hamburg, die mir durch meine ehrenamtliche Gremienarbeit bekannt sind.

Endlich gibt es ein Reformvorhaben, das zu beweglicheren Richtlinien führt. Nichts anderes bedeutet die Flexibilisierung der Kinderbetreuung. Nun können wir viel versprechen. Solange wir den Eltern kein Instrument an die Hand geben, sich das Angebot herauszusuchen, das ihrer individuellen Situation am gerechtesten wird, sind das alles nur Worthülsen.

Es ist aber hochinteressant, genau dieser Ausbau der Elternmacht bringt im Schulterschuß Gegner verschiedenster Couleur auf die Barrikaden. Alle eint das gleiche Ziel, wir wollen weiter bestimmen, was für Eltern und Kinder richtig zu sein hat. Wir machen dabei nicht mit, daß wir bestimmen, liebe Frau Sudmann, was für Kinder und Eltern richtig ist, sondern wir wollen das die Familien bestimmen lassen. Wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie den feinen Unterschied mitbekommen.

C

D

(Sonja Deuter GAL)

- A Man kann hier wirklich den Glauben an Machbarkeit eines Fortschritts verlieren, denn plötzlich wird das von allen ver-teufelte alte System wieder aus der Mottenkiste geholt: Eltern werden teilweise mit groben Lügen und Panikmache gegen die geplanten Verbesserungen aufgehetzt. Jedes Mittel scheint hier recht zu sein. Hauptsache, man braucht sich nicht zu bewegen, muß nicht umdenken und darf in den gewohnten ausgelatschten Schuhen weiterlatschen.

Bisher wurde der Regierung vorgeworfen, sie habe durch ewiges Prüfen, unzählige Gutachten und so weiter jegliche Veränderungen hinausgezögert. Nun versucht man, durch ein nachgeschobenes pädagogisches Gutachten die Umsetzung der Nachfragemacht von Eltern aufzuschieben; ich finde das heuchlerisch.

Wir touren gerade durch sämtliche Kindergärten, holen die Träger an den Tisch – da habe ich mich eben versprochen, sämtliche werden wir gar nicht schaffen, aber viele Hamburger Kindergärten – und berücksichtigen jedes an uns gerichtete Schreiben und feilen, wann immer es nötig ist, an den betreffenden Richtlinien. Wir erarbeiten zur Zeit Qualitätsstandards, die eine Absicherung nach oben und nach unten enthalten müssen, und sie müssen dabei trotzdem so flexibel anzuwenden sein, daß sie auch noch den Anforderungen, die Familien in den folgenden Jahren haben, Rechnung tragen können. Jeder Träger, jede Einrichtung sind dazu aufgerufen mitzuwirken, und viele tun das auch. Zum jetzigen Zeitpunkt ein pädagogisches Gutachten nachzuschieben und unter dem heutigen Blickwinkel festzuzurren, was Familien von morgen brauchen, ist kein Instrument für ein zeitgemäßes Vorhaben wie das der Flexibilisierung.

(Beifall bei Sabine Steffen GAL und Dr. Monika Schaal SPD)

- B Es geht darum, die Situationen in den Familien zu erkennen und Handlungsfähigkeiten zu entwickeln, das heißt, Situationen mit Kindern und Eltern zu gestalten und zusammen über die geleistete Arbeit nachzudenken. Erzieherinnen, Eltern und Verwaltung sollen sich auf das Leben von Familien einlassen lernen und verstehen, was in Kindern und ihren Eltern vorgeht, statt immer schon im Vorhinein glauben zu wissen, was für sie besser sei.

Nun werden Stimmen laut, Eltern nicht zu viel Gestaltungsspielraum einzuräumen. Sie würden ihre Bedürfnisse vor die der Kinder stellen, wenn sie zum Beispiel Einfluß auf die Öffnungszeiten der Einrichtungen nehmen könnten. Das Bundesland Hamburg würde seinen Bildungsauftrag gar versäumen, wenn Eltern ihre Kinder nicht mehr um neun Uhr morgens in die Kitas bringen. Ich bitte Sie, Eltern sind Partner. Sie sind es, die die Lebensgeschichte von Kindern in erster Linie prägen, ihre Fragen und Antworten sind entscheidend. Wir haben heute keine starren Arbeitszeiten mehr. Eltern, die bis zum frühen Abend arbeiten, aber erst vormittags mit der Arbeit beginnen, wollen auch Zeit mit ihren Kindern verbringen. Sie wollen beispielsweise in Ruhe mit ihnen frühstücken, weil der Tag sonst kein gemeinsames Essen mehr ermöglicht. Es ist zynisch zu behaupten, den Kindern würde damit Bildung versagt werden. Denken Sie einmal darüber nach, welche Werte ein Sozialstaat für Bildung überhaupt präferieren sollte.

(Beifall bei Sabine Steffen GAL)

Erziehung und Bildung unserer Kinder funktioniert nur als Zusammenarbeit von Eltern, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Sollte einer der Partner seinen Auftrag nicht erfüllen, dann greifen unsere Instrumente. Das heißt, wenn

Eltern, aus welchen Gründen auch immer, ihren Auftrag nicht im erforderlichen Maße erfüllen können, greift der quasi Anspruch der nun bedarfsorientierten Kinderbetreuung. Das kann Berufstätigkeit ebenso sein wie der sogenannte pädagogische Bedarf in einem individuell erforderlichen Umfang. Hinzu kommen Berufssuche, Studium und Ausbildung. Das heißt aber ebenso, wenn die Einrichtungen dem für diese Familie erforderlichen Betreuungsauftrag nicht nachkommen, kann fristgemäß gewechselt werden.

Wir haben den Eltern im Vorwege die Pilotprojekte, die es dazu braucht, nämlich die stadtteilorientierten Familienhilfen, an die Hand gegeben. Diese Kooperationspartner arbeiten vernetzt mit den anderen Einrichtungen des Stadtteils zusammen, so daß Eltern sich an einem Ort Hilfe für ihre individuelle Situation holen können, statt wie bisher zu zig verschiedenen Beratungsstellen und Ämtern laufen zu müssen. Auch in diesen Projekten kann unter anderem die Nachfrage an Betreuung eines Stadtteils gebündelt werden. Die Kitas werden also nicht alle eingehen, nur weil jetzt der Elternwille mehr zählt. Sie werden durch Befragung der Eltern, Vernetzung mit anderen Einrichtungen und Kooperation mit diesen Schaltstellen ihr Angebot auf den Bedarf von Familien einstellen. Etwas Besseres kann Familien nicht geboten werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der evangelische Theologe Friedrich Christoph Oetinger hat um folgendes gebeten:

„Gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann. Gib mir den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann.“

Meine Damen und Herren! Hamburg muß sparsam haus-halten, wenn wir den Schuldenberg nicht unseren Kindern hinterlassen wollen; daran können wir nichts ändern. Aber die rotgrüne Regierung hat den Mut, auch in solchen Zeiten für einen effektiveren Einsatz der rund 595 Millionen DM zu sorgen, die Hamburg jährlich für die Kinderbetreuung aufwendet. Und diese Effektivität haben wir nicht an den Vorgaben der Verwaltung gemessen, dann wären wir bei der alten Angebotsorientierung geblieben. Wir messen sie an den Wünschen und Bedürfnissen von Familien, und das ermöglicht die Nachfrageorientierung mit dem Betreuungsschecksysteem.

Das Zitat des Herrn Oetinger geht weiter:

„Und gib mir die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.“

Das wünsche ich besonders der REGENBOGEN-Gruppe und den Gegnern der Reform im Kita-Bereich, und uns wünsche ich, daß diese Unterscheidungskraft uns auch weiterhin führt. Um dafür Sorge zu tragen, und zwar über diese Legislaturperiode hinaus, haben wir unseren gemeinsamen Antrag für eine Begleitforschung heute eingebracht, auf daß auch weiterhin zu jeder Zeit flexibel eingegriffen werden kann, wenn sich weitere Verbesserungsmöglichkeiten abzeichnen, wie Sie das auch morgen in einem unserer Anträge sehen werden. Stimmen Sie also bitte heute zu. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Frau Sudmann erhält das Wort.

A **Heike Sudmann REGENBOGEN** – für eine neue Linke: Ich könnte jetzt das Amen sprechen, das tue ich aber nicht.

Ehrlich gesagt kann ich verstehen, daß es GAL und SPD weh tut, diesen Antrag heute behandeln zu müssen, daß es ihnen weh tut, daß nicht nur ich, sondern auch Fachleute diese Kritik formuliert haben.

(Heino Vahldieck CDU: Starker Beitrag!)

Nun haben Sie beide eindrucksvoll versucht darzustellen, daß Sie durch ganz viele Kindertageseinrichtungen laufen, daß Sie mit ganz vielen Trägern sprechen. Erstaunlich daran ist, daß gerade diese Einrichtungen und auch die Träger trotzdem nicht überzeugt sind und gerade auch die Träger gemeinsam mit uns auf einer Pressekonferenz fordern, das pädagogische Gutachten zu erstellen.

Nichtsdestotrotz sollten Sie auf die Inhalte achten. Herr Böwer hat uns in seiner Pressemitteilung Blockadepolitik vorgeworfen, Frau Deuter sagt, heute mit diesem Gutachten zu kommen, wäre sehr spät. Diese Forderung ist über ein Jahr alt, die Träger haben es immer wieder auch mit Ihnen diskutiert. Sie können das nachlesen, wenn Sie sich die erste Anhörung in der Bürgerschaft vor gut einem Jahr im Juli angucken. Sie werden in den Protokollen finden, daß die Träger genau das gefordert haben. Wenn Sie das nicht mitbekommen haben, tut es mir leid. Jedenfalls haben die Träger Ihnen das oft genug gesagt, aber Sie haben es nicht gemacht; das soll Ihr Problem sein.

Aber eines will ich mir nicht entgehen lassen. Sie selbst scheinen arge Zweifel zu haben, ob Ihr System nicht doch für die Qualität der pädagogischen Angebote einen Rückschritt bedeuten kann, denn wenn Sie so sicher wären, daß es keine Auswirkungen hat, dann bräuchten Sie jetzt nicht mit Ihrer Begleitforschung zu kommen.

B (Sonja Deuter GAL: Ein Quatsch! Sie können ja nicht einmal Begleitforschung von einem Gutachten unterscheiden! – Mehrere Zurufe von der GAL)

Aber wenn Sie, Frau Hajduk, den Antrag lesen, dann werden Sie feststellen, daß SPD und GAL sich wohl doch sicher sind, daß es Auswirkungen haben wird, und von daher sollten Sie das Kind nicht erst in den Brunnen fallen lassen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Noch ein Wort zur Berufstätigkeit. Herr Böwer glaubt selbst nicht daran, daß wir berufstätige Frauen ausgleichen wollen. Aber immer, wenn wir irgend etwas an Ihren beiden Teilbudgets kritisieren, heißt es, daran arbeiten Sie noch. Die neueste Botschaft, die durchgesickert ist, ist die, daß mittlerweile die Berufstätigkeit so definiert wird, daß beide Elternteile voll berufstätig sein müssen. Wenn das nicht der Fall ist und die Frau zum Beispiel nur halbtags arbeitet, weil sie sich um die Kinder kümmern will, kommt sie nicht mehr in den Rechtsanspruchstopf, sondern in den kleineren Topf. Ich weiß, daß Sie gleich wieder sagen werden, das sei noch nicht ausgegoren. Bei allem, was wir genau hinterfragen, sagen Sie: Daran arbeiten wir, regen Sie sich doch nicht auf. Sie bekommen so keine Reform hin, da alle Kritikerinnen oder auch alle wohlmeinenden Leute überhaupt nicht wissen, was Sie machen wollen. Sie müssen schon mal die Karten auf den Tisch legen und nicht immer sagen, das kommt nach der Sommerpause.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD:* Frau Sudmann, doch Erich Ribbeck.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Die deutsche Nationalmannschaft, Herr Böwer! Geben Sie's auf!)

Man muß schon aufpassen, wen man in eine Pressekonferenz einlädt und mit welchem Titel man ihn versieht. Der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege war am Montag ziemlich überrascht, bei Ihnen auf einer Pressekonferenz zitiert worden zu sein, denn das war Herr Keßler. Er führt als Vorsitzender des Fachausschusses Jugendhilfe auch Gespräche mit der SPD-, aber auch mit der GAL-Fraktion über die Fragen von Kita-Card.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Salecker war auch da!)

Frau Salecker ist nicht Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Auch innerhalb der Wohlfahrtsverbände gibt es bestimmte demokratische Gepflogenheiten und Absprachen.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Gestatten Sie Frau Sudmann eine Zwischenfrage?

(Thomas Böwer: Ja, klar.)

Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Soll ich jetzt Ihren Ausführungen entnehmen, daß die Leute, die bei uns waren und von der Arbeitsgemeinschaft benannt wurden, gar keine Ahnung haben und daß nur die Vorsitzenden Ahnung von dem Geschäft haben?

Thomas Böwer (fortfahrend): Nein, das würde ich nie behaupten. Aber hinzugehen und pauschal zu sagen, alle Wohlfahrtsverbände würden ein pädagogisches Gutachten fordern, ist falsch. Es gibt einen Wohlfahrtsverband, der ein solches Gutachten fordert, das ist SOAL, mehr nicht. Und SOAL hat zwei Professoren benannt, die normalerweise dieses pädagogische Gutachten hätten machen können, die aber bar jeder Expertise zum Bereich Kindergarten sind, denen es in erster Linie um Fragen von Partizipation im Bereich der Jugendhilfe geht, ein Orchideenthema in dem Bereich.

(Holger Kahlbohm SPD: Peinlich, nicht?)

Und zweitens sagen Sie, es sickert etwas durch. Ich weiß nicht, wo es bei Ihnen hinsickert.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Es sickert durch!)

Wir haben ein klares Verfahren vereinbart und auch den Senat aufgefordert, auf dem Vereinbarungswege die Dinge mit den Trägern und Kindergarteneinrichtungen zu klären, also nicht ein Gesetz, eine Anhörung zu machen und danach staunen oder klatschen wir, sondern Dinge zu entwickeln. Wenn wir sagen, das Amt für Jugend möge mit den Trägern der Wohlfahrtsverbände und den Trägern der Kindertageszentrale pädagogische Standards, Personalschlüssel vereinbaren, dann ist das ein Weg von Vereinbarungen, wo man sich Schritt für Schritt nähert. Da muß man in bestimmten Bereichen dann auch ein Stück von Uneindeutigkeit aushalten, aber ich bin froh, daß wir diesen Weg

(Thomas Böwer SPD)

- A gegangen sind. Wir werden diesen Weg weitergehen, und wenn es dann bei Ihnen sickert, rufen Sie immer wieder an.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Nach unserer Geschäftsordnung ist über Änderungsanträge vor den Hauptanträgen abzustimmen. Ich stelle deshalb zunächst den SPD/GAL-Antrag 16/4396 zur Abstimmung. Wer will den beschließen? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Wer dann den Antrag 16/4238 der REGENBOGEN-Gruppe annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 17 auf, Antrag des Senats zum Thema „Wettbewerbshilfen für die Werften“, Drucksache 16/4315.

[Senatsantrag:

Haushaltsplan 2000

Titel 7300.892.11 „Wettbewerbshilfen für die Werften“

hier: Nachforderung einer

Verpflichtungsermächtigung in Höhe von

32 Millionen DM zu Lasten 2002 bis 2004

– Drucksache 16/4315 –]

Die CDU-Fraktion möchte diesen Antrag federführend an den Haushaltsausschuß und mitberatend an den Wirtschaftsausschuß überweisen. Wer meldet sich zu Wort? – Herr Bühler, Sie haben das Wort.

- B **Axel Bühler** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aus Sicht der GAL-Fraktion möchte ich zu Beginn drei Dinge klarstellen.

Erstens: Zum einen ist die maritime Industrie in Hamburg zukunftsfähig. Wir wollen Hamburg als Werftenstandort langfristig sichern, wir wollen Wertunternehmen in Hamburg unterstützen und die Arbeitsplätze auf Hamburger Werften erhalten.

Zweitens: Wir können und wollen nicht einen langfristigen Subventionswettbewerb mit Korea, Japan, USA oder auch Polen führen. Wenn unsere Betriebe aber trotz schmerzhafter Umstrukturierungen unfair aus dem Markt gedrückt werden, ist auf kurzfristige Hilfe wohl kaum zu verzichten. 7 Prozent des Vertragspreises summieren sich zwar ganz schön, aber da müssen wir wohl durch.

Drittens: Hamburg wird zusehen, an der „Nationalen Konferenz Maritime Wirtschaft“ im besten Sinne zu partizipieren; dazu gleich noch mehr.

Zwei politische Strategien sind aus unserer Sicht langfristig erfolversprechend, und da sind wir uns auch mit der Bundesregierung und dem Senat einig. Zum einen muß internationale Handelspolitik faire Wettbewerbsbedingungen im Schiffbau und ein Ende des Subventionswettlaufs sicherstellen. Das geschieht bereits, wenn Abkommen mit Korea geschlossen werden, deren Wirksamkeit aber abzuwarten ist, wenn gegebenenfalls Korea vor die Welthandelsorganisation gezogen wird oder weitere Kreditvergaben an die Einstellung unfairer Praktiken gebunden werden.

Die zweite Strategie ist ganz klar: Die Zukunft des Schiffbaus in Hamburg muß eine High-Tech-Zukunft sein. Die Hamburger Politik muß Rahmenbedingungen für qualitativ

hochwertige und innovative Produkte, für innovative Produktionsverfahren schaffen. Energiesparende Schiffshüllen wie zum Beispiel das Monohull-Schiff von Blohm + Voss, das ja inzwischen durch die Presse gegangen ist, effiziente, flexible und schadstoffarme Schiffsantriebe, Navigations- und Sicherheitstechnik sind Felder, in denen Hamburger Werften glänzen können.

Konkret bedeutet dies, daß Hamburg bei der Ausbildung fähiger Ingenieure eine echte Aufgabe in der Bildungspolitik hat und durch die Innovationsstiftung die Förderung maritimer Innovationen ein echter Schwerpunkt in der Hamburger Innovationspolitik sein muß.

Auch nicht vergessen sollten wir die Einführung internationaler Sicherheits- und Umweltstandards, die auf jeden Fall jene begünstigen, die das Know-how besitzen, Schiffe nach diesem Standard zu bauen.

Einen kleinen Schlenker möchte ich mir an dieser Stelle erlauben. Hamburg subventioniert unter Druck nicht nur seine Werften, Hamburg subventioniert auch seinen Hafen – mit dreistelligen Millionenbeträgen in jedem Jahr deutlich mehr als die Werften. Wer a) sagt, muß unseres Erachtens an dieser Stelle auch b) sagen. Das heißt, wer für die Werften faire Wettbewerbsbedingungen und ein Ende der Subventionen will, muß auch seine eigene Subventionspraxis und die Praxis der Mitbewerberhäfen kritisch überprüfen mit dem Ziel, die Subventionen genauso zu begrenzen und einen fairen Wettbewerb herzustellen. Das ist ein dickes Brett, das da gebohrt werden muß, das weiß sowohl Senator Mirow als auch wir haben das inzwischen gelernt. Die Haushaltentlastung, die da winkt, lohnt allerdings manchen Aufwand.

Die GAL steht auch im globalen Wettbewerb – das gehört in die Rubrik – zu ökologischen und sozialen Standards. Deshalb unterstützen wir die Gesamthafenbetriebsgesellschaft und die Lotsen im Kampf gegen den permanenten Druck Richtung Tarifabsenkungen beziehungsweise Ausstieg aus Tarifen im Hafen durch die Hafenvirtschaft; diese Debatte ist permanent aktuell.

Abschließend möchte ich noch einmal die Kurve zur „Nationalen Konferenz Maritime Wirtschaft“ finden, wo wir besonders den kooperativen Ansatz in der Hafenpolitik begrüßen. Endlich sind die norddeutschen Küstenländer einmal dabei, ihre Hafenpolitik untereinander abzustimmen und nicht selbst als Konkurrenten aufzutreten. Wie lange das hält, werden wir sehen, wenn es um den Tiefwasserhafen geht. Hamburg muß und wird aber diese Chancen, die diese Konferenz bietet, nutzen. Aus unserer Sicht sind insbesondere drei Schwerpunkte besonders wichtig; eine der nächsten Fachkonferenzen wird dazu in Hamburg stattfinden.

Zum einen sollten wir offensiv die Ergebnisse der Konferenz der Umweltbehörde, die Greenshipping-Konferenz zur Harmonisierung von Hafengebühren und zur Förderung umweltfreundlicher Schiffe, vertreten und in diesen Prozeß einbringen. Die Ergebnisse der Umweltbehörde können sich sehen lassen, sie sind weit fortgeschritten und nach der Konferenz auch weiterentwickelt worden.

Zum zweiten sollten wir darauf achten, das Forschungsprogramm der Bundesregierung, das die Forschungsmministerin mit beachtlichen 180 Millionen DM aufgelegt hat, in Hamburg gut auszunutzen und daran zu partizipieren.

Zum dritten sollten wir in Hamburg offensiv die Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiative der Bundesregierung

C

D

(Axel Bühler GAL)

- A nutzen und gucken, daß wir fähige Schiffingenieure, aber auch genügend Seeleute für die Branche ausbilden.

Kurzfristig muß die Werftenhilfe wohl sein, langfristig werden die 7 Prozent Subventionen es nicht herausreißen. Langfristig muß der Rahmen stimmen: Forschung, Ausbildung und Umweltstandards. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Scherweit-Müller.

Heidemarie Scherweit-Müller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bewilligung der Wettbewerbshilfen für die Werften ist fast schon alle Jahre wieder zur Routine geworden. Auch heute werden wir die Drucksache des Senats über die Nachforderung einer Verpflichtungsermächtigung an den Wirtschaftsausschuß und federführend an den Haushaltsausschuß überweisen. Ich plädiere dafür, meine Damen und Herren, das auch zu tun, denn Hamburg kann sich seiner Verantwortung nicht entziehen, den hiesigen Werften mit Wettbewerbshilfen unter die Arme zu greifen, um ihnen Planungssicherheit für Aufträge bis Ende 2000 und Ablieferung bis Ende 2003 zu geben.

Wir sollten nicht vergessen, daß die deutsche Schiffbauindustrie bereits ein Bereich der Hochtechnologie mit entsprechend hochwertigen qualifizierten Arbeitsplätzen ist, und das trifft insbesondere auf Hamburg zu. Blohm + Voss ist jetzt wieder erfolgreich im Passagierschiffbau mit technologischen Spitzenprodukten in den Markt eingedrungen. Sietas mit seiner Fertigungstechnologie gehört zu den modernsten und erfolgreichsten Werften Deutschlands. Beide Werften sind heute erfolgreiche Unternehmen, die sich ohne staatliche Unterstützung am Markt behaupten könnten, wenn nicht Korea und mittlerweile auch China mit Dumpingpreisen unter den Selbstkosten den Markt kaputt machten.

- B Es darf nicht sein, daß diese gesunden Unternehmen durch unfaire Wettbewerbsverzerrungen aus diesem High-Tech-Bereich herausgedrängt werden. Die deutsche Schiffbauindustrie hat insbesondere auch in Hamburg, wie man zu sagen pflegt, eine Roßkur hinter sich mit Umstrukturierungen, verbunden mit schmerzhaftem Personalabbau. Jetzt ist sie technologisch Spitzenklasse, und das darf nicht umsonst gewesen sein.

Wenn aber weder die Bundesregierung noch die EU, noch die OECD in der Lage sind, die bestehenden unfairen Wettbewerbsbedingungen zu verhindern, dann sind wir gezwungen, die sich daraus ergebenden Nachteile für unsere Werften auszugleichen. Die Bundesregierung muß eine Wettbewerbssituation schaffen, die zumindest diese Subventionen für den europäischen Schiffbau nicht mehr notwendig macht. Die „Nationale Konferenz Maritime Wirtschaft“, die kürzlich in Emden stattfand, ist ein Signal, sich mit dieser Problematik intensiv zu beschäftigen. Weitere Folgekonferenzen stehen an: Schiffbau, Seeschifffahrt, Häfen, Schiffssicherheit und maritime Umwelttechnik.

Wir begrüßen ausdrücklich, daß künftig nach dem Vorbild eines Koordinators für Luftfahrt ein Koordinator für die maritime Wirtschaft beim Bundeswirtschaftsminister eingesetzt werden soll. Das ist schon ein Signal in die richtige Richtung, in die wir alle gehen wollen. Es muß sichergestellt werden, daß die jetzt begonnene Initiative sich auch erfolgreich auf die maritime Wirtschaft bei uns in der Bundesre-

publik niederschlägt, daß vor allem faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen, aber auch gehalten werden.

Doch solange die Werftindustrie diesem unfairen Wettbewerb ausgesetzt ist, müssen sowohl der Bund als auch die Länder Subventionen zur Verfügung stellen, besonders auch vor dem Hintergrund, die Arbeitsplätze von qualifizierten Arbeitnehmern zu erhalten. Ich bitte Sie deshalb, der Drucksache des Senats zuzustimmen und sie an den Haushalts- und den Wirtschaftsausschuß zu überweisen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Herr Ehlers.

(Axel Bühler GAL: Ja, was wollen Sie da noch sagen, Herr Ehlers?)

Karl-Heinz Ehlers CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte ist überflüssig wie ein Kropf, außer daß Sie uns sozusagen an Ihren Geburtswehen von einer radikal ökologischen Partei hin zu einer Partei, die inzwischen ein minimales Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge aufbringt, haben teilnehmen lassen.

(Beifall bei der CDU – Hartmut Engels CDU: Vom Lagerfeuer ins Senatsgehege!)

– So etwa. – Diese Metamorphose haben wir nun alle bestaunen dürfen, ansonsten ist diese Debatte völlig überflüssig. Es gibt nur einen Aspekt. Entweder man bekommt es hin, daß die Wettbewerbsverzerrung aufhört, und das bekommt man nicht hin. Ergo muß man sich an ihr beteiligen,

(Axel Bühler GAL: Ja, das haben wir doch schon gesagt!)

wenn man nicht will, daß die Hamburger maritime Wirtschaft den Bach heruntergeht. So einfach ist das, und darüber braucht man überhaupt kein Wort zu verlieren, und Sie schon gar nicht, Herr Bühler.

(Beifall bei der CDU – Ah- und Oh-Rufe bei der GAL – Manfred Mahr GAL: Sie sind doch auch nur Gesellschaftslehrer!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Einwurf war ziemlich unsinnig, aber darum will ich jetzt gar nicht streiten, denn Sie wissen selbst, daß Subventionen für die Wirtschaft natürlich ein riesiges Problem für den Hamburger Haushalt sind und deshalb solche Posten sehr genau angeguckt werden müssen. Das haben Sie früher auch häufig gesagt, und sich jetzt dadurch auszuzeichnen, daß Sie sagen, ich habe dadurch Wirtschaftsverständnis, daß ich möglichst viele Subventionen verteile, halte ich für Dummheit.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Karl-Heinz Ehlers CDU: Das ist doch Quatsch! Das habe ich gar nicht gesagt!)

Das Problem der Subvention ist auch – Herr Bühler ist mir dadurch aufgefallen, daß er nicht nur im Zusammenhang mit den Werften, sondern auch im Zusammenhang mit dem Hafen gesagt hat, was das große Problem ist und was noch viel stärker und dramatischer in den Auswirkungen ist –

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A daß man gegenwärtig DASA-Subventionen sowohl auf Hamburger Ebene als auch auf Bundesebene mit Militärquersubventionierungen aller Art plant. All diese Subventionen für die Wirtschaft müssen natürlich politisch diskutiert werden.

(Volker Okun CDU: Sagen Sie doch mal, was Sie wollen!)

Schon immer ist es Tradition der GAL gewesen, der ich auch eine ganze Zeitlang angehört habe, zu sagen, die Werftenunterstützung ist für Hamburg richtig. Es ist eine europäische Konstellation, die man akzeptiert und für richtig findet und von daher auch die Subventionierung für richtig findet.

Jetzt aber etwas, das mir überhaupt nicht gefallen hat, Frau Scherweit-Müller. Die Art und Weise der Darstellung nach dem Motto: „Die schönen lieben Hamburger machen natürlich keine böse Subventionierung, das sind die Bösen in Korea oder in den USA“, wie man hier in der Drucksache liest, sollten wir uns im Ausschuß ein bißchen genauer ansehen. Die Begründung in der Drucksache, die auch auf europäischer Ebene im Zusammenhang mit den bösen Koreanern genannt wird, scheint mir zum Teil sehr obskur. Ein wichtiger Aspekt der bösen Subventionierung ist, daß die koreanische Währung kräftig im Wert gesunken ist und von daher natürlich die koreanischen Werften viel besser dastehen, und übrigens auch die deutschen Werften kräftig davon profitieren, daß sie im Verhältnis zu den USA und zu Großbritannien natürlich eine riesige indirekte Subventionierung bekommen, auch wenn das nicht direkt bezahlt wird, aber indirekt bekommen sie es durchaus. Das betrifft diesen Bereich besonders stark, da die Währung kräftig in den Keller gerutscht ist. Von daher bin ich mir nicht so ganz sicher, inwieweit diese EU-Stellungnahme das wirklich präzise nennt.

B

Ich bin da sehr unsicher und würde gerne im Ausschuß genauer besprechen, wieviel davon wirklich unfaire Subventionierung ist, die immer die anderen machen. Daß das in gewisser Weise hier nicht der Fall ist, kenne ich von der DASA-Diskussion. Da wurde immer geklagt, daß Boeing durch die Militärflugzeuge innerhalb der USA quersubventioniert werde. Und gerade vor zwei Wochen hat Deutschland die Unterstützung des A400, des Airbusses, militäremäßig durch Herrn Scharping beschlossen, der gesagt hat, es ist völlig unsinnig, dieses überteuerte Flugzeug zu kaufen, das ist nichts anderes als eine indirekte Subventionierung. Was Sie also bei den anderen immer beanstandet haben, wird hier genauso gehandhabt. Von daher ist die Aussage „die guten Deutschen und die bösen Ausländer“ diesbezüglich Unsinn.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort erhält Senator Dr. Mirow.

Senator Dr. Thomas Mirow: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da ich mich den Ausführungen von Herrn Bühler und von Frau Scherweit-Müller fast uneingeschränkt anschließen kann – das fast bezieht sich auf die Bemerkung zum Thema Lotsen, da bin ich, wie Sie wissen, etwas anderer Meinung als Sie, Herr Bühler –, will ich nur einen einzigen Hinweis zusätzlich geben, da die Frage aufgeworfen worden ist, ob es sich wirklich um unfairen Wettbewerb handele. Ich glaube, das kann man heute ganz gut beantworten, Herr Hackbusch.

Die Europäische Union hat Anfang November 1999 von neun untersuchten Bauaufträgen an koreanischen Werften nur einen als mit normalen Geschäftspraktiken vereinbar eingestuft. Für acht weitere Aufträge, also alle anderen, wurden Verluste in Höhe zwischen 15 und 40 Prozent errechnet.

C

Und daß sich das die Europäische Union nicht einfach ausgedacht hat, hat eine zweite Analyse aus Mai 2000 ergeben, die wiederum Verluste zwischen 11 und 32 Prozent bei Schiffbauaufträgen ans Tageslicht gebracht haben. Wenn das seitens der Europäischen Union alles nur einseitig wäre, wäre Korea doch nicht bereit, mit der Europäischen Kommission eine vereinbarte Niederschrift zur Lage des Weltmarktes im Schiffbau zu zeichnen, in der die Einstellung der Subventionierung enthalten ist. Ob der Rat und die koreanische Regierung dieses Übereinkommen unterzeichnen werden, wissen wir gegenwärtig nicht, aber die Tatsache, daß es zustande gekommen ist, zeigt doch, daß es hier nicht nur ein subjektives Problem gibt.

Im übrigen würde ich bei aller Freude über die Leistungsfähigkeit und den Erfolg der Hamburger Werften auch gern mitteilen wollen, daß 1999 für den deutschen Schiffbau kein gutes Jahr war, sondern daß die Fertigstellung von Schiffsn Neubauten um rund 20 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres ausfiel und damit unter dem Wert von 1990; wir reden also über reale Sorgen und Probleme und nicht über eine vermeintlich gute Wettbewerbssituation, auf die es noch etwas oben drauf gibt.

Daß ich zum Thema Subvention – wie Sie es nennen – im Bereich Flugzeugbau ganz anderer Meinung bin, wissen Sie, das brauche ich im einzelnen nicht darzulegen. Zu Ihrer Beruhigung müßte eigentlich dienen, daß es dazu sehr eindeutige Verträge zwischen der Europäischen Union und den USA gibt, die mit Sicherheit im Rahmen der WTO demnächst im Hinblick auf das Verhalten der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer beim A3XX genau überprüft werden. Das ist aber heute nicht das Thema. Der Senat bittet um Zustimmung zu dem, was er vorgelegt hat. Ich denke, die Auswirkungen auf die Unternehmen und die Arbeitsplätze in Hamburg sind hier im Hohen Haus weitgehend unumstritten. – Vielen Dank.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Wird weiterhin das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer stimmt den Überweisungen federführend an den Haushaltsausschuß und mitberatend an den Wirtschaftsausschuß zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist die Drucksache einstimmig an die Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 57 auf, Drucksache 16/4330, Antrag der CDU zur Geschwindigkeitsüberwachung in Hamburg.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Geschwindigkeitsüberwachung in Hamburg
– Drucksache 16/4330 –]**

Von wem wird das Wort gewünscht? – Herr Hesse, bitte.

Klaus-Peter Hesse CDU: * Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Überhöhte Geschwindigkeit ist in Deutschland und auch in Hamburg nach wie vor Hauptunfallursache im Straßenverkehr. Nach dem gerade kürzlich vorgestellten Hamburger Verkehrsbericht verzeichnete die Polizei im letzten Jahr 5936 Unfälle mit 2694 Verletzten

(Klaus-Peter Hesse CDU)

A und 17 Getöteten wegen überhöhter Geschwindigkeit. Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen sind daher wirklich wichtige Instrumente zur Vermeidung von Verkehrsunfällen. Nachweisbaren Erfolg erzielen sie aber nur dann, wenn sie nach ganz klaren Kriterien und Richtlinien durchgeführt werden und nicht nur die fiskalischen Erwägungen ausschlaggebend sind.

Die CDU-Fraktion hat sich in den letzten Monaten intensiv über Geschwindigkeitsüberwachungskonzepte anderer Bundesländer informiert und festgestellt, daß die Innenbehörde in vielen Fällen anscheinend ohne Konzeption frei nach dem Motto blitzt und abkassiert: Der finanzielle Zweck heiligt die Mittel. So stehen die meisten stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen nicht an Unfallschwerpunkten, sondern dort, wo man besonders hohe Einnahmen erwartet. Sinn würden sie aber nur an Unfallschwerpunkten machen, da die meisten Autofahrer beim Anblick einer Anlage bremsen; das kennen Sie wahrscheinlich auch. Sie bremsen, weil Sie wissen, dort ist ein Starenkasten, dort könnte ich gleich geblitzt werden. Das heißt, Sie gehen mit der Geschwindigkeit herunter und würden deshalb auch an diesem Standort eine Unfallgefahr mindern; Sie bremsen, und viele geben anschließend leider auch wieder Gas.

Meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern gibt es zu der Aufstellung solcher Anlagen ganz klare Richtlinien, die in Hamburg fehlen und deshalb zu einer Willkür bei der Aufstellung führen. Warum es andersorts, in anderen Bundesländern so etwas gibt und hier nicht, ist mir ein Rätsel und kann nur damit begründet werden, daß man gerade die Flexibilität bei der Aufstellung haben will, zu entscheiden: Wir stellen die Geschwindigkeitsüberwachungsanlage doch dort hin, wo sie dem Staatsäckel etwas Geld bringt, und nicht da, wo sie tatsächlich Unfälle verhindert.

B Der CDU-Fraktion fehlt immer noch eine ganz klare Aussage des Senats zu den sogenannten Tempogeräten. Das sind Geräte, die die gefahrene Geschwindigkeit anzeigen. Davon sind zwei angeschafft worden und bei der Polizei mehrere Monate in Betrieb gewesen. Alles das, was ich von den Polizisten vor Ort gehört habe – nicht nur bei meiner Wache, sondern auch von anderen –, war durchweg positiv.

Wenn diese Geräte, kombiniert mit dem Anhalten zu schnell gefahrener Verkehrsteilnehmer und der Konfrontation beispielsweise mit Schülern, zum Einsatz kommen, haben sie, auch ohne daß man eine Geldbuße verlangt, eine große pädagogische Wirkung, die sehr viel mehr wert ist als das Unverständnis, das vielleicht bei dem Autofahrer vorhanden ist, wenn er eine Überweisung ausfüllt, weil er irgendwo wegen zu schnellen Fahrens geblitzt wurde. Das macht aus pädagogischen Gründen keinen Sinn.

Meine Damen und Herren, wie wichtig uns eine flächendeckende Überwachung ist, zeigt in unserem Antrag insbesondere auch die Forderung nach dem Einsatz mobiler Lasermeßgeräte in Wohngebieten, wo es aus unserer Sicht immer noch viel zu viele Raser gibt, die bisher meist ungeschoren davongekommen sind.

Die Ursache allen Autofahrerübel – das könnten Sie jetzt vielleicht denken – sitzt nicht in der Innenbehörde und auch nicht bei der Finanzsenatorin, sondern in der Baubehörde und heißt Verkehrsbehinderungs-Senator Wagner.

(Antje Möller GAL: Ach du liebe Zeit!)

Dieser Senator – hören Sie zu, dann werden Sie es verstehen –

(Antje Möller GAL: Das habe ich befürchtet!)

C könnte durch den Einsatz von intelligenten Verkehrslenkungssystemen dafür sorgen, daß der Verkehr in Hamburg flüssiger wird

(Bernd Reinert CDU: Er hat aber etwas gegen Intelligenz! – Antje Möller GAL: Schneller!)

und damit vielerorts gar kein Grund besteht, schneller als erlaubt zu fahren, weil man auch mit der erlaubten Geschwindigkeit in einer angemessenen Zeit sein Ziel erreicht. Das will er aber natürlich nicht, weil er dann viele Autofahrer nicht mit seinem unattraktiven und zu teuren ÖPNV-Angebot beglücken kann.

Wie ist die Situation heute? Der Autofahrer fährt vielerorts zu schnell, um noch eine Ampelphase zu erreichen, oder er fährt zu schnell, weil er sich auf einer Haupt- oder Ausfallstraße befindet, auf der nur 50 Stundenkilometer erlaubt sind und eigentlich nichts dagegen spricht, hier auch schneller zu fahren.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Übertretungen von Gesetzen müssen überall geahndet werden, aber schaffen Sie doch bitte erst einmal die Voraussetzungen dafür, daß Autofahrer nicht noch extra verleitet werden, zu schnell zu fahren. Stimmen Sie mit Hilfe von Computertechnologie – und auch davon haben Sie bestimmt schon etwas gehört – die Ampelphasen etwas besser ab, so daß man je nach Verkehrsdichte nicht an fast jeder Ampel steht. Das macht übrigens auch aus ökologischen Gründen Sinn. Arbeiten Sie auf einzelnen Haupt- und Ausfallstraßen mit Richtgeschwindigkeitsanlagen, die bei einer bestimmten Geschwindigkeit eine grüne Welle ermöglichen.

D Ich weiß, daß gleich Herr Lange von der SPD spricht, und ich weiß auch, daß er ein begeisterter Autofahrer ist. Er wird bestimmt schon einmal mit dem Auto von Hamburg nach Berlin und dort ins Zentrum gefahren sein. Dort fährt man nämlich über die Heerstraße – so heißt sie, glaube ich –, auf der man wunderbar feststellen kann, wie so etwas funktioniert, daß, wenn man sich an die angezeigte Geschwindigkeit hält, man eine grüne Welle hat und recht zügig in die Stadt kommt. Dort kommt gar keiner auf die Idee, schneller zu fahren, weil man weiß, daß man bei der angegebenen Geschwindigkeit, ohne geblitzt zu werden, zum Ziel kommt.

Wir fordern heute mit besonderem Nachdruck, daß auf unseren vereinzelt Haupt- und Ausfallstraßen wieder Tempo 60 eingeführt wird. Ein von Ihnen damals in Auftrag gegebenes Gutachten vom Verband der Schadensversicherer hat bewiesen, daß die Auswirkungen der von Ihnen damals eingeführten Maßnahme die ursprünglich erhofften Sicherheitsgewinne nicht brachten. Ich kann Ihnen das gern anhand von Unterlagen des Verbandes der Schadensversicherer vom August 1995 darstellen. Um die Auswirkungen dieser Maßnahme auf die Verkehrssicherheit zu überprüfen, wurde die Unfallerhebung der Beratungsstelle für Schadensverhütung der Hamburger Polizei für alle untersuchten Straßen zur Verfügung gestellt. Das Ergebnis, die Zusammenfassung und Bewertung der Berücksichtigung des tatsächlichen Schwereverlaufs des Unfallgeschehens kann insgesamt nicht von einem Sicherheitsvorteil auf den 61 Untersuchungsstrecken gegenüber den übrigen Straßen in Hamburg gesprochen werden.

Diese Maßnahme, flankiert mit einer umfassenden integrativen Öffentlichkeitsarbeit, würde aus unserer Sicht dazu beitragen, daß bei vielen Autofahrern sogar Verständnis für Überwachungsmaßnahmen geschaffen würde, was

(Klaus-Peter Hesse CDU)

- A auch zwangsweise dazu führen würde, daß die Autofahrer freiwillig langsam fahren.

Lassen Sie mich zum Schluß noch etwas zu der Arbeit des Pressesprechers in der Innenbehörde sagen, weil mir so etwas, was sich dort abgespielt hat, im Laufe meiner zweieinhalb Jahre noch nicht passiert ist. Herr Holstein war bei unserer Pressekonferenz zu diesem Thema anwesend. Das war begrüßenswert, und ich finde es auch gut, daß er gekommen ist, weil man denken mußte, er höre es sich an und seitens der Innenbehörde käme dann eine fundierte sachgerechte Antwort auf die Forderungen der CDU.

Was dabei herauskam, war allerdings schlichtweg gelogen und bewußt falsch dargestellt. Wir haben nicht gefordert, daß nur ...

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Abgeordneter, bitte halten Sie sich an die parlamentarischen Ausdrucksweisen!

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Ich weiß nicht, was an dieser parlamentarischen Ausdrucksweise nicht in Ordnung war. Er hat nicht die Wahrheit gesagt, und das bewußt.

Wir haben nicht gefordert, daß nur an sensiblen Bereichen wie Schulen und Kindergärten Kontrollen durchgeführt werden. Der Schluß, daß wir deshalb für rechtsfreie Räume für Autofahrer sind, so wie er es dargestellt hat, ist deshalb auch billigste Parteipolitik. Herr Holstein hat zudem Widersprüchliches ausgemacht, indem er festgestellt hat, daß die CDU Blitzanlagen an Unfallschwerpunkten aufstellen will, während andere Anlagen nicht abgebaut werden sollen. Den Widerspruch habe ich nicht so richtig verstanden, den sieht anscheinend auch nur er, da es für die CDU natürlich selbstverständlich ist, daß keine Steuergelder doppelt ausgegeben werden sollen, um Anlagen wieder abzubauen. Das wäre wirklich unsinnig. Herr Holstein hat sich wahrscheinlich noch nicht einmal unseren Antrag angesehen, sonst hätte er so etwas in der Innenbehörde bestimmt nicht kundtun können.

Herr Senator Wrocklage, überlegen Sie sich, ob Sie an dieser Stelle den richtigen Mann sitzen haben. Er hat in dieser Sache ganz klar Unfähigkeit und Parteilichkeit bewiesen. Ich kann nur empfehlen: Schmeißen Sie diesen Mann raus! Der Steuerzahler sollte für das Gehalt von Herrn Holstein nicht aufkommen, vielleicht die SPD, denn die hat davon profitiert, und für sie hat er das kundgetan.

(Antje Möller GAL: Zu welchem Thema reden Sie jetzt eigentlich?)

Meine Damen und Herren, gestern habe ich erfahren, daß Sie unseren Antrag im zuständigen Ausschuß nicht einmal vertieft behandeln wollen, obwohl wir uns in unseren Forderungen konkret auf Gutachten und Ausarbeitungen von Verkehrswissenschaftlern sowie Richtlinien anderer Bundesländer beziehen. Für diese Arroganz und Ignoranz, mit der Sie heute den Antrag ablehnen werden, verspreche ich Ihnen, erhalten Sie im nächsten Jahr bei der Bürgerschaftswahl die Quittung, auch für Ihr schikanöses Verhalten gegenüber Autofahrern in Hamburg. Die SPD hat sich heute endgültig von einer Partei verabschiedet, die für einen Autofahrer wählbar ist.

(Beifall bei der CDU und Lachen bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dr. Lange. C

Dr. Rolf Lange SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hesse als Anwalt der entrechteten Autofahrer Hamburgs.

(Wolfgang Franz SPD: Robin Hood!)

Die Tatsache ist, daß überhöhte Geschwindigkeit in Hamburg Unfallursache Nummer eins ist, in anderen Bundesländern Nummer zwei, sie steht aber immer ganz vorne an und leider mit steigender Tendenz; Sie haben die Zahlen schon genannt, Herr Hesse, in 1999 2694 Verletzte und 17 Tote. Ich finde, wir gehen über diese Zahlen zu leicht hinweg.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Sie leugnen die Tatsache nicht, da haben Sie recht. Ich habe mir Ihre Presseerklärung auch durchgelesen, aber der Eindruck, den Sie erwecken, ist, daß diese Überwachungsanlagen in erster Linie zum Abzocken verwandt werden, unter fiskalischen Erwägungen, wie es in Ihren Ausführungen heißt. Ich halte das für Unsinn. Wenn zu schnell gefahren wird, muß kontrolliert werden, und dann müssen auch Sanktionen greifen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Aber da, wo es sinnvoll ist!)

Sie sagen, die Anlagen stehen oft falsch und es werden keine objektiven Kriterien angewandt, um die stationären Einrichtungen aufzustellen. Es gibt Grundsätze, das habe ich in der letzten Debatte zum selben Thema auch schon gesagt, denn es ist nicht das erste Mal, daß wir darüber reden. Zu diesen gehören die Unfallschwerpunktsituation, technische und bauliche Möglichkeiten, denn überall kann man so etwas nicht machen, die Verkehrsbelastung, das Geschwindigkeitsniveau, die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten und das jeweilige Gefahrenpotential derjenigen, die die Geschwindigkeit überschreiten. Die Frage muß lauten: Was fordern Sie eigentlich? Gibt es objektive und nachvollziehbare Meßkriterien? Diese Diskussion haben wir seit Jahren in der Stadt beim Aufstellen von Fußgängerampeln. Es kann doch nicht richtig sein, die Gleichung aufzustellen, ein Toter und zwei Verletzte gleich ein neuer Starenkasten. Das werden Sie wahrscheinlich auch nicht wollen. D

Meine Frage lautet: Kann es überhaupt objektive Kriterien geben, oder sollte man nicht die Erfahrungen und auch den Ermessensspielraum der Polizei, die tagtäglich mit diesem Problem zu tun hat, zum Zuge kommen lassen und selbst entscheiden, wo solche Anlagen sinnvoll sind oder nicht und wo sie gegebenenfalls auch wieder entfernt oder gar nicht eingeschaltet werden müssen. Sie bemängeln gleichzeitig, daß viele Anlagen gar nicht immer eingeschaltet sind; Sie sagen einerseits, sie stünden falsch und müßten andererseits häufiger eingeschaltet werden.

Messungen sollen, wie Sie zu Recht sagen, von einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Das ist richtig, wird auch seit Jahrzehnten gemacht.

(Uwe Grund SPD: Intensiv!)

Die meisten nehmen es nicht wahr, denn warum soll man etwas wahrnehmen, von dem man sich nicht betroffen fühlt. Welcher Autofahrer fühlt sich schon betroffen, wenn er als Raser bezeichnet wird. Im Bereich der Autobahnen finden

(Dr. Rolf Lange SPD)

- A Sie so etwas an jeder zweiten Brücke. Wer nimmt das Motto „Reisen statt rasen“ noch wahr? Es betrifft aber sehr viele, und die es am wenigsten wahrnehmen, am meisten.

(Heino Vahldieck CDU: Die fahren zu schnell, deshalb können sie es nicht lesen! – Dr. Martin Schmidt GAL: Genau!)

Die Erfahrung lehrt, je drastischer die Sanktionen sind, um so größer ist die Gesetzestreue. Ich will Vergleiche nicht in die Schieflage bringen, aber es gibt Länder, in denen kaum gerast wird. Warum? In den neuen Bundesländern wird heute wie verrückt gerast, ich fühle mich dort richtig unwohl. Aber vor zehn Jahren wurde dort nicht gerast. Die DDR hatte derart drastische Sanktionen, daß sich kein Mensch traute, zu schnell zu fahren, auch Westdeutsche nicht, wenn sie durch die DDR fuhren. Gerast wird, seit die Sanktionen so vermindert wurden.

(Beifall bei der SPD)

Damit will ich nicht etwa die DDR hochloben, dieses Regime wollen wir nicht, aber es zeigt doch, je liberaler ein Staat ist und je weniger Sanktionen greifen, um so eher ist man geneigt, Gesetzesübertretungen für sich selbst zu akzeptieren.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Solange in Hamburg so häufig zu schnell gefahren wird wie heute, muß gemessen, geahndet, aber auch informiert und geschult werden; jedenfalls nicht weniger.

- B Ihre Forderung, auf mehreren Ausfallstraßen 60 Stundenkilometer statt 50 zuzulassen, muß man im Einzelfall prüfen. Es kann sein, daß es hier oder da sinnvoll ist. Ich weiß, daß in der Vergangenheit auf vielen Straßen Tempo 60 zurückgenommen worden ist, weil sie Unfallschwerpunkte gewesen sind. Es muß also im Einzelfall geprüft werden.

Lassen Sie mich eins sagen: Generell gilt, daß wir im Straßenverkehr mehr Gelassenheit, Ruhe und Rücksicht brauchen. Wir brauchen generell aber nicht mehr Geschwindigkeit in Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU hat ein Problem.

(Wolfgang Baar SPD: Eins? – Anja Hajduk GAL: Nur eins?)

Wie wird in der Großstadt Hamburg eine konservative Volkspartei populär?

(Ralf Niedmers CDU: Was hat das mit Starenkästen zu tun?)

Sie haben zur Zeit das Problem mit Herrn Schill, das ist sicherlich schwierig für Sie. Ich glaube aber, daß Ihre Parteiführung recht hat, daß Sie nur verlieren, wenn Sie sich Herrn Schill allzusehr nähern.

(Bernd Reinert CDU: Was hat Herr Schill mit Starenkästen zu tun?)

Was hat das jetzt mit dem Autoverkehr zu tun?

(Ralf Niedmers CDU: Kommen Sie zum Thema!)

C Sie sollten vorsichtig sein bei diesem Thema. Herr Hesse hat eben den Weg ins Ghetto der Autofahrerpartei verkündet. Die gibt es in einigen Städten Süddeutschlands und in der Schweiz. Das sind sehr erfolgreiche Parteien, die in der Regel sogar Fünf-Prozent-Klauseln überwinden. Damit hat es sich dann aber auch. Sie können in einer Großstadt wie Hamburg mit diesem Thema aber keine Politik betreiben, die Vertrauen für alle erweckt. Das werden Sie nicht schaffen,

(Volker Okun CDU: Und wo stehen Sie mit Ihrer Politik? – Klaus-Peter Hesse CDU: Zum Thema!)

und deshalb ist das für Sie eine richtig schwere Sackgasse. Machen Sie das aber getrost, uns wäre es recht, wenn Sie sich so radikalisieren. Sie werden damit verlieren, denn die Hamburger in ihrer großen Mehrheit wollen, daß weniger Auto gefahren wird. Die betreiben das nicht immer sehr aktiv, das ist wohl wahr, aber wenn Sie auf die Ergebnisse der Umfragen schauen – die letzte wurde im November vom „Hamburger Abendblatt“ erhoben –, will die Mehrheit eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und eine Reduzierung des individuellen Autoverkehrs.

In dieser Situation können Sie natürlich eine andere Parole ausgeben, das kann man machen – man darf auch Minderheitsparolen vertreten –, ich warne Sie nur vor den Wahlergebnissen, die daraus folgen. Als Politikberater würde ich sagen: Lassen Sie es etwas anders angehen. Mit der Parole von Herrn Hesse werden Sie jedenfalls nicht erfolgreich sein.

D Sie werden auch in der Sache nicht erfolgreich sein. Herr Lange ist im wesentlichen schon darauf eingegangen; sein letzter Satz ist vollständig richtig. Wir können in Hamburg in Sachen Autoverkehr vieles machen. Wir können grüne Wellen besser herstellen, bessere Überwachungen vornehmen und dafür sorgen, daß zwischen manchen Stadtteilen auch das Autofahren besser geht, über alles kann man reden. Worüber man nicht reden kann und was wirklich nicht geht, ist, daß man dafür sorgen will, daß das Autofahren insgesamt schneller wird. Das darf nicht sein, weil die Menschen sonst nicht mehr über die Straßen gehen können und die Unfälle schwerer werden. Hamburg hat in den letzten 30 Jahren im Autoverkehr eine positive Entwicklung gemacht, von vielen Dingen abhängig, die man vielleicht nicht alle beurteilen kann, aber auch durch Handeln des Senats, und durch die Einführung von Tempo-30-Zonen ist der Hamburger Autoverkehr insgesamt zivilisierter geworden. Das soll so bleiben und nicht durch Ihre Vorstellung geändert werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort der Abgeordneten Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Immerhin hat Herr Hesse sich nicht bei Herrn Wrocklage als Sprecher beworben, seine Qualitäten haben aber deutlich gemacht, daß er der ideale Sprecher für alles ist, was irgendwie populistisch aufgemacht werden kann. Darin sind Sie – neidlos zugesprochen – super.

(Holger Kahlbohm SPD: Sprecher für Schill!)

Ob das aber immer gut ist für die einzelne Sache, glaube ich nicht.

Sie haben ein diesbezügliches Problem. Durch Ihren gesamten Antrag und Ihre Pressemitteilung zieht sich ein

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Grundgedanke, der heißt: Zu schnelles Fahren ist ein Kavaliersdelikt. Zu schnelles Fahren kann vorkommen, muß vielleicht ab und zu auch mal sein, damit man sich dann besser fühlt, und es darf passieren. Deshalb sollen auch nur an bestimmten Stellen Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen aufgestellt werden; mehr nicht.

Herr Hesse, Sie merken gar nicht, wie sehr Sie sich schon verrannt haben, wenn Sie sagen, die Instrumente zur Vermeidung von Verkehrsunfällen sind Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen. Die Instrumente zur Vermeidung von Verkehrsunfällen sind die Autofahrer und Autofahrerinnen, die vielleicht langsamer fahren,

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

die den Fuß vom Gas nehmen.

Ich habe auch viel Kritik an Herrn Wagner, aber wenn Sie mich fragen, wo die Ursache des Übels sitzt, sage ich auch das: Überwiegend hinter dem Lenkrad und nicht im Senat; in anderen Fällen ja, aber hierbei nicht.

Zum nächsten Punkt. Sie haben sich mit Ihrem Antrag ja langsam vorgearbeitet, und letztlich kommen Sie zum eigentlichen Kern, der lautet: Sie wollen, daß in Hamburg Tempo 60 gefahren werden kann. Ich würde dieses Gutachten, das Sie gesehen haben, gern einmal vollständig lesen; eine Schlußfolgerung kann ich jedoch aus Ihrem zitierten Satz schon jetzt ziehen. Wenn Sie sagen, daß es keinen Unterschied im Sicherheitsvorteil zwischen Tempo 50 und 60 gibt – Sie nicken jetzt schon vorsorglich –, und auch wollen, daß wir sicheren Straßenverkehr haben, dann kann die Konsequenz daraus nur sein, daß mit der Geschwindigkeit heruntergegangen wird. Sie haben dann Sicherheitsvorteile, wenn es heißt: Wir gehen auf Tempo 30.

- B (Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Andrea Franken GAL)

Ich bin froh, daß alle, außer der CDU, diesen Antrag ablehnen werden, und hoffe, daß, wenn Sie einmal langsamer fahren und langsamer denken, vom Geschwindigkeitsrausch herunterkommen und feststellen werden, daß man mit Langsamkeit auch viel erreichen kann; das Rasen allein reicht nicht.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort Senator Wrocklage.

(Jürgen Klimke CDU: Der Senat spricht zu Fraktionsanträgen, das ist ja toll!)

Senator Hartmuth Wrocklage: Ja, Sie müssen sich eben an manches gewöhnen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Jürgen Klimke CDU: Sie müssen sich an etwas gewöhnen, Herr Senator!)

Die Geschwindigkeit ist eine der Hauptunfallursachen in Hamburg, und deshalb haben wir entsprechende Gegenprogramme aufgelegt. Herr Lange hat dazu das Erforderliche gesagt. Ich habe mich nur deswegen zu Wort gemeldet, um gleich Ihre Frage aufzugreifen, weil es einige Bemerkungen gab, die ich nicht unkommentiert lassen kann, und zwar die von Herrn Hesse.

Anfangen möchte ich gern bei dem Antrag der CDU, wo gesagt wird:

„Es darf aber nicht der Eindruck entstehen, daß für Ort und Zeitpunkt der Überwachungsmaßnahmen haupt-

sächlich wirtschaftliche Erwägungen ausschlaggebend sind.“ C

Dann wird diese Vorbemerkung im Antrag unter 3. umgewandelt:

„fest installierte Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen sollen vorrangig an Standorten mit Gefährdungspotential installiert werden“.

Als wäre das nicht die Politik des Senats – Sie wissen es ganz genau – und das Verhalten der dafür zuständigen Behörden.

(Bernd Reinert CDU: Nein!)

Wir mußten also entsprechend dem, was unsere Aufgabe ist, klarstellen, wo es Widersprüchlichkeiten innerhalb der Position der CDU gegeben hat und wo die Realität nicht richtig beschrieben wird. Mein Pressesprecher hat nichts anderes gemacht, als auf die Widersprüchlichkeiten der CDU-Aussagen aufmerksam zu machen. Ich finde das völlig in Ordnung. Ich kann überhaupt nicht verstehen, Herr Hesse, wie Sie meinen Pressesprecher angreifen können, der sich von dieser Stelle aus nicht verteidigen kann, anstatt sich an mich zu wenden. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte ist nicht ganz neu in diesem Hause. Wir haben im Februar 1999 bereits einen Antrag der CDU-Fraktion debattiert, der einheitliche Kriterien gefordert hat. D

Damals hatten Sie keine vernünftigen Argumente und erweckten lediglich den Eindruck, den Antrag nicht gelesen zu haben. Insofern kann ich auch heute wiederum nur feststellen, daß sich beim Senat – Herrn Lange nehme ich ausdrücklich aus, weil sein Beitrag wirklich sachlich war –, bei der GAL und der REGENBOGEN-Gruppe in der Wahrnehmung nichts verändert hat.

Daher mache ich noch einmal den Versuch, Ihnen unser Hauptanliegen darzustellen in der Hoffnung, daß Sie nun endlich begreifen,

(Uwe Grund SPD: Ihr Hauptanliegen ist eine Schlagzeile in der „Bild“-Zeitung!)

was wir wollen. Um Letzteres zu unterstreichen, nenne ich das Zitat eines unserer Nationalspieler:

„Und die Hoffnung stirbt zuletzt.“

(Dr. Holger Christier SPD: Das ist ein schöner Vergleich!)

Meine Damen und Herren, der Kollege Hesse hat, wenn Sie richtig zugehört hätten, ausgeführt, daß es uns ausschließlich um Verkehrssicherheit geht. Daher können Sie ihre permanenten unterschweligen Unterstellungen, die CDU sei für freie Fahrt für freie Bürger, Frau Sudmann, endlich zu den Akten legen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen keine rechtsfreien Räume für Raser. Bei rechtsfreien Räumen fallen mir in dieser Stadt eigentlich nur die Stichworte Hafenstraße, Rote Flora und Bauwagen ein.

(Unruhe im Hause – Glocke)

(Hans-Detlef Roock CDU)

A **Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren!

(Peter Zamory GAL: Es gibt ein Bauwagengesetz!
– Barbara Duden SPD: Ist das zur Sache?)

Hans-Detlef Roock (fortfahrend): Insofern, Herr Senator Wrocklage, sollte Ihr Pressesprecher wirklich etwas vorsichtiger formulieren.

Wir wollen eine durchdachte Verkehrspolitik, die von den einzelnen Verkehrsteilnehmern Vernunft und Verantwortungsbewußtsein fordert. Dazu gehört, daß die veranlaßten Maßnahmen für die Verkehrsteilnehmer nachvollziehbar und einsehbar sind. Ich habe diese Forderung bereits im Februar 1999 gestellt. In diesem Bereich ist entgegen anderen Behauptungen außer globalen Appellen des Innen-senators nichts geschehen. Diese Appelle sind ja auch nach seiner eigenen Einlassung weitgehend verpufft. Insofern hat der Senator auch immer noch nicht verstanden, was wir eigentlich wollen. Wir wollen keine Appelle, sondern aktives Handeln auf der Straße.

Der Autofahrer muß unmittelbar auf sein Fehlverhalten angesprochen werden. Nur eine direkte Konfrontation hat Aussicht auf Erfolg.

Nehmen Sie bitte endlich zur Kenntnis, daß für uns allein die Verkehrssicherheit im Vordergrund steht

(Barbara Duden SPD: Den Eindruck habe ich nicht!)

und nicht die wirtschaftlichen Gesichtspunkte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

B **Vizepräsident Berndt Röder**: Das Wort bekommt die Abgeordnete Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Es ist ärgerlich, Sie wollen nicht verstehen, daß Sie letztendlich dazu beitragen, daß auf Hamburgs Straßen gerast wird. Sie wissen genauso gut wie alle Anwesenden: Wo „50“ steht, wird mindestens 65 gefahren, und wo „60“ steht, mindestens 75. Sie selbst sind sicherlich auch daran beteiligt. Deswegen ist es unverantwortlich, daß Sie immer wieder versuchen darzustellen, es muß schneller gefahren werden können.

Rechnen Sie einmal aus, wieviel Zeitgewinn es überhaupt bringen würde, wenn man in der Stadt schneller fahren würde. Sie würden feststellen, es ist lächerlich. Sie bauschen immer wieder Sachen auf, die völlig neben der Spur sind.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse über den CDU-Antrag abstimmen. Wer möchte denselben annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthalten? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 60 auf: Drucksache 16/4343: Antrag der SPD zur Informations- und Telekommunikationsbranche.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Informations- und Telekommunikationsbranche:**

**Greencard und Aus- und Weiterbildung
– Drucksache 16/4343 –]**

Hierzu ist Ihnen als Drucksache 16/4404 ein Antrag der GAL-Fraktion zugegangen.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Engagement der Hamburger IT-Branche bei Aus- und Weiterbildung und die Konsequenzen der „Green-Card-Diskussion“ auf die Hamburger Weiterbildungspolitik – Drucksache 16/4404 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Brockmüller hat es.

Brigitte Brockmüller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weltweit haben die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien einen rasanten Strukturwandel ausgelöst. Nirgendwo macht sich die Globalisierung so deutlich und gravierend bemerkbar wie beim Internet. Der Übergang zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft vollzieht sich mit einer bisher noch nie dagewesenen Geschwindigkeit. Brauchte das Fernsehen noch 13 Jahre, um eine Anzahl von 50 Millionen Nutzern zu erreichen, so hat das Internet dies bereits innerhalb von vier Jahren geschafft.

(Barbara Ahrons CDU: Damit erweitert sich unser Wissen!)

Hamburg gilt bundesweit als führende Medienmetropole. Die Beschäftigungsdynamik ist atemberaubend. Derzeit arbeiten bereits schätzungsweise 18 000 Beschäftigte im IT-Bereich. Rund 1000 Unternehmen sind in dieser Branche tätig. Mit einem Gesamtumsatz von gut 50 Milliarden DM sind diese Unternehmen innerhalb weniger Jahre zum drittgrößten Arbeitgeber dieser Stadt geworden.

Der bundesweite Spitzenplatz Hamburgs in dieser Branche zeigt sich auch darin, daß die neuen umsatzstärksten deutschen IT-Unternehmen hier ihren Hauptsitz oder eine Niederlassung haben. Zu diesen Unternehmen zählen unter anderem AOL, Alta Vista oder IBM. Mit der Entscheidung von SAP, eine Niederlassung in der HafenCity zu gründen, hat Hamburg diesen Spitzenplatz noch weiter ausbauen können.

Hamburg verfügt über wichtige Standortvorteile. Als Standortfaktoren schätzen die zumeist jungen Medienunternehmen insbesondere die Kundennähe, verfügbares, gut qualifiziertes Personal und eine gute Infrastruktur. Hierzu zählen insbesondere die sogenannten weichen Standortfaktoren, wie das liberale, weltoffene Klima, das hervorragende Kulturangebot und die gute Lebensqualität unserer Stadt.

Keine Branche zeigt jedoch eine so hohe Beschäftigungsdynamik wie gegenwärtig diese Branche. Dieses Wachstum stößt inzwischen an Grenzen, weil qualifizierte Spitzenkräfte in ausreichender Zahl nicht zur Verfügung stehen. Angebot und Nachfrage gehen gegenwärtig bei Informatikern und anderen IT-Spezialisten weit auseinander.

Nach einer Umfrage der Handelskammer gibt es in Hamburg einen zusätzlichen Bedarf von schätzungsweise 6000 IT-Experten. Die zwar stark gestiegene Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger, aber die nur allmähliche Zunahme der Hochschulabsolventen bedeutet für die kommenden Jahre eine schwierige Versorgung der Wirtschaft mit IT-Spezialisten.

C

D

(Brigitte Brockmüller SPD)

- A Beispielhaft möchte ich dies an der Entwicklung der Studienanfängerinnen und -anfänger im Fach Informatik verdeutlichen. Dort war die Anfängerzahl in den achtziger Jahren noch um das Zweieinhalbfache gestiegen. Anfang bis Mitte der neunziger Jahre sank die Zahl bundesweit um 14 Prozent auf 8000. In den letzten drei bis vier Jahren sind die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt aber offensichtlich bei den Abiturientinnen und Abiturienten angekommen. In dieser Zeit ist die Studienanfängerzahl wieder um knapp 50 Prozent auf 14 000 gestiegen. Benötigt werden jedoch circa 30 000 Hochschulabsolventen pro Jahr. Auffällig ist zudem der niedrige Frauenanteil. Nur 17 Prozent der Studienanfänger sind Frauen. Die zuvor beschriebenen Entwicklungen finden in diesem Bereich ihre Entsprechung bei der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen.

In den vergangenen drei bis vier Jahren ist die Zahl der arbeitslos gemeldeten Informatikerinnen und Informatiker um über die Hälfte zurückgegangen. Derzeit sind bundesweit lediglich circa 2400 Informatiker arbeitslos gemeldet. Hierbei ist festzustellen, daß Arbeitslosigkeit für Informatiker im wesentlichen ein Problem der mittleren und älteren Jahrgänge ist. Während der Anteil bei den bis zu Fünfunddreißigjährigen in den letzten fünf Jahren um zwei Drittel zurückgegangen ist, stieg er bei den Fünfundvierzigjährigen und älteren um mehr als das Doppelte an.

Fazit: Die alte Bundesregierung, aber auch die Wirtschaft haben diese Entwicklung verschlafen. Der enorme Fachkräftebedarf in dieser Branche wurde nicht rechtzeitig als wichtiges strategisches Handlungsfeld erkannt und dementsprechend auch nicht zielgerichtet gehandelt.

Die Einführung der Green Card durch die neue Bundesregierung wird daher von meiner Fraktion nachhaltig begrüßt. Wir brauchen eine kurzfristige Lösung des Fachkräftemangels, um unsere führende Position in dieser Wachstumsbranche zu sichern und nach Möglichkeit ausbauen zu können. Die Forderung nach einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer für die ausländischen IT-Kräfte sowie die Debatte über die Ausweitung auf andere Branchen, wie sie gegenwärtig unter anderem von der Wirtschaft gefordert wird, halte ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt für keine Lösung. Den Mangel an IT-Fachkräften werden wir auf Dauer nicht durch Zuwanderung lösen.

B

Wie kommen wir aus dieser Krise heraus? Der Antrag der CDU, der im wesentlichen Maßnahmen vorschlägt, die sich im Bereich der dualen Ausbildung abspielen, ist lobenswert, aber er reicht bei weitem nicht aus, um in der Medienpolitik weiterhin eine herausragende Rolle spielen zu können. Politik, Wirtschaft und Hochschulen müssen gemeinsam diesem Mangel abhelfen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang die letzte Aktion des Senatsamts für die Gleichstellung erwähnen, die sich vor allem an die Frauen richtet und Lust machen will auf eine Orientierung in den IT-Bereich.

Nur durch stärkere Investition in Aus- und Weiterbildung sowie ein Studium mit internationaler Ausrichtung und eine gemeinsame Werbung für IT-Studiengänge werden wir den Standort Hamburg als Medienmetropole sichern und – das ist besonders wichtig – Zukunftsmodelle entwickeln – also auch eine Entwicklung in qualitativer Hinsicht –, die den globalen Anforderungen gerecht werden. Zukunft bedeutet nicht weniger, sondern mehr Bildung.

Wenn wir mit den weltweiten Veränderungen Schritt halten und die Zukunftschancen der jungen Generation sichern wollen, müssen wir das Ausbildungs- und Bildungssystem

so weiterentwickeln, daß möglichst alle Begabungen und die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt optimal und frühzeitig gefördert und genutzt werden. Dies ist jedoch nicht nur Aufgabe der Politik, sondern auch der Wirtschaft, die ihr betriebliches Aus- und Weiterbildungsangebot kräftig ausweiten muß.

(Beifall bei Dr. Monika Schaal und Dr. Silke Urbanski, beide SPD)

Ohne intensive Anstrengungen im Bildungs- und Ausbildungssystem läßt sich der Wandel zur Informations- und Wissensgesellschaft mit ihren enormen Chancen für Wachstum und Beschäftigung nicht erfolgreich bewältigen.

Daß Hamburg im IT-Bereich bundesweit bereits eine Vorreiterrolle spielt, wird an folgenden Beispielen deutlich:

Seit vergangenem Montag können alle Hamburgerinnen und Hamburger einen kostenlosen Internet-Zugang

(Ingrid Cords SPD: Schrecklich ist das!)

und eine kostenlose E-Mail-Adresse auf „hamburg.de“ erhalten. Damit dürfte es Hamburg leichtfallen, die Zielmarke der Bundesregierung zu erreichen, bis zum Jahre 2005 den Anteil der Internet-Abonentinnen und -Abonenten an der Gesamtbevölkerung von 9 Prozent auf 40 Prozent zu steigern.

Die Hamburger Schulen sind zu 96 Prozent am Netz angeschlossen. Bereits in mehr als der Hälfte der Schulen können die Schülerinnen und Schüler an allen Computerarbeitsplätzen direkt ins Netz gehen. Damit kommt Hamburg der Zielmarke schon heute sehr nahe, bis zum Jahre 2001 alle Schulen mit Internet-Anschlüssen auszustatten.

Durch Konzepte, wie den Multimediaführerschein, die geplante Akademie Media-City-Port, das Angebot Medienbetriebswirtschaft der Wirtschaftsakademie, der Handelskammer sowie die neueingerrichtete Task-force im Hamburger Rathaus, werden dringend erforderliche neue Wege der Aus- und Weiterbildung beschritten. Ich bin sicher, daß Hamburg alle Chancen nutzen wird, um den neuen Herausforderungen der Informationsgesellschaft zu begegnen. Der Erfolg wird jedoch maßgeblich davon abhängen, ob und inwieweit es gelingt, Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften an einen Tisch zu bekommen und zu erreichen, daß sie alle an einem Strang ziehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Drews.

Wolfgang Drews CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Brockmüller, ich bin Ihrer Meinung, und Sie haben es mit Ihrem letzten Satz gesagt, daß Politik und Wirtschaft an einen Tisch gebracht werden und an einem Strang ziehen müssen. Ich hätte es begrüßt, wenn die zuständige Senatorin, die für das Ressort Aus- und Weiterbildung zuständig ist, anwesend wäre oder einen Staatsrat geschickt hätte. Das ist nicht der Fall. Der heute von der SPD vorgelegte Antrag – insbesondere Punkt 13 zur Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen im IT-Bereich – scheint die zuständige Senatorin für Schule, Jugend und Berufsbildung nicht zu interessieren. Das ist bedauerlich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Dr. Monika Schaal SPD: Das gehört ja ins Wirtschaftsressort!)

Wir haben es mit einem fadenscheinigen Manöver zu tun. Unsere Fraktion hat am 5. Juni einen Antrag gestellt, in dem

C

D

(Wolfgang Drews CDU)

A wir vorschlagen, in Hamburg eine konkrete Anzahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Wir haben während unserer Recherchen mit Betrieben, mit Schulen und mit der Handelskammer gesprochen. Unser Antrag wurde mit einer fadenscheinigen und deswegen durchsichtigen beliebten Methode beantwortet. Sie reichen einen Berichtsantrag mit 15 Fragen ein, mit denen Sie versuchen, bis zum 31. März 2001 ein wichtiges Thema, über das wir heute entscheiden könnten, hinauszuschieben. Dieses Manöver ist von uns erkannt worden

(Antje Möller GAL: Echt?)

und wird auch von den Hamburgerinnen und Hamburgern, Frau Möller, und sogar von Ihrer eigenen Klientel erkannt werden. Deswegen werden wir die Anträge der SPD und der GAL, mit denen ich mich gleich noch auseinandersetzen werde, ablehnen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich registriere allerdings sehr enttäuscht, daß bei acht der 15 Fragen, die Sie beantwortet haben wollen, die Antworten bereits vorliegen. Ihre Recherchen sind sehr schlecht gewesen. Die Antworten in fast ausschließlich 100 Prozent der Fragen 1, 2, 3, 5, 8,

(Dr. Martin Schmidt GAL: 22!)

14 und 15 liegen bereits vor. Ihre Recherchen sind wirklich schlecht; einen anderen parlamentarischen Ausdruck will ich nicht gebrauchen. Man muß sich nur etwas mit der Materie befassen, es sei denn, man steht unter Zeitdruck und will schnell einen Berichtsantrag, wie dieses Manöver, nachschieben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

B In Frage 8 des SPD-Antrags wird tatsächlich nach Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen gefragt, als ob Sie die Drucksache 16/4045 überhaupt nicht gelesen hätten.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ich habe sie nicht gelesen. Ich gebe das zu!)

Sie sollten die Referenten Ihrer Fraktion zu diesem Thema befragen.

Zu den entsprechenden Fakten: Mit dem Berichtsantrag der Sozialdemokraten beziehungsweise des rotgrünen Regierungsbündnisses wird verschleiert, daß die GAL mit ihrem Vier-Fragen-Antrag, von dem auch schon zwei Antworten vorliegen, der tatsächlichen Situation nicht gerecht wird. Er ist gestern per Fax auf den Tisch geflattert, quasi als fünftes Rad am Wagen nach dem Motto: Uns gibt es auch noch, wir wollen auch noch etwas fragen. Fakt ist, daß die Hansestadt Hamburg ihrer Vorbildfunktion in den Ämtern und Behörden im Ausbildungsbereich in keiner Weise gerecht wird. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat im IT-Bereich in den letzten Jahren keine Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, und in den öffentlichen Unternehmen gab es in diesem Bereich lediglich acht Ausbildungsplätze. Die Problematik ist eine andere. Nach Umfrage der Handelskammer zur Jahreswende hat Hamburg 4000 kleine und mittlere Betriebe in der IT-Branche, von denen 96 Prozent nicht ausbilden. Dies ist wieder eine Antwort, die Sie hätten recherchieren können. Wenn Sie sich damit auseinandergesetzt hätten, wäre die Antwort ganz einfach, denn sie hängt nicht ursprünglich mit der IT-Branche zusammen, sondern sie ist ein grundsätzliches Phänomen der kleinen und mittelständischen Unternehmen in unserer Stadt.

(Bernd Reinert CDU: Ja!)

C Diese Unternehmen führen nur einen Teil der entsprechenden betrieblichen Tätigkeiten aus, der nicht ausreicht, um die vier Ausbildungsberufe – auch danach haben Sie gefragt – abzudecken. Diese Zahl steht bereits in meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage Drucksache 16/4045. Diese Betriebe sind zu klein, um entsprechende Tätigkeiten, die in den kaufmännischen Berufen erforderlich sind, abzudecken. Das heißt, sie haben zum Beispiel Finanz- und Liquiditätsplanung, Cash-Management und alles, was häufig damit zusammenhängt, in Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungskanzleien ausgegliedert. Dieses hängt nicht ursprünglich mit der IT-Branche zusammen, sondern kennzeichnet generell kleinere und mittelständische Unternehmen. Es ist aber ursprünglich auch in der IT-Branche ganz besonders vorhanden, da wir dort sehr viele kleinere und mittelständische Unternehmen haben.

Morgen liegt ein Antrag zur Abstimmung vor, in dem wir fordern, die geringe Summe in Höhe von 220 000 DM zur Verfügung zu stellen, die dafür eingesetzt werden soll, daß die Handelskammer Mittler zwischen anfragenden Unternehmen und nachfragenden Jugendlichen sein wird. Wir haben uns vergewissert, daß erstens die Deckungsfähigkeit dieser Summe gegeben ist und zweitens die Handelskammer bereit ist, die beschriebene Funktion wahrzunehmen. Sie würde quasi eine Art Vermittlerfunktion übernehmen, damit bis zu 250 verschiedene Ausbildungsplätze geschaffen werden können.

Bedauerlich ist, daß der Berichtsantrag der SPD – der der GAL sowieso – bestimmte Fragen überhaupt nicht aufwirft. Es wird zum Beispiel überhaupt nicht danach gefragt, wie der Senat diese ungenügende Ausbildungssituation von null Ausbildungsplätzen in Ämtern und Behörden – man kann das nicht häufig genug sagen – und von acht in öffentlichen Unternehmen zu steigern gedenkt.

(Handy-Klingeln ist hörbar. – Glocke)

D **Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß der Gebrauch von Handys hier nicht erlaubt ist.

Fahren Sie bitte fort, Herr Drews.

Wolfgang Drews (fortfahrend): Es wird zum Beispiel vergessen nachzufragen, wie die vom Arbeitsamt geförderten Qualifizierungsmaßnahmen aussehen. Es ist überhaupt nicht danach gefragt worden, wie es in Hamburg gelingen kann, insbesondere ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Branche auf den Ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Haben Sie es vergessen, oder interessiert es Sie nicht, wenn Sie schon einen Berichtsantrag fordern?

In beiden Anträgen sind konkrete Lösungsansätze nicht erkennbar. Das ist bedauerlich. Frau Brockmüller, Sie haben gerade gesagt, die Wirtschaft ist gefordert. Klar, Sie wälzen ab, aber Sie regieren in Hamburg. Fakt ist, daß Sie weder agieren noch reagieren. Sie versuchen, die Problematik mit einem Berichtsantrag um ein Dreivierteljahr zu verschieben nach dem Motto: Im nächsten Jahr ist Wahlkampf, danach fragt ohnehin keiner mehr danach. Genau dieses werden wir nicht tun, sondern wir werden Sie immer wieder an diese Problematik erinnern.

(Beifall bei der CDU – Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Das ist die Aufgabe der Opposition!)

Wir hoffen, daß es diesem Berichtsantrag nicht genauso geht wie dem Berichtsantrag vom 23. Juni 1999, auf dem auch Herr Dr. Christier an erster Stelle stand. Da wurde von

(Wolfgang Drews CDU)

- A der SPD zu einer ähnlichen Thematik ebenfalls ein Berichts-antrag gestellt.

(Andrea Franken GAL: Welche Drucksachenummer?)

Sie wünschten in der Drucksache 16/2672 Auskunft zur Ausbildung in den neuen Medien. In diesem Antrag wurde ebenfalls allgemein und nach Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten in der Lehrerfortbildung gefragt. Bis heute liegt hierzu vom Senat kein Bericht vor, obwohl zum 31. März 1999 die Frist abgelaufen war. Das ist sehr bedauerlich. Vielleicht kann der Senat – Herr Dr. Mirow beziehungsweise Frau Senatorin Sager – gleich Auskunft dazu geben. Im Ausbildungsbericht 1999 – für die Statistiker und die Oh- und Ah-Rufer: Drucksache 16/3842 vom 15. Februar 2000 – wurde vom Senat angekündigt, diesen Bericht nunmehr zeitnah nachzuliefern. Nach Ankündigung des Senats ist selbst diese zweite Fristsetzung bereits vier Monate verstrichen. So verfährt also der Senat mit Berichts-anträgen der Mehrheitsfraktion, Herr Dr. Christier, und von Ihnen, Frau Hajduk. Wir werden diesen Berichts-antrag heute ablehnen,

(Anja Hajduk GAL: Das ist unheimlich konsequent!)

damit es in dieser Thematik so nicht weitergeht. Wir müssen für die Jugendlichen in unserer Stadt handeln. Deswegen bitten wir Sie, diesen Berichts-antrag, der nur eine Verschiebungsphase ist, zurückzunehmen, und hoffen, daß Sie unserem Antrag für konkretes Handeln zustimmen werden. Über diesen Bereich müssen wir weniger berichten, weniger diskutieren, sondern endlich handeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Dr. Holger Christier SPD: Erst einmal müssen die Auswirkungen der Green Card erkennbar sein!)

B

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach diesem erschlagenden Bericht von Herrn Drews komme ich noch einmal auf die Fakten zurück und mache eine Anmerkung zum Fachkräftemangel. Es macht keinen Sinn, wenn wir uns – der Politik und der Wirtschaft – gegenseitig die Schuld zuschieben. In der Presse wurde lange genug geschildert, wer für welche Versäumnisse zuständig ist. Wir haben diesen Fachkräftemangel, und weder marktformige noch staatliche Steuerungspotentiale haben diesen Mangel in den Griff bekommen. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie dieser Mangel durch die Green Card, die wichtig und richtig ist, sowie durch gezielte und entsprechende Weiterbildungsangebote behoben werden kann, denn bei dieser rasanten Entwicklung müssen wir sowieso schnelle Lösungen finden. Es ist nicht damit getan, Herr Drews, wenn ein Berichts-antrag kommt, der sowieso obsolet ist. Öffentliche Unternehmen und den öffentlichen Dienst als Avantgarde zu nehmen, um Ausbildung im IT-Bereich zu schaffen, ist völlig unangebracht.

Ich möchte in diesem Beitrag gerade die Wirtschaft hervorheben. Dort ist primär das Engagement ohne Wenn und Aber sowie eine gezielte Weiterbildungspolitik gefordert. Die wiederum muß politische, wirtschaftliche und individuelle Interessen in Einklang bringen. Es wurden in der BWF bereits erste wichtige Schritte getan. Die Senatorin hat mit dem Runden Tisch Informatikausbildung gemeinsam mit der Wirtschaft eine Allianz zwischen allen Hamburger

Hochschulen und der Medienwirtschaft gegründet. Es war hochinteressant, die Wirtschaft davon zu überzeugen, daß nicht die Hochschulen, sondern die Wirtschaft nicht auf der Höhe der Zeit ist. Die Wirtschaftsvertreter waren stark beeindruckt, welche Weiterbildungsangebote und Zusatzqualifikationen zur Zeit an den Hochschulen möglich sind. Es ist zu begrüßen, jetzt, wie auch der Presse zu entnehmen ist, eine Verzahnung zwischen beiden Bereichen zu vereinbaren. In die Richtung muß es gehen.

(Beifall bei Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

Unser Zusatzantrag bezieht sich deshalb einerseits in den Punkten 1 und 2 auf das Engagement der Wirtschaft. Da sind nicht nur Signale, sondern Taten und Konzepte gefordert. Der zweite Bereich ist natürlich die Ausbildung, die hier schon ausführlich diskutiert wurde. Ich gehe davon aus, Herr Drews, daß die in Ihrem Antrag genannte Zahl von 60 000 Beschäftigten im IT-Bereich richtig ist. Der ungedeckte Fachkräftebedarf beträgt 6000 Stellen; diese Zahl ist eben auch von Frau Brockmüller genannt worden. Wenn man die Hochschule ausnimmt, die einen wichtigen Bereich abdeckt und im Prozeß ist – darauf komme ich später noch zurück –, haben wir nur 600 Jugendliche in IT-Berufen in Ausbildung. Das haben wir hier auch schon beim Ausbildungsbericht ausführlich debattiert. Es ist natürlich nicht damit getan, daß Sie aus dem Handwerk umschichten wollen. Die kleinen IT-Betriebe können genauso am Förderungsprogramm für Betriebe, die das erste Mal ausbilden, teilnehmen. Dann haben Sie zu Recht gesagt, daß kleine Betriebe oft nicht alles in der Ausbildung abdecken. In solchen Fällen kann man Ausbildungsverbünde bilden. Es gibt hierzu ein wunderbares Programm des Senats, das übrigens noch nicht ausgeschöpft ist.

Aus den in der neuen Broschüre der BSJB für Hamburger berufliche Schulen genannten Zahlen wird deutlich, daß Frage 3 in unserem Zusatzantrag ein zentraler Punkt ist. Wenn man sich die Reihenfolge der männlichen und weiblichen Ausbildungsberufe ansieht, die am meisten gewählt werden, finden Sie dabei keinen IT-Beruf.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Goetsch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Drews? – (Zustimmung)

Zwischenfrage von Wolfgang Drews CDU: Frau Goetsch, Sie hatten die Verbünde als Möglichkeiten erwähnt. In Drucksache 16/4045 hat der Senat erwähnt, daß nur zwölf Jugendliche in der IT-Branche tätig sind. Stimmen Sie mir zu, daß diese Zahl verschwindend gering ist verglichen mit der Möglichkeit, für 220 000 DM 250 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, wie es unsere Fraktion gefordert hat?

Christa Goetsch (fortfahrend): Ich stimme Ihnen nicht zu, weil jeder weitere Betrieb als diese zwölf sich in die Ausbildungsverbünde einreihen könnte.

Es besteht die Notwendigkeit, daß in der Nachwuchsförderung im Ausbildungsbereich viel mehr Werbung getan werden muß. Der Lieblingsberuf ist immer noch Bankkaufmann, bei den Männern Kraftfahrzeugmechaniker und bei den Frauen Bürokauffrau. Unter den ersten 15 Berufen findet sich kein einziger IT-Beruf, auch nicht Datenverarbeitungskaufmann. Da gibt es noch reichlich zu tun.

Punkt 4 des Antrags, die berufliche Weiterbildung – Frau Brockmüller hat schon einen Teil der Zahlen genannt –, ist

C

D

(Christa Goetsch GAL)

A für mich ein zentrales Anliegen. Wir brauchen in der IT-Branche ein klares, flexibles Angebot. Die beruflichen Schulen wären Kapazitäten, die genutzt werden können. Es gibt bereits einige berufliche Schulen, die sich seit langem darauf spezialisiert haben. Sie können flexibel und schnell Weiterbildungsmaßnahmen und Zusatzqualifikationen anbieten und entsprechend schnell mit Weiterbildungsmodulen reagieren. Unter anderem ist hier auch die Abendwirtschaftsschule zu nennen, die diese Zusatzqualifikationen Semester für Semester nach dem Bedarf am Markt anbietet. Diese Maßnahmen müssen unterstützt werden. Es ist wichtig, Herr Drews, daß wir eine Bestandsaufnahme bekommen, wie die berufliche Weiterbildung in Hamburg konzeptionell geplant ist. Deshalb sind unsere Fragen sinnvoll und nicht Ihr Antrag. Das betrifft genauso die Hochschule und die Verzahnung von Aus- und Weiterbildung in zukunftsorientierten Studiengängen und Zusatzqualifikationen. Im Zusammenhang mit den Medien an den Schulen, die ich heute nicht aufführe, hat unsere neue Schulsenatorin Frau Pape gesagt, wir wollen nicht kleckern, sondern klotzen. Das hat die Hochschule gemacht. Sie hat von Anfang an zügig reagiert, keine Kapazitäten – wie zum Beispiel in Niedersachsen – abgebaut, sondern über 100 Studien- und Weiterbildungsgänge im neuen Medienbereich eingerichtet. Auch in der Frauenuniversität sind die neuen Medien mit Nachwuchsstellen im Hochschulsonderprogramm eingeplant. Da ist Bewegung, aber wir werden im nächsten Jahr im Gesamtbericht sehen, was aufgrund dieser rasanten Entwicklung in beiden Bereichen – berufliche Weiter- und Ausbildung und im Hochschulbereich – läuft. Ich bin darauf gespannt und hoffe, daß Wirtschaft und Politik den aktuellen Entwicklungen in der IT-Branche folgen können. Darum sind unsere Anträge sinnvoll. – Danke.

B (Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu dem Problem Green Card möchte ich als erstes feststellen, daß doch eines in dieser Bürgerschaft gemeinsam festgestellt werden sollte, nämlich daß der Bereich IT-Entwicklung und die Zusammensetzung des Arbeitsmarktes ein internationaler Arbeitsmarkt ist. Wenn wir uns Silicon Valley anschauen, wie dort zusammengearbeitet wird, dann ist es selbstverständlich, daß da ein paar Amerikaner, Inder und Deutsche zusammen sind. Das müßte man doch akzeptieren können, daß es nicht nur ein großes Defizit ist, sondern daß das auch eine neue Internationalisierung dieser Welt bedeutet, daß das ein internationaler Arbeitsmarkt ist und daß diese merkwürdigen Mauern, die um Europa herum aufgebaut werden, so daß andere Menschen hier nicht reinkommen können, auch in diesem Bereich einfach unsinnig sind.

Natürlich ist festzustellen, daß in diesen Bereichen große Defizite existieren. Das merken wir aufgrund der Arbeitskräfte, die gesucht werden. Das Entscheidende dabei ist, daß dort die Mechanismen der Wirtschaft, normalerweise ihren eigenen Bedarf auszubilden, was eine der Grundüberlegungen der dualen Wirtschaft und Ausbildung gewesen ist, nicht mehr funktioniert haben und insgesamt in die Krise gekommen sind. Die neu entstandenen Unternehmen gehören gar nicht mehr dazu und haben überhaupt keine Überlegungen angestellt, wie sie eigentlich

C ihre Ausbildung organisieren. Sie gehören nicht mehr zur Handelskammer, Handwerkskammer und solchen Strukturen. Sie diskutieren gar nicht mehr die Ausbildung, sondern schieben das Ganze in einen Bereich – was in ihrem Interesse durchaus verständlich ist – und sagen, Staat, löse das mal, und das ist ein riesiges Problem. Die Ausbildung, die normalerweise in dieser Gesellschaft gut organisiert worden ist, bricht an diesem Punkt zusammen. Das sind die normalen Selbstkräfte innerhalb der Wirtschaft, die nicht mehr funktionieren, um Ausbildung zu organisieren. Wir haben das schon im Ausbildungsbericht im allgemeinen debattiert. Das wird ein riesiges Problem sein, weil das wieder durch den Staat finanziert werden soll, während auf der anderen Seite der Finanzminister auf Bundesebene gerade das Geld an die Unternehmen rausschmeißt, ohne dabei zu überlegen, daß zusätzliche Aufgaben vorhanden sind und auch finanziert werden müssen.

Natürlich sind hier auch deutliche Versäumnisse der Wirtschaft festzustellen. Die Handelskammer hat nicht richtig reagiert, die Handwerkskammer hat die Probleme nicht richtig benannt und nicht entsprechend organisiert.

Des weiteren ist festzustellen, und das ist auch deutlich geworden – da hat Herr Drews durchaus recht –, daß der Senat die Situation in gewisser Weise verpennt hat und immer noch verpennt. Natürlich muß auch der öffentliche Dienst in dem Bereich ausbilden. Wenn hier keiner im Bereich IT ausgebildet wird, dann geht es nicht darum, Frau Goetsch, daß jetzt der öffentliche Dienst die Avantgarde sein sollte, aber man sollte dort seinen eigenen Bedarf organisieren und selber ausbilden. Das heißt, daß man es auch in diesem Bereich völlig verschlafen hat und nicht in der Lage ist, seinen eigenen Bedarf zu organisieren und auszubilden, sondern sagt, die Leute, die das organisieren, werden schon irgendwo herkommen. Da hat der öffentliche Dienst in Hamburg geschlafen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Wolfgang Drews CDU)

Die zweite Sache ist, daß der öffentliche Dienst das auch im Zusammenhang mit den Ausbildungsverbänden verschlafen hat. Wir diskutieren das mittlerweile seit zwei Jahren. Wir sagen, daß die Wirtschaftsbehörde diesbezüglich bestimmte Aufgaben vornehmen soll. Wir sagen, daß es das Instrument ist, mit dem man dort arbeiten kann. Wir sagen, daß man dazu Geld in die Hand nehmen kann, und wir stellen fest, daß Sie das nicht organisiert bekommen, daß der Senat zwar schöne Programme auflegt, aber das nicht organisiert bekommt. Dabei ist das die richtige Antwort auf die Ausbildungskrise gerade der kleinen Unternehmen. Dementsprechend ist auch das Pennen des Senats dort festzustellen und zu konstatieren.

Herr Drews, leider ist Ihr Antrag, den Sie gestellt haben, so wenig konkret und so wenig diskutierbar, daß wir uns enthalten werden, weil wir nicht genau wissen, ob nun die Auslagerung der Handelskammer mit einer eigenständigen Firma und die gegriffenen 200 000 DM der richtige Schritt ist. Das müßte das Parlament genauer diskutieren. Deswegen werden wir uns bei diesem Punkt enthalten. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Brockmüller.

A **Brigitte Brockmüller** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Drews, ich habe Ihrem Beitrag wirklich mit gewissem Amusement gelauscht.

(Barbara Duden SPD: So ist er eben!)

Ich habe mir auch Ihre Presseerklärung zu diesem Thema angesehen. Vor dem Hintergrund fand ich das ziemlich dreist, was Sie hier geboten haben. Ich hatte in meinem Beitrag darauf hingewiesen, daß es allein im Bereich der Informatiker in Hamburg einen zusätzlichen Bedarf von 6000 Fachkräften gibt. Bundesweit hatte ich auch Zahlen genannt. Das will ich mal alles weglassen. Dann gucke ich mir einmal Ihre Vorschläge an, die Sie gemacht haben. Da schlagen Sie vor, mit zusätzlicher Unterstützung des Hamburger Senats 250 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Außerdem schlagen Sie vor, den öffentlichen Dienst auch noch stärker in die Ausbildung mit einzubeziehen. Ich denke, der öffentliche Dienst hat gerade in dem Bereich Vorbildcharakter.

(Wolfgang Drews CDU: Sie haben doch keine Ahnung!)

Ich hoffe, Sie verstehen das richtig. Dann schlagen Sie die Entwicklung branchenspezifischer Zusatzqualifikationen vor. Das ist also Ihre Antwort auf dieses Thema. Wenn das die Medienpolitik der CDU ist, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht für den Medienstandort Hamburg.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den GAL-Antrag 16/4404 abstimmen.

B Wer möchte den beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist derselbe mehrheitlich angenommen.

Wer möchte den SPD-Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf: Drucksache 16/4257: Senatsmitteilung zum Thema Radverkehr in der Straßenverkehrs-Ordnung.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der
Bürgerschaft vom 1. Juli 1998 (Drucksache 16/1103)
– Umsetzung der neuen Bestimmungen über
Radverkehr in der Straßenverkehrs-Ordnung –
– Drucksache 16/4257 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD an den Bau- und Verkehrsausschuß überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Dr. Schmidt hat es.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich könnte die Beratung über diese Drucksache wie folgt beginnen: Die Bürgerschaft hat am 1. Juli 1998 einen Beschluß gefaßt und den Senat um einen Bericht zum 31. Oktober 1998 gebeten. Wahrscheinlich kann man jetzt wieder darüber reden, wie die einschlägigen Adjektive lauten, die da verwendet worden sind, aber in diesem Fall will ich einmal etwas ganz anderes sagen: Es ist außerordentlich gut, daß der Senat diesen Bericht nicht schon im Oktober 1998 abgeliefert hat, denn sonst wäre er bestimmt viel schlechter gewesen, als er jetzt ist, weil erkennbar ist – auch, wenn man ein bißchen weiß, was da gelaufen ist –

daß in der Zwischenzeit immer mehr positive Entscheidungen bei den Behörden gefallen sind, so daß man eigentlich sagen könnte, wahrscheinlich – aber da bin ich noch etwas vorsichtig – ist jetzt alles gut. Aber weil ich das nicht genau weiß und es den Ausführungen der Drucksache auch nicht genau entnehmen kann, bin ich dafür, daß wir uns das im Ausschuß noch einmal genau darstellen lassen und uns Beispiele für die verschiedenen Typen von Radwegen und Fahrradverkehrsbeziehungen nennen lassen, damit man das als Abgeordneter selbst überprüfen kann, ob das gut oder schlecht ist. Ich habe den groben Verdacht, daß ich nach wie vor bei der Frage, wie viele Radwege als kombinierte Geh- und Radwege ausgeschildert werden sollten, anderer Meinung bin als der Senat. Die Zahlen, die dort angegeben sind, halte ich für sehr hoch. Da muß mich der Senator erst noch überzeugen, daß das stimmen sollte. Sonst müßten wir ihm leider einen neuen Beschluß aufs Auge drücken, aber das werden wir sehen.

Ansonsten muß man sagen, daß das Fahrradfahren in Hamburg zunimmt. Heute hat das „Hamburger Abendblatt“ darüber berichtet, und zwar, abgesehen von Entwicklungen, die politisch nicht steuerbar sind, gehe ich davon aus, daß es zwei Gründe dafür gibt. Einmal die Neuordnung des Fahrradverkehrs durch die neue Beschilderung und die tatsächliche Erleichterung des Fahrradfahrens durch viele neue Schilder. Das zweite ist, daß immer deutlicher wird, daß mittlerweile auch die baulichen Maßnahmen zum Fahrradverkehr, die von der Baubehörde und den Bezirksämtern gemacht werden, nicht mehr wie früher irgendwo beliebige Radwege bauen, sondern erkennbar darauf zielen, Engpässe des Fahrradverkehrs zu beseitigen und damit das Fahrradfahren insgesamt zu erleichtern. Das ist gut, und ich gehe davon aus, daß wir im Herbst diese Drucksache im Ausschuß ordentlich beraten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Polle.

Rolf Polle SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Schmidt hatte schon erwähnt, daß das „Hamburger Abendblatt“ heute auf der ersten Seite des Hamburg-Teils einen großen Artikel gebracht hat: „Hamburg steigt aufs Rad“. Dies kann man in der Tat bemerken. Es ist nicht nur so, wie der ADFC in diesem Artikel behauptete, daß das an den erhöhten Benzinpreisen liegt

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Wäre auch nicht schlecht!)

oder auch an der Parkplatznot in der Innenstadt – dieses Argument kenne ich eigentlich nur von der CDU –, sondern es ist – wie Herr Dr. Schmidt es erwähnte – die erfolgreiche Verkehrspolitik unseres Bausenators Eugen Wagner in Zusammenarbeit mit der rotgrünen Koalition.

(Beifall bei der SPD und der GAL und Heiterkeit im ganzen Hause – Ole von Beust CDU: Da lacht sogar Herr Wrocklage!)

Dieses wird auch im ADFC-Magazin „Radwelt“ vom Februar dieses Jahres bestätigt. Ich möchte kurz daraus zitieren:

„Von 907 Tempo-30-Einbahnstraßen wurden 447 für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet. Das entspricht einer Streckenlänge von rund 95 Kilometern und ist bundesweit ziemlich vorbildlich.“

C

D

(Rolf Polle SPD)

A Und das vom ADFC. Dieses Lob freut uns.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Seit dieser sogenannten Fahrradnovelle vom September 1997 sind bundesweit viele Regelungen geschaffen worden, die in Hamburg schon lange üblich waren. Dank unserer Fahrradpolitik gab es die PLAST 9, die Planungshinweise für Stadtstraßen, die sich auf den Fahrradverkehr beziehen, schon seit 1995. Dieses hat die Bundesregierung nachvollzogen, nachdem die CDU das lange blockiert hatte.

Inzwischen sind zum Beispiel in Hamburg relativ viele Fahrradwege von der Fahrbahn abgetrennt worden. Das ist jetzt nach der Straßenverkehrs-Ordnung auch erlaubt. Dann gibt es jetzt die Möglichkeit – und das ist das Neue –, Einbahnstraßen in Gegenrichtung für den Radverkehr freizugeben. Dieses hat die SPD-Fraktion per Beschluß in der Bürgerschaft schon 1991 gefordert. Jetzt ist es erlaubt worden. In den letzten zwei Jahren – Herr Dr. Schmidt wies darauf hin – haben wir es erreicht, daß es in der Polizei, bei den Verantwortlichen, einen erheblichen Umdenkungsprozeß gab, daß dort die Aufgeschlossenheit für den Fahrradverkehr sichtlich gewachsen ist. Das freut uns sehr und hat das Radfahren in Hamburg viel attraktiver gemacht. Dafür danke ich der Innenbehörde ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Bernd Reinert CDU: Auf den Knien wahrscheinlich!)

– Nein, in den Pedalen danke ich ihr dafür.

Wie attraktiv das Fahrradfahren geworden ist, können Sie hier vor der Tür sehen. Falls Sie heute auch mit dem Fahrrad gekommen sind, haben Sie vielleicht – genau wie ich – Probleme gehabt, einen Fahrradständer zu finden. Alle hier in der Gegend sind überfüllt. Davon können Sie sich draußen überzeugen.

B

(Bernd Reinert CDU: Das ist mit den Autostellplätzen auch nicht besser!)

– Das stimmt. Das gebe ich zu.

(Bernd Reinert CDU: Danke!)

Nur, das Fahrradfahren ist von daher preiswerter, weil die Stellplätze für Radfahrer erheblich billiger sind. Deswegen sollten wir auch hier in Rathausnähe weitere Anschlussmöglichkeiten für Fahrräder schaffen, damit auch die Abgeordneten die Möglichkeit haben, bequemer anschließen zu können als heute zum Beispiel.

Im ADFC-Magazin vom Februar heißt es weiter:

„Es hat 1999 viele konstruktive Kontakte mit den Behörden gegeben. Der Apparat bewegt sich langsam.“

Dieses alles ist sehr erfreulich, und die Baubehörde hat dieses schon lange erkannt. Es ist eine Fahrradbeauftragte berufen worden, die das Fahrradklima in der Stadt entscheidend geprägt hat. Es ist ein Netz von Velorouten geplant worden. Eine Veloroute ist fertig. Ich kann Ihnen nachdrücklich empfehlen, die auch einmal zu befahren, von Lokstedt zur Universität. Der Senat hat jüngst – das haben wir heute gerade erfahren – rund 17,5 Millionen DM aus dem Stellplatzablösetopf beschlossen, um weitere Velorouten zu bauen. Dieses begrüßt die SPD-Fraktion nachdrücklich.

(Beifall bei Michael Dose und Dr. Monika Schaal, beide SPD, und bei Andrea Franken GAL)

Die Untersuchungen der vielen Einbahnstraßen auf ihre Tauglichkeit für den Radverkehr in Gegenrichtung hat der

Innenbehörde sehr viel Zeit gekostet und sehr viel Arbeit gemacht. Wir freuen uns, daß das derartig intensiv und detailliert durchgeführt wurde. Insbesondere danken wir dem Polizeirevier Mörkenstraße, das in einem zweiten Durchlauf mit SPD- und GAL-Politikern und ADFC-Mitgliedern die Straßen noch einmal beguckt hat, so daß weitere Straßen für den Fahrradverkehr geöffnet werden konnten. Das Revier Mörkenstraße ist dadurch jetzt ein Modell für ganz Hamburg geworden, und andere Revierwachenleiter sind nachdrücklich gebeten, angeregt, sich das dort anzusehen. Was dort klappt, muß wohl auch anderswo klappen. Insofern hoffe ich, daß das vorbildliche Auswirkungen hat.

C

Meine Damen und Herren! Die rotgrüne Koalition hat den Fahrradverkehr im Koalitionsabkommen zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Verkehrspolitik erklärt. Die vorliegende Senatsdrucksache macht deutlich, daß ein wichtiger Teil des Koalitionsabkommens verwirklicht wurde. Die rotgrüne Koalition dankt dem Senat dafür.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ganz hin und weg nach dieser Dankadresse. Daß in Hamburg ohne den Bausenator Eugen Wagner Radfahren nicht möglich wäre und alles sogar noch besser geworden ist, ist schon toll.

(Beifall bei der SPD – Barbara Duden SPD: Ja, finde ich auch!)

Beim Thema Radfahren stellt sich auch immer die Frage, Rücktritt oder kein Rücktritt, bezogen auf die Bremse.

D

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, wer in dieser Stadt die absolut beste Rücktrittsbremse hat? – Eugen Wagner. Das mußte mal in aller Klarheit gesagt werden.

(Beifall bei der CDU – Barbara Duden SPD: Karneval ist später!)

Wenn hier gesagt wird, daß das Radfahren durch viele Maßnahmen erleichtert worden ist, meine Damen und Herren, und Sie sich die Verkehrsführung so manch eines neuzeitlichen Radweges, entstanden unter Eugen Wagner, ansehen und versuchen, ihr zu folgen, dann ist die Verwirrung so groß, daß Sie am schnellsten vorwärts kommen, wenn Sie Ihr Fahrrad an die Hand nehmen und damit auf dem Fußweg schieben.

(Beifall bei der CDU – Petra Brinkmann SPD: Sie vielleicht! – Michael Dose SPD: Stützräder!)

Sehr wertvoll fand ich den Hinweis von Herrn Polle, daß der ADFC in Kooperation mit den Behörden die Straßen abgegangen ist und Verbesserungsvorschläge machen konnte. Ich würde mich wirklich freuen, wenn mit einem weiteren Verband auch einmal eine Begehung der Straßen stattfinden würde, und ich schlage dafür erst einmal den ADAC vor. Der kann dem Senator da auch viele Stellen zeigen, wo etwas zu tun wäre.

(Beifall bei der CDU – Petra Brinkmann SPD: Total am Thema vorbei!)

Es ist zweifellos richtig, daß die Zahl der Radfahrer in Hamburg zugenommen hat. Jetzt meine ich nicht die politischen, sondern die ganz schlichten und einfachen. Wir müssen

(Bernd Reinert CDU)

- A aber auch feststellen, denn wir haben vor wenigen Wochen den neuesten Unfallbericht der Innenbehörde auf den Tisch bekommen, daß sich die Zahl der Unfälle mit Fahrradeteiligung um 14,5 Prozent erhöht hat. Ich hatte mir eigentlich von dieser Drucksache erwartet, daß wir auch einmal etwas konkretere Informationen zu den Unfallursachen bekommen, ob hier möglicherweise Korrelationen bestehen, also Zusammenhänge zwischen dieser Neuregelung für den Radverkehr und den gestiegenen Unfallzahlen.

Wenn wir noch einmal Herrn Polles Stichwort Velorouten aufgreifen, meine Damen und Herren, dann sollten wir uns auch die Frage stellen, ob es wirklich Sinn macht, eine Veloroute, wie es im Text des Senats heißt, für den Alltagsradverkehr von der City über Barmbek und Poppenbüttel nach Duvenstedt zu bauen. Ich glaube, es wäre angesichts der knappen Gelder, die wir zur Verfügung haben, sehr viel wichtiger,

(Jürgen Schmidt SPD: ... eine Autobahn zu bauen!)

die kurzen Wegeverbindungen innerhalb der Stadtteile auszubauen und in einen vernünftigen Zustand zu bringen, denn die meisten Wege, die per Fahrrad zurückgelegt werden, überschreiten nicht die Länge von drei Kilometern.

(Petra Brinkmann SPD: Wie können Sie das sagen, wenn ich aus Poppenbüttel mit dem Fahrrad komme?)

Wenn viele Leute kurze Strecken radfahren, dann soll man auch dafür sorgen, daß die kurzen Verbindungen als erste ausgebaut werden und nicht solche Renommierprojekte, die Herrn Dr. Schmidt und dem Koalitionsvertrag viel Freude bereiten, aber in der Praxis wenig sinnvoll sind.

(Beifall bei der CDU)

B

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Es hat jetzt schon sehr viel Lob gegeben. Ich wundere mich ein bißchen, warum man solche Selbstverständlichkeiten – es sollte jedenfalls selbstverständlich sein, den Radverkehr zu fördern – auch noch loben muß. Wir wissen jetzt, was der Senat alles getan hat, wie viele Kilometer er jetzt befreit oder nicht befreit hat.

Was wir nicht wissen, ist, was der Senat eigentlich denkt, in Zukunft zu tun. Wir haben jetzt zwar eine Zustandsbeschreibung; welche weiteren Maßnahmen er aber ergreifen will, finden wir nicht. Ich vermute, der Senat wird gleich sagen, daß das auch gar nicht gefragt war. Wir sind es sonst ja gewohnt, daß der Senat gerne Drucksachen nutzt, um darzustellen, was er sonst noch tut.

Ich will einen Punkt ansprechen, den auch Herr Reinert angesprochen hat. Herr Reinert, Sie wollten mit dem ADAC den Zustand der Straßen untersuchen. Ich glaube, Sie sollten lieber mit dem ADFC gehen, denn normalerweise würden Sie bei dem, was in dieser Drucksache steht, auf jede Barrikade gehen und den Senat oder beide Senatoren in Grund und Boden stampfen. 75 Prozent aller Hamburger Radwege sind verbesserungswürdig. Was Sie hier als Schlaglochdebatte führen, das gilt für die Radwege schon lange. Da muß man wirklich etwas tun und auch viel Geld hineinstecken. Ich würde gerne von Herrn Wagner und Herrn Wrocklage wissen, was sie zukünftig tun wollen, um dieses Verhältnis wesentlich besser zu gestalten.

Zu den Velorouten – das ist immerhin eine Zukunftsperspektive – hat der Senat leider nicht gesagt, daß die Zeitplanung die Velorouten unheimlich gestraft hat. Aber ich glaube, wir müssen noch ein bißchen Aufklärungsarbeit für Velorouten betreiben, weil Herr Reinert, glaube ich, die Velorouten so verstanden hat, daß in Duvenstedt ein Einfallstor ist, da fahren Sie rauf und Sie dürfen vor der Innenstadt diese Veloroute nicht mehr verlassen.

(Barbara Duden SPD: Das ist bei der Autobahn nicht anders! – Petra Brinkmann SPD: Das ist meine Veloroute!)

Herr Reinert, das ist falsch. Die Velorouten sind insofern wichtig, daß Sie schnelle, alltägliche, gebräuchliche Routen haben, um zum Beispiel von Duvenstedt bis Poppenbüttel zu kommen. Aber es ist wirklich sinnvoll und wertvoll, Velorouten zu machen. Wer oft fährt, kann das bestätigen. Wer oft mit dem Fahrrad ins Rathaus kommt, Herr Polle, und nicht nur heute, der weiß, daß diese zehn Abstellplätze im Rathaus-Innenhof ein Witz sind und auch die zehn Abstellplätze draußen vor dem Rathaus. Da ist das schöne Wetter heute gar kein guter Grund.

Aber wir wollen noch einmal gucken, was in der Drucksache fehlt. Zum Beispiel fehlt in der Drucksache sehr viel von der Kritik, die bisher geäußert wurde. Der ADFC hat zum Beispiel Widersprüche gegen verschiedene Straßenabschnitte eingelegt, bei denen weiterhin eine Radwegenutzungspflicht besteht, obwohl diese Radwege unter aller Würde sind: Heußweg, Fuhsbüttler Straße, Rübenkamp, Eppendorfer Landstraße. Was ist daraus geworden? Bis heute sind diese Widersprüche nicht entschieden. Um noch einmal die Danksagung fortzusetzen: Wenn jemandem wirklich Dank gebührt für die Förderung des Radverkehrs in Hamburg, dann ist es in allererster Linie der ADFC, weil der jahrzehntelang Lobbyarbeit betrieben hat und diesen Senator vor sich hertreiben hat müssen und aufs Rad setzen müssen, damit ein bißchen etwas passiert. Ich denke, dem ADFC danken wir als allererstes.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Barbara Duden SPD: O nein, er steht doch an der Spitze der Bewegung!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war richtig gespannt darauf, wie der grüne König der Radfahrer von Hamburg seine Rede eröffnen werde. Ich habe mir überlegt, daß er es wahrscheinlich so machen wird, daß er anfängt, Verfahrenskritik zu üben, weil unsere Antwort in der Tat relativ spät gekommen ist, aber ich habe mich auch in einem weiteren Punkt nicht geirrt. Ich habe mir nämlich gedacht, so wie ich Herrn Dr. Martin Schmidt kennengelernt habe, wird er letztlich dann doch zur Sache kommen. Ich finde es wirklich bemerkenswert, wenn Herr Dr. Schmidt hier feststellt, daß die Entscheidungen immer positiver werden.

Eines muß ich Ihnen auch noch einmal sagen, Herr Dr. Schmidt, ich habe genau gesehen, daß Sie, als Herr Polle die Innenbehörde gelobt hat, geklatscht haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Heiterkeit)

Ich finde, das ist ein bemerkenswerter Fortschritt, auf den wir gemeinsam stolz sein können.

(Glocke)

C

D

(Senator Hartmuth Wrocklage)

- A **Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – (Zustimmung). Nun hat das Wort die Abgeordnete Sudmann, nicht der Abgeordnete Dr. Schmidt.

Zwischenfrage von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Die Abgeordnete Sudmann möchte gerne wissen, ob das die Höhepunkte der rotgrünen Koalition sind: Gemeinsames Klatschen.

(Beifall bei der CDU – Ah- und Oh-Rufe bei der SPD und der GAL)

Senator Hartmuth Wrocklage (fortfahrend): Einer oder eine muß ja immer ankommen und die gemeinsamen Erfolge irgendwie vermiesen. Insofern fällt mir ein, was Herr Dr. Schmidt in Richtung CDU gesagt hat. Wissen Sie, Frau Sudmann, Sie müssen ja immer einen Schritt radikaler sein als die GAL. Sie müssen sich ja diesem Verein richtig an den Hals werfen und können nicht eine gewisse Distanz wahren, wobei ich Ihnen allerdings in einem Punkt recht gebe. Wenn Herr Reinert sagt, der ADFC müsse mit uns die Straßen begehen – und das sei geschehen, das hat er gelobt –, aber auch der ADAC müßte begehen, dann frage ich mich, seit wann eigentlich die Autofahrer zu Fuß gehen, um ihre Autostrecken zu begutachten. Das scheint mir doch ein bißchen widersprüchlich zu sein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Bernd Reinert CDU: Seit wann gehen Radfahrer?)

Aber auf der anderen Seite geht es auch um ernste Sachen. Ich glaube, Herr Schmidt, wir können allesamt mit meinem Kollegen, Herrn Wagner, feststellen, daß wir doch weitergekommen sind. Im Hinblick auf die Freigabe der geprüften Einbahnstraßen können wir feststellen, daß wir 50 Prozent freigegeben haben, und das, obwohl diese Entscheidungen nicht einfach sind, weil wir die Interessen aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigen müssen. Bei dem Thema Aufhebung bestehender Radwegebenutzungspflichten haben wir immerhin 90 Kilometer freigegeben. Das ist ein Viertel. Wenn Frau Sudmann hier kritisiert, daß nicht alle Fahrradwege in idealem Zustand sind, dann muß ich sagen, wir haben immerhin 1840 Kilometer Radwege. Das ist eine enorme Leistung unserer Baudienststellen, wofür natürlich in diesem Fall in der Tat mein Kollege Wagner die Verantwortung trägt. Insofern darf ich dieses Lob auch kollegial weitergeben.

Nun muß ich allerdings auch sagen, daß es so etwas wie eine normative Kraft der Radler gibt, denn ganz unabhängig von den feinsinnigen Erwägungen der Radwegeverordnung nutzen sie in der Tat immer oder zu einem großen Teil die bestehenden Radwege selbst dort, wo sie sie nicht nutzen müssen. Auch das muß man natürlich konstatieren. Insofern sieht man hier, wie wichtig die Sicherheit im Straßenverkehr auch für die Radfahrer ist. Aber ich sehe es ähnlich wie Herr Polle. Der heutige Artikel im „Hamburger Abendblatt“, „Hamburg steigt aufs Rad“, ist in der Tat eine bemerkenswerte Überschrift. Ich denke, daß wir wesentliche Fortschritte in diesem wichtigen rotgrünen Politikbereich gemacht haben. Wir werden das im einzelnen in den Ausschüssen auch noch feststellen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen vermag ich nicht zu erkennen. Dann lasse ich über den Überweisungsantrag abstimmen.

Wer möchte demselben seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 53 auf: Drucksache 16/4317: Antrag der CDU zum Ausbau des Ringes 3.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Ausbau des Ringes 3 – Drucksache 16/4317 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Dr. Schulz hat das Wort.

(Zuruf von der SPD: Aber kurz, bitte!)

Dr. Stefan Schulz CDU: Der Bitte nach kurzer Rede wird gefolgt werden. Meine Damen und Herren! Zur späten Stunde ein Appell an den Senat: Beseitigen Sie den Engpaß des Ringes 3 durch den Ausbau der Straße Krohnstieg. Die einzelnen Begründungen haben Sie sicher dem Antrag entnommen, so daß ich jetzt nur kurz darauf hinweisen darf, daß der Ring 3 anerkanntermaßen der Bündelung des Durchgangsverkehrs dient und als solcher auch vom Senat im Norden Hamburgs sehr gut ausgebaut worden ist.

Das Problem, das sich jetzt noch durch den Ausbau des Swebenweges verschärft hat, ist, daß es einen Engpaß auf dieser ganzen Strecke gibt, nämlich dort, wo der vierspurige Verkehr auf zwei Spuren zurückgeführt wird. Dementsprechend ist die Situation durch Staus und „stop and go“ gekennzeichnet. Vernünftigerweise ist dieser Engpaß zu beseitigen. Seit Jahren oder Jahrzehnten ist dies auch planerisch vorgesehen. Bedauerlicherweise ist bisher noch nichts passiert.

Hoffnung ist möglicherweise daraus zu schöpfen, daß der Senat jetzt in seinem Verkehrsbericht immerhin diese Problematik erkannt hat. Er spricht dort aber von planen, überprüfen, entwickeln und berücksichtigen. Meine Damen und Herren, die Sache ist eindeutig, es gibt keine Alternative. Ausweichmöglichkeiten gibt es nicht, der Stau behindert nicht nur den Wirtschaftsverkehr, sondern belästigt auch die Anwohner. Deshalb muß ausgebaut werden und nicht Berichte geschrieben werden. Nicht schwatzen, sondern handeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Baar.

Wolfgang Baar SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich will versuchen, mich kurz zu fassen. Ich darf im Vorwege sagen, daß wir demnächst den Bericht über den Verkehrsentwicklungsplan vom Senat bekommen. Dieser ist im Bau- und Verkehrsausschuß abgehandelt worden. Die Fraktionen haben verschiedene Anträge vorgelegt, von der CDU kam kein Antrag.

(Petra Brinkmann SPD: Das ist ja interessant! – Wolf-Dieter Scheurell SPD: Hört, hört!)

Dieses wäre ein Thema gewesen, um sich dort zu äußern. Auf unsere Frage, warum seitens der CDU kein Antrag kam, wurde uns geantwortet, daß es doch keinen Zweck habe, weil die Anträge abgelehnt würden. Insofern wiederhole ich mich und sage: Dieser Antrag wird von uns auch abgelehnt.

Lassen Sie mich dieses kurz begründen. Wir haben die Umgehung Langenhorn und die Flughafenbindung eröff-

(Wolfgang Baar SPD)

- A net. Die Erfahrungen müssen in den nächsten Monaten gesammelt werden. Wir alle wissen, daß das sehr viel Geld gekostet hat und daß die Stadt wenig Geld hat. Wenn die CDU jetzt Forderungen stellt, muß ich fragen, wie wir das finanzieren wollen. Dazu müßte man sich dann rasch einmal Alternativen überlegen, und ich frage Sie als Wandsbeker, Herr Schulz, wie Sie es den Wandsbekern verkaufen wollen, wenn gesagt würde, wir könnten den Friedrich-Ebert-Damm nicht ausbauen, dafür aber den Ring 3.

(Dr. Stefan Schulz CDU: Wir bauen beides aus!)

Wie wollen wir es machen, wenn der Senator sagt, es soll ein Park + Ride-Parkplatz in Rahlstedt gebaut werden, und wir sagen, das wird nicht gemacht, sondern es wird woanders ausgebaut. Es ist nicht mehr Geld da, und man muß Maßnahmen langfristig überlegen.

Sie wissen genau, daß auch das Problem der Sengelmannstraße mit auf dem Plan steht. Das Ganze muß wohl überlegt werden, und deshalb kann man nicht einfach nur fordern; es gehört ein bißchen mehr dazu, als nur Anträge zu stellen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich schließe mich voll meinem Vorredner an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

- B **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Sudmann.

(Vereinzelte Oh-Rufe)

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ich habe noch zwei Minuten und vier Sekunden Redezeit; je länger Sie „Oh“ rufen, desto länger nutze ich diese.

Abgesehen davon, daß es eine Umgehung Fuhlsbüttel ist, war Herr Baar gar nicht so schlecht, aber das kriegen wir vielleicht noch hin. C

Sie wissen vielleicht gar nicht, wo der Verkehr jetzt bleibt, Herr Schulz. Daß der Swebenweg ausgebaut wurde, sollte nicht dazu führen, daß der Verkehr weiter nach Langenhorn hineinfährt, sondern auf die Umgehung Fuhlsbüttel geht. Wenn Sie ein solcher Anhänger von Straßenbauprojekten sind, sollten Sie auch die Konsequenzen überdenken. Dieser Abschnitt des Krohnstiegs, den Sie beschreiben, soll entlastet werden. Ich hoffe, daß wenigstens dieses eine Mal der Senat sein Wort hält und keine Salamtaktik betreibt, wie er es bei der Sengelmannstraße macht. Wenn Herr Baar sagt, man müsse Geld sparen, sollten Sie einmal überlegen, ob Sie es nicht bei dem Ausbau der Sengelmannstraße sowie des Krohnstiegs sparen können. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab und werden auch alle Anträge, die Sengelmannstraße auszubauen, ablehnen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Antrag Drucksache 16/4317 abstimmen. Wer möchte denselben annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 20.03 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise dem Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen. D

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Tanja Bestmann, Dietrich Ellger, Günter Frank, Jörn Frommann, Uwe Grund, Rolf Harlinghausen, Rolf Mares, Wolfhard Ploog, Jens Rocksien und Dietrich Wersich.